



Plenarprotokoll

46. Sitzung

Freitag, 14. Dezember 2018

Fahrverbote vermeiden, Luft- messstation überprüfen lassen	3441	Strategie zur Entwicklung der Landesstraßen in Schleswig-Hol- stein 2019 - 2030	3452
Antrag der Fraktion der AfD Drucksache 19/1106		Bericht der Landesregierung Drucksache 19/1034	
Volker Schnurrbusch [AfD].....	3441	Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus.....	3452, 3471
Heiner Rickers [CDU].....	3443	Lukas Kilian [CDU].....	3454, 3468
Kai Vogel [SPD].....	3445	Kai Vogel [SPD].....	3457, 3473
Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN].....	3447	Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	3459, 3467
Dennys Bornhöft [FDP].....	3448	Kay Richert [FDP].....	3462
Flemming Meyer [SSW].....	3450	Volker Schnurrbusch [AfD].....	3463
Jan Philipp Albrecht, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisie- rung.....	3451	Flemming Meyer [SSW].....	3465
Beschluss: Ablehnung des Antrags Drucksache 19/1106.....	3452	Dr. Kai Dolgner [SPD].....	3466
		Martin Habersaat [SPD].....	3467
		Thomas Hölck [SPD].....	3469

Lars Harms [SSW].....	3470	Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus.....	3483
Beschluss: Kenntnisnahme des Be- richts Drucksache 19/1034.....	3474	Lukas Kilian [CDU].....	3484
Grenzüberschreitende Zusammen- arbeit erhalten - deutsch-dänische Kooperation weiterentwickeln - europäischen Mehrwert bewahren	3474	Thomas Hölck [SPD].....	3485
Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP Drucksache 19/1008		Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	3486
Änderungsantrag der Abgeordneten des SSW und der Fraktion der SPD Drucksache 19/1013 (neu)		Kay Richert [FDP].....	3487
Bericht- und Beschlussempfehlung des Europaausschusses Drucksache 19/1095		Volker Schnurrbusch [AfD].....	3488
Wolfgang Baasch [SPD], Bericht- ersteller.....	3474	Flemming Meyer [SSW].....	3489
Hartmut Hamerich [CDU].....	3474	Beschluss: Kenntnisnahme des Be- richts Drucksache 19/1078.....	3490
Birte Pauls [SPD].....	3475	Tiere vor Missbrauch schützen: Online-Handel mit Tieren rechtlich regeln	3490
Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	3477	Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 19/1116	
Stephan Holowaty [FDP].....	3478	Stefan Weber [SPD].....	3490
Volker Schnurrbusch [AfD].....	3479	Heiner Rickers [CDU].....	3491
Jette Waldinger-Thiering [SSW]...	3480	Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	3492
Regina Poersch [SPD].....	3481	Annabell Krämer [FDP].....	3493
Dr. Sabine Sütterlin-Waack, Mini- sterin für Justiz, Europa, Ver- braucherschutz und Gleichstel- lung.....	3481	Claus Schaffer [AfD].....	3494
Beschluss: 1. Antrag Drucksache 19/1008 und der Änderungsantrag Drucksache 19/1013 (neu) für er- ledigt erklärt 2. Übernahme und Zu- stimmung der in der Drucksache 19/1095 enthaltenen Entschlie- ßung.....	3483	Flemming Meyer [SSW].....	3495
Einführung einer Meistergrün- dungsprämie in Schleswig-Holstein	3483	Doris Fürstin von Sayn-Wittgen- stein [fraktionslos].....	3496
Bericht der Landesregierung Drucksache 19/1078		Dennys Bornhöft [FDP].....	3496
		Jan Philipp Albrecht, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisie- rung.....	3497
		Beschluss: Überweisung des Antrags Drucksache 19/1116 an den Um- welt- und Agrarausschuss.....	3497
		Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Errichtung einer An- stalt öffentlichen Rechts „IT-Ver- bund Schleswig-Holstein“	3497
		Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 19/1084	
		Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses Drucksache 19/1134	
		Barbara Ostmeier [CDU], Bericht- erstellerin.....	3498

Beschluss: Verabschiedung des Gesetzentwurfs Drucksache 19/1084 in der Fassung der Drucksache 19/1134..... 3498

Sammeldrucksache über Vorlagen gemäß § 63 Absatz 1 a der Geschäftsordnung des Schleswig-Holsteinischen Landtags 3498

Drucksache 19/1124

Beschluss: Annahme..... 3498

* * * *

Regierungsbank:

Dr. Sabine Sütterlin-Waack, Ministerin für Justiz, Europa, Verbraucherschutz und Gleichstellung

Karin Prien, Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur

Jan Philipp Albrecht, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung

Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus

* * * *

Beginn: 10:03 Uhr

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Einen wunderschönen guten Morgen! Ich eröffne die heutige Sitzung. Meine Damen und Herren, nach Mitteilung der Fraktionen sind heute wegen Erkrankung die Abgeordnete Kirsten Eickhoff-Weber und die Abgeordnete Aminata Touré abwesend. Wir wünschen gute Besserung!

(Beifall)

Wegen auswärtiger Verpflichtungen sind seitens der Landesregierung der Ministerpräsident, Minister Grote, Ministerin Heinold und Minister Dr. Garg beurlaubt.

Ferner haben der Abgeordnete Dr. Stegner, die Abgeordnete Midyatli und die Abgeordnete Raudies nach § 47 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Schleswig-Holsteinischen Landtages mitgeteilt, dass sie an der Teilnahme der heutigen Sitzung verhindert sind.

Bevor wir in die Tagesordnung einsteigen, begrüßen Sie bitte mit mir auf der Besuchertribüne Schülerinnen und Schüler der Gemeinschaftsschule am Schiffsthal, Plön, sowie Schülerinnen und Schüler der Gemeinschaftsschule Altenholz. - Seien Sie uns herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 30 auf:

Fahrverbote vermeiden, Luftmessstation überprüfen lassen

Antrag der Fraktion der AfD
Drucksache 19/1106

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Ich sehe, das ist nicht der Fall. Ich eröffne somit die Aussprache.

Das Wort hat für die AfD-Fraktion der Abgeordnete Volker Schnurrbusch.

Volker Schnurrbusch [AfD]:

Vielen Dank. - Frau Präsidentin! Sehr geehrtes Präsidium! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Gäste! Bereits in der ersten Debatte über Fahrverbote hier im Landtag haben wir als Erste vor der sogenannten Deutschen Umwelthilfe gewarnt und sie als Abmahnverein entlarvt. Mit einiger Verspätung ist diese Erkenntnis nun auch bei der FDP ange-

(Volker Schnurrbusch)

kommen. Die CDU will sogar die Gemeinnützigkeit dieses Vereins überprüfen.

(Beifall AfD)

Endlich sehen auch Teile der etablierten Parteien langsam ein: Bevor man sich durch dubiose Vereine im Namen der Umwelt verrückt machen lässt, sollte man die Fakten prüfen. Genau das gilt auch für die Messwerte, die der seit Monaten wütenden Anti-Diesel-Kampagne zugrunde liegen.

Wir erinnern uns: Jahrelang galt der Diesel als Musterknabe, weil er deutlich weniger CO₂ ausstößt als ein Benzinmotor.

(Heiterkeit)

- Es scheint für Erheiterung zu sorgen, dass der Diesel so toll ist. Herr Arp freut sich auch. - Doch dann entdeckte man plötzlich den Feinstaub und nun die Stickoxide. Zu den von der EU festgelegten Höchstwerten komme ich noch.

(Unruhe - Glocke Präsidentin)

Aber neben diesem fragwürdigen Prozedere sind auch die Methoden, mit denen man zu den aktuell gültigen Messwerten kommt, deutlich zu hinterfragen. Hier müssen wir ganz klar feststellen: Der Standort der Luftmessstation am Theodor-Heuss-Ring entspricht nicht den EU-Maßstäben. Der Kasten mit den Messgeräten steht zu nahe an der Hauswand, sodass ankommendes Stickstoffdioxid nicht verwirbelt.

(Beifall Jörg Nobis [AfD])

Aufgrund dieses Luftgemisches konzentriert es sich stark und sorgt so für erhöhte Messwerte.

Die AfD-Fraktion im Bundestag hat im September 2018 bundesweit einheitliche und vergleichbare Messverfahren beantragt. Die AfD war die erste Partei, die auf dieses Problemfeld aufmerksam machte. Der Abgeordnete Dr. Spaniel analysierte treffend - ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidiums -:

„Deutschland verhängt sich selber Fahrverbote, weil links-grüne Umweltämter ihren ideologischen Kampf gegen das Auto führen.“

(Heiterkeit BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Während sich Umweltminister Albrecht weigert, der Aufforderung von Bundesverkehrsminister Scheuer nachzukommen, unsere Messstellen zu kontrollieren,

(Zuruf: Was?)

stellt der Deutsche Wetterdienst bei einer kleinen Stichprobe von nur acht Stationen in Nordrhein-Westfalen fest, dass die Hälfte aller Standorte zu beanstanden ist. Die Stadt Aachen, um nur ein Beispiel zu nennen, hat bereits nachgebessert. Wir sind mit dieser Problematik also nicht allein.

Verlässliche Analyseverfahren basieren auf Genauigkeit, also auf präzisen Werten, die keinen systematischen Fehlern unterliegen dürfen. Daher kann es nicht sein, dass die Messstationen in Rom und Bukarest weit von der Fahrbahn weg hinter Bäumen oder anderen Hindernissen stehen, während die Kieler Station 4 m von den Auspuffen entfernt noch die kleinsten Gasspuren einsammelt. Aber auch in Stuttgart und München stehen Messstationen an Stellen, an denen sich kein Fußgänger aufhalten kann. Die EU erlaubt große Spielräume, die in Deutschland regelmäßig zum Nachteil der Autofahrer ausgelegt werden.

(Jörg Nobis [AfD]: Hausgemachte Probleme!)

Ich möchte Ihnen einmal den Praxistest empfehlen: Setzen Sie sich einmal selber in ein Messfahrzeug des Landesamtes und sehen Sie sich eine Messreihe von Stickoxid an. Wir haben das getan. Sie werden Folgendes sehen: Sobald ein Fahrzeug vorbeifährt, schnellt der NO₂-Zeiger hoch, und keine 3 sec später ist er wieder auf null. Das Stickoxid zersetzt sich nämlich sofort. Der Messwert ist weg. Wo ist also hier die angebliche gesundheitsgefährdende Belastung von Anwohnern?

(Zurufe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Ja, das können wir einmal im Chemie-Seminar besprechen, aber nicht mit der Deutschen Umwelthilfe.

(Zuruf Martin Habersaat [SPD])

In der Diskussion um Stickoxide ist äußerst aufschlussreich, Herr Habersaat, wie dieser EU-Grenzwert von 40 µg zustande kam. Er war politisch motiviert und wurde willkürlich festgelegt. Zum einen entstand er auf der Grundlage einer skandalös kleinen Stichprobe. Weiterhin hatte der Versuchsaufbau mit einem Haushaltsgasherd und dem dort gemessenen Stickstoffdioxid nichts, aber auch gar nichts mit dem Straßenverkehr zu tun.

Wie es oft bei politisch hergeleiteten Grenzwerten passiert, wurde die daraus abgeleitete geschätzte Wahrscheinlichkeit als neuer Grenzwert definiert. Es ist also kein Erfahrungswert, sondern ein Annäherungswert, der geschätzt war. Selbst die bekanntlich sehr strenge amerikanische Umweltbehörde

(Volker Schnurrbusch)

EPA empfand die Studie als unseriös und senkte den Richtwert der Weltgesundheitsorganisation von damals 150 µg lediglich 100 µg. Hier in der EU gelten 40 µg.

Warum, fragen wir uns? Wir sollten nicht willkürlich Messwerten folgen und auf dieser wackeligen Basis unsere Automobilindustrie zerstören und alle Bürger, die auf das Auto angewiesen sind, verunsichern oder kalt enteignen. Wir sollten uns nicht zum Sklaven von dubiosen Vereinen machen oder willkürliche Werte zum Maß politischen Handels machen. Wir müssen kritisch sein und für zuverlässige Analyseverfahren sorgen. Wir fordern daher: Herr Minister Albrecht, kommen Sie der Aufforderung von Bundesverkehrsminister Scheuer nach und lassen Sie auch die Messstation am Theodor-Heuss-Ring neutral überprüfen. Erst dann kann man seriöserweise über Luftreinhaltepläne und Fahrverbote diskutieren. Die Pendler, die Handwerker und alle anderen Dieselfahrer werden es Ihnen danken. - Vielen Dank.

(Beifall AfD)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Bevor wir mit der Rednerliste fortfahren, begrüßen Sie bitte mit mir gemeinsam auf der Besuchertribüne des Schleswig-Holsteinischen Landtages den Geschäftsführer des Kfz-Verbandes Schleswig-Holstein, Herrn Jan-Nikolas Sontag. - Herzlich willkommen!

(Beifall)

Für die CDU-Fraktion erteile ich dem Abgeordneten Heiner Rickers das Wort.

(Zuruf: Trecker!)

Heiner Rickers [CDU]:

Trecker, Trecker bleibt frei. Woher kam das?

(Zuruf Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Ah, Herr Tietze. - Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Schnurrbusch, eines können Sie nicht abstreiten: Der Theodor-Heuss-Ring ist in Kiel nun einmal so gebaut, wie er gebaut ist - und jeder wird ihn kennen. Am Tag - das will ich hier einmal deutlich sagen - fahren da bis zu 100.000 Fahrzeuge. Alles, was vorne in den Tank hineinkommt, kommt hinten durch die Verbrennung als Abgas auch wieder heraus. Das ist doch Fakt, das können Sie doch nicht abstreiten.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP - Volker Schnurrbusch [AfD]: Das ist doch unbestritten!)

Wenn Sie sich dann in die Lage derer versetzen, die dort wohnen, dann würden Sie sich garantiert auch Gedanken machen, ob nicht die Grenzwerte, die der Gesetzgeber festgelegt hat - ob nun EU-weit, weltweit oder deutschlandweit -, in irgendeiner Form für die Betroffenen am Ende auch Sinn machen. Wenn Sie über 40 µg oder 100 µg diskutieren, vergessen Sie die Sorgen und Nöte derer, die dort vor Ort belastet sind und dieser Belastung jeden Tag 24 Stunden lang, wenn sie dort wohnen und nicht außer Haus gehen, ausgesetzt sind. Da sind wir uns einig: Das kann auf Dauer nicht so weitergehen.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Nobis?

Heiner Rickers [CDU]:

Ja, natürlich. Sehr gern.

Jörg Nobis [AfD]: Herr Rickers, Sie haben eben von dem Verkehrsaufkommen am Theodor-Heuss-Ring gesprochen - über 100.000 Fahrzeuge jeden Tag.

- Bis zu.

- Bis zu. - Glauben Sie denn, dass es besser wird, wenn wir dort ein Fahrverbot aussprechen und sich die Fahrzeuge einen anderen Weg durch die Stadt suchen? Glauben Sie, dass es dann an anderer Stelle besser wird?

- Nein, im Gegenteil. Ich will versuchen, mit meiner Rede darzustellen, dass am Ende nicht die Fahrverbote die Lösung sein können, sondern andere Dinge. Darauf werde ich hoffentlich noch eingehen können.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

- Vielen Dank. - Wir sind uns also einig. Es gibt dort am Theodor-Heuss-Ring bis zu 100.000 Fahrzeuge täglich, was mit einer großen Belastung verbunden ist. Wir zweifeln die Grenzwerte nicht an. Wir zweifeln auch nicht an, dass die dortigen Messstationen nicht aus irgendeinem unsinnigen Grund dort platziert wurden, sondern dass es tatsächlich eine fachlich-sachliche Begründung dafür

(Heiner Rickers)

gibt, die Messstationen dort aufzustellen, wo die Belastung entsteht. Auch da sind wir uns hier hoffentlich einig.

(Beifall Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Dort stehen die Messstationen also goldrichtig. Diese Messstationen und die Standorte werden dort regelmäßig überprüft. Das werden Sie vom Minister auch noch hören.

Wir sind uns hoffentlich auch einig, dass nicht nur der Gesundheitsschutz oberstes Gebot ist, sondern dass wir am Ende alle keine Fahrverbote am Theodor-Heuss-Ring wollen.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und Volker Schnurrbusch [AfD])

Nun ist die spannende Frage, ob es am Ende kein Fahrverbot gibt, wenn wir die Messstationen ein bisschen höher hängen, ein bisschen weiter auf die Straße rücken oder ein bisschen mehr aus diesem belasteten Bereich herausnehmen. Dann wäre das eine ganz einfache Lösung. Dann müssten wir einfach die Messstationen umstellen. Damit wäre aber natürlich - damit wiederhole ich mich - den Anwohnern dort nicht geholfen. Deswegen ist die Empfehlung, erst einmal die Messstationen dort zu lassen und andere Lösungen zu suchen.

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Herr Abgeordneter gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Nobis?

Heiner Rickers [CDU]:

Ja, sehr gern.

Jörg Nobis [AfD]: Herr Rickers, Ihr Fraktionsvorsitzender Herr Koch hatte hier im Haus einmal gesagt - wenn ich das richtig in Erinnerung habe -, dass nach den EU-Vorgaben so eine Messstation in einem Umkreis von 270° frei stehen sollte. Nur wir Deutschen haben uns das quasi bei der Umsetzung in nationales Recht auferlegt, dass es 180° sein dürfen. Nur aus diesem Grund dürfen diese Messstationen dann überhaupt in diesen Häuserschluchten, in diesen eng bebauten Straßen stehen. - Ist das richtig? Ich habe das nie nachgeschaut. Stimmt das, was Herr Koch gesagt hat?

(Zuruf Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Na ja - richtig oder falsch -, es gibt eine Vorgabe. Es gibt auch eine EU-Vorgabe. Sie erlaubt einen gewissen Ermessensspielraum - da will ich Ihnen ja recht geben. Das ist auch in Ordnung. Die Frage ist ja auch, ob man ihn immer komplett ausnutzen muss und man damit am Ende der Gesundheit derer, die dort belastet sind, auf keinen Fall gerecht wird. Das kann ja nicht unser Ansatz sein. Wir müssen eine Lösung finden.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, SSW und vereinzelt SPD)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Nobis?

Heiner Rickers [CDU]:

Immer gern.

Jörg Nobis [AfD]: Dann bleibt die Frage: Warum haben wir das im deutschen Recht denn viel strikter umgesetzt als im EU-Recht? Warum haben wir uns in Deutschland denn selber Probleme geschaffen, die wir sonst in Deutschland eigentlich gar nicht hätten?

- Das ist ja eine Frage der Sichtweise. Sie sehen das als Problem. Wir sehen es nicht als Problem, weil wir ja auch die Lösung präsentieren wollen. Probleme sind ja da, um sie zu lösen.

(Beifall Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Jörg Nobis [AfD]: Ich weiß nicht, was die Lösung sein soll!)

- Sie können auf die Lösung gespannt sein. - Wir sind uns einig: Gesundheitsschutz ist das oberste Gebot, und die Messstationen stehen nicht ohne Grund dort, wo sie heute stehen. Sie führen laufend zu Grenzwertüberschreitungen, und wir müssen dieses Problem lösen. Wir sind uns alle einig: Wir wollen keine Fahrverbote. Hoffen wir also, dass in den nächsten Jahren technische Lösungen bei den Autos ein Stück weit Entlastungen bringen. Es werden garantiert nicht weniger Fahrzeuge am Theodor-Heuss-Ring werden. Das kann aber mehrere Jahre dauern.

Sie kennen natürlich auch die Ansätze der Stadt Kiel. Wir sind gespannt auf den Maßnahmeplan, der am Montag bei Herrn Albrecht im Umweltministerium auf dem Tisch liegen wird. Er wird garantiert auch Hinweise bringen, wie man die Situation dort entschärfen kann, ohne ein Fahrverbot zu for-

(Heiner Rickers)

dern. Sie kennen es alle: Der ÖPNV wird zum Teil mit Elektro- oder Hybridfahrzeugen versehen. Es gibt Busse in Kiel, die anders - sauber oder gar nicht - verbrennen, weil sie mit einem Elektromotor angetrieben werden. Es gibt aber auch in der Tendenz mehr E-Autos. Es gibt auch Leute, die mit dem Fahrrad fahren, oder, oder, oder. Am Ende wird das natürlich langfristig auch die Grenzwertüberschreitung ein Stück weit entlasten beziehungsweise keine Grenzwertüberschreitung mehr hervorbringen.

In der Übergangsphase - bis das erreicht ist - brauchen wir andere Lösungen. Da ist natürlich in erster Linie die Stadt Kiel gefordert. Der Maßnahmenkatalog, der am Montag bekannt und öffentlich wird, gibt hoffentlich einen Teil dieser Lösungen wieder, sodass wir am Ende nicht zu einem Fahrverbot kommen müssen. Wir sind uns einig - das habe ich auch angesprochen -, dass wir diese technischen Lösungen mit begleiten, unterstützen oder auch neu eruiieren wollen.

Wir haben - das haben Sie der Presse entnehmen können - gestern versucht, über die CDU-Fraktion eine eventuelle Möglichkeit für die Lösung der zukünftigen Probleme zu präsentieren. Es gibt nämlich Filteranlagen - mobil oder vielleicht auch einmal im Probetrieb -, die die Spitzen der Belastung ein Stück weit in dieser Übergangsphase brechen könnten, die ich genannt habe. Wenn wir gemeinsam in diese Richtung gehen - ich hoffe, dass auch das Ministerium das am Ende so unterstützt, wie wir das fordern -, werden wir auch in der Übergangsphase, in der die Belastungen verbleiben, Lösungen finden, ohne dass Fahrverbote ausgesprochen werden

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

und ohne dass am Ende die dauerhafte Belastung der Anlieger vor Ort so weiter bestehen wird. Deswegen danke ich Ihnen in diesem Sinne für das uns entgegengebrachte Vertrauen. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und Volker Schnurrbusch [AfD])

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die SPD-Fraktion hat der Abgeordnete Kai Vogel das Wort.

Kai Vogel [SPD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste! Wer zur Verhinderung

von Fahrverboten das Versetzen von Messstationen in den Vordergrund schiebt, vermittelt den Eindruck, sich vor den eigentlichen Problemen wegduckern zu wollen.

(Beifall SPD und Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Es steht außer Frage, dass es nachgeprüft werden muss, wenn - wie am Theodor-Heuss-Ring - die Messstation dort auf einer zu niedrigen Höhe misst, wie es zumindest der Presse zu entnehmen war. Es ist aber doch naiv, davon auszugehen, dass bei einer neuen Messung ein Wunder zu vermuten wäre, wenn der Messschlauch statt in einer Höhe von 1,20 m ein Stück höher - so um 30 oder 40 cm - platziert werden würde.

(Volker Schnurrbusch [AfD]: Die Fakten müssen stimmen, das ist alles!)

Genauso naiv ist die Diskussion vonseiten der Union über die Deutsche Umwelthilfe. Davon auszugehen, dass man ein Problem löst, wenn man ein Institut durch finanzielles Abstrafen ins Abseits stellt, bedeutet nur, den Kopf in den Sand zu stecken und zu hoffen, dass dann alles gut wird.

(Beifall SPD und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bemerkenswert finden wir auch, wenn ein offener Konflikt in der Landesregierung und Koalition nur noch vor Gericht entschieden werden kann, wie die Zeitung berichtet. Trotz stetiger Treuebekundungen scheint es um die Harmonie nicht mehr zum Besten bestellt.

(Zurufe: Oh!)

Für uns Sozialdemokraten ist auch weiterhin klar, dass Fahrverbote unbedingt vermieden werden müssen. Fahrverbote schädigen insbesondere Pendlerinnen und Pendler, Handwerker und Fahrer von Lieferfahrzeugen, die auf ein Funktionieren von Fahrten dringend angewiesen sind.

Entscheidend werden die Maßnahmen sein, die kurz- und langfristig dazu beitragen, dass der Schadstoffausstoß mit seinen negativen Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit und Umwelt verringert wird. Die Stadt Kiel hat sich bereits auf den Weg gemacht und wird - darauf ist vorhin in der Rede von Herrn Rickers hingewiesen worden - noch im Dezember ein Maßnahmenkonzept beim Umweltministerium vorstellen. Außerdem arbeitet Kiel mit der Region Kiel an einem regionalen Mobilitätsmanagement und setzt mittelfristig zum Beispiel durch das Umsteuern vom Auto auf den

(Kai Vogel)

Schienenverkehr mit der Stadtbahn einen absolut richtigen Schwerpunkt.

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Kilian?

Kai Vogel [SPD]:

Sehr gern.

Lukas Kilian [CDU]: Herr Abgeordneter, Sie haben vorhin gelobt, was die Stadt Kiel alles tut. Wissen Sie, warum sich die Stadt Kiel bis zum gestrigen Tage geweigert hat, technische Maßnahmen zur Luftreinigung in Luftreinheitspläne aufzunehmen?

- Nach meinem Kenntnisstand ist das keine Weigerung. Vielmehr geht es darum, dass das entsprechende Maßnahmenpaket in der kommenden Woche vorgestellt werden soll. Wenn dann Ergänzungen, wie gestern von der CDU-Fraktion mitgeteilt, Sinn machen, um das Verfahren zu unterstützen, glaube ich kaum, dass sich die Stadt Kiel oder der Oberbürgermeister, den Sie gerade angegriffen haben, in irgendeiner Weise verweigern wird.

(Beifall SPD)

Der Oberbürgermeister hat insbesondere bei den Gesprächen, die er soeben im Kanzleramt dazu geführt hat, gezeigt, welch großes Interesse er daran hat, dass Fahrverbote auf dem Theodor-Heuss-Ring vermieden werden.

(Zuruf SPD: Guter Bürgermeister!)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Kilian?

Kai Vogel [SPD]:

Sehr gern.

Lukas Kilian [CDU]: Mögen Sie mir recht geben, wenn ich Ihnen sage, dass der Oberbürgermeister der Stadt Kiel dieses Konzept seit mehreren Wochen nicht bearbeitet hat

(Zuruf SPD: Nein!)

und erst durch die Vorlage der CDU-Landtagsfraktion und die Presseberichterstattung darüber diese Themen aufgreift? Ist es richtig, dass die CDU-Landtagsfraktion dem

Oberbürgermeister der Stadt Kiel in dieser Weise Nachhilfe geben muss?

(Zurufe SPD)

- Ich wiederhole mich gern: Ich glaube kaum, dass sich der Oberbürgermeister in irgendeiner Art und Weise klugen Vorschlägen verweigert. Wann Sie gegebenenfalls Dinge beim Oberbürgermeister vorgelegt haben und wann diese von ihm bearbeitet werden, mögen Sie wissen, weil Sie neben seinem Schreibtisch sitzen. Ich weiß das definitiv nicht.

Nichtsdestotrotz habe ich nicht irgendwelche Signale vom Oberbürgermeister gehört, dass er sich klugen Vorschlägen verweigern würde. Ein Versetzen der Messstation ist aber definitiv kein kluger Vorschlag.

(Beifall SPD und Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das Agieren vonseiten des Bundesverkehrsministeriums kann immer nur wieder Kopfschütteln auslösen. So verkündete Bundesverkehrsminister Scheuer jüngst, dass das von ihm geführte Ministerium Ende dieses Jahres die technischen Vorgaben für die Nachrüstungen älterer Diesel benennen wolle. Seit drei Jahren wissen wir von den Problemen bei Dieselfahrzeugen. Wenn sich das Ministerium schon 2015 auf den Weg gemacht hätte, statt den Automobilkonzernen gegenüber kontinuierlich nachzugeben, dann hätten wir bereits heute die entsprechenden Nachrüstungen qualitativ und mengenmäßig im Markt und stünden nicht vor den jetzigen Problemen.

(Beifall SPD)

Die Stadt Kiel und viele weitere Städte müssen jetzt ausbaden, was das Bundesverkehrsministerium in den vergangenen drei Jahren verschleppt und verschlafen hat.

Viele Anbieter von Nachrüstungen haben sich bereits auf den Weg gemacht. Herr Sonntag sitzt deswegen oben auf der Tribüne. Wir haben auch einmal ein Gespräch mit ihm darüber geführt, dass man unmittelbar in der Lage wäre, entsprechende Produkte auf den Markt zu bringen. Man könnte sofort die entsprechende Hardware nachrüsten. Doch ohne die rechtlichen Genehmigungen für die technischen Nachrüstungssets wird niemand in die notwendige Produktion gehen. Solange die Hersteller keine Garantie für die Motoren der betroffenen Fahrzeuge bei einer Nachrüstung geben, wird kaum ein Kunde genau diese Hardware einbauen wollen.

(Kai Vogel)

Offen ist auch die Frage, wer die Kosten für die technische Nachrüstung in den Städten, in denen konkret Fahrverbote drohen, übernimmt. Hier sehen wir klar die Industrie in der Verantwortung. Die Konzerne müssen dafür geradestehen.

Bei der Umrüstung von dieselangetriebenen Bussen auf Hybridbusse müssen der Bund und das Land der Stadt Kiel deutlich stärker helfen. Nicht grundlos hatten wir hier einen deutlich höheren Haushaltsansatz vorgesehen. Die Stadt Kiel beziehungsweise die KVAG hat knapp 180 Busse. Erst 17 davon sind Dieselhybridbusse. Im Jahr 2019 folgen die ersten kompletten Hybridbusse. Die Nachfrage am Markt treibt aber auch hier die Preise hoch: bis zu 80 % mehr Kosten als bei herkömmlich angetriebenen Bussen. Die Umrüstung ist zwingend notwendig, kann aber ohne die Unterstützung von Bund und Land von den betroffenen Kommunen kaum gestemmt werden.

Ich will unser Problem hier in Kiel wahrlich nicht kleinreden. Doch wer mit Politikern aus Nordrhein-Westfalen spricht und hört, dass in Essen von 50 Stadtteilen ganze 18 Stadtteile vollflächig von einem Dieselfahrverbot betroffen sind, muss sich doch fragen, ob wir hier in Kiel nicht in der Lage sind, bei einer einzigen Straße das Problem zu lösen. Die Messstation einfach umzustellen, löst das Problem definitiv nicht. Als Sozialdemokraten ist es uns viel wichtiger, dass die Probleme für die betroffenen Anwohnerinnen und Anwohner am Theodor-Heuss-Ring gelöst werden. - Vielen Dank.

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich der Abgeordneten Marlies Fritzen das Wort.

Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Schnurrbusch, Ihre Rede und Ihr Antrag erinnern mich so ein bisschen daran, wie es ist, wenn man mit dreijährigen Kindern verstecken spielt.

(Volker Schnurrbusch [AfD]: Mache ich auch!)

Sie halten sich die Hände vor die Augen und denken, sie hätten sich versteckt. Sie machen das gleiche und leugnen dabei den Klimawandel, leugnen die Grenzwertüberschreitungen, leugnen die Tatsache, dass die Messstation an der richtigen Stelle

steht. Dabei denken Sie, Sie seien damit raus aus dem Schneider und böten eine Lösung an. Weit gefehlt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und vereinzelt CDU)

Nicht die Grenzwertüberschreitung ist für Sie das Problem, sondern die Messstation. Sie sagen: Wenn wir ein Problem haben, dann sagen wir einfach: Weg mit dem Problem, weg mit der Messstation, und wir kritisieren den Grenzwert, der nach fachlicher Expertise festgelegt wurde und der zunächst einmal gilt, obwohl alle ein Recht auf die Einhaltung dieser Grenzwerte haben. - Das ist vorhin schon ein paar Mal gesagt worden.

Das ist tatsächlich eine Kopf-in-den-Sand-stecken-Politik. Da Sie gern von Fakten reden: Die Messstation ist überprüft worden. Sie ist korrekt aufgestellt. So zu tun und den Eindruck zu erwecken, dass sich das MELUND einer Überprüfung verweigere, finde ich infam. Mit der Behauptung, die Messstation sei falsch aufgestellt, machen Sie nur das, was Sie sonst auch immer machen, nämlich das Vertrauen in den Staat, in die Behörden, zu zerstreuen. Das finde ich nicht in Ordnung.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn Sie möchten, kann der TÜV das gern auch noch einmal überprüfen.

(Volker Schnurrbusch [AfD]: Mehr wollen wir nicht!)

Er wird aber zu der gleichen Aussage kommen. Sie behaupten jedoch, ohne das belegen zu können, dass diese Station falsch aufgestellt sei. Das ist verantwortungslos. Damit streuen Sie den Leuten Sand in die Augen und schüren Misstrauen gegen Behörden, die ihre Arbeit anständig machen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Sie waren dort und haben das selbst nachgemessen. Dann sollten Sie auch einmal belegen, wie Sie zu Ihrer Aussage kommen. Das tun Sie aber nicht. Das ist ein beliebtes Spiel bei Ihnen. Sie setzen einfach einmal eine These in die Welt, ohne das belegen zu können. Die These steht aber erst einmal im Raum. Viele Leute denken vielleicht sogar, Sie hätten recht. Das haben Sie aber nicht, weil es überprüft worden ist und weil die Messstation komplett richtig steht.

Noch zu einer anderen Frage. Wir können hier nicht politisch willkürlich über ein Fahrverbot entscheiden. Wir können sagen, dass wir glauben, dass das

(Marlies Fritzen)

Problem damit nicht gelöst wird. Das Problem ist aber erst einmal da. Lange genug haben alle die Augen davor verschlossen. Jetzt drohen Fahrverbote. Jetzt werden alle wach. Die Lösung ist es nicht, einfach den Grenzwert zu verschieben oder die Messstation woanders hinzustellen. Eine Lösung ist es auch nicht, einfach einmal saubere Luft dort hineinzublasen, um die Werte irgendwie zu verändern.

Jetzt muss das erst einmal von der Stadt Kiel überprüft werden. Das ist der Weg. Die Stadt Kiel wird am Montag ein Maßnahmenpaket vorlegen. Dann muss das Umweltministerium prüfen, ob diese Maßnahmen geeignet sind, dieses Problem zu lösen. Wenn dem so ist, haben wir Glück. Wenn dem nicht so ist, können Fahrverbote drohen. Wir glauben nicht, dass das viel Sinn macht, weil wir so Umgehungsverkehre entwickeln würden. Das haben wir zum Beispiel in Hamburg gesehen.

Aber man kann sich doch nicht hier hinstellen und sagen: Wir nehmen dies politisch vorweg. Das ist doch unseriös. Das heißt doch, dass die Leute keinen Anspruch darauf haben, dass die Gesetze eingehalten werden, dass ihre Sicherheit gewährleistet und ihre Gesundheit geschützt wird vor willkürlichen politischen Maßnahmen. Das ist nicht mein Staatsverständnis, das ist nicht mein Verständnis von Rechtsstaat.

Ich sage Ihnen auch eines: Es wird immer wieder gesagt, dass die Kleinen gehängt und die Großen laufen gelassen werden. Die Automobilindustrie hat hier in großem Maße betrogen und wird dafür nicht zur Rechenschaft gezogen, jedenfalls nicht ansatzweise in der Form, wie es nötig wäre. Ich finde, das ist ein Skandal. Die Gesundheit der Menschen im Land ist systemrelevant

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und Dennys Bornhöft [FDP])

und nicht die Rendite von großen Unternehmen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und Hans-Jörn Arp [CDU])

Insofern glaube ich, dass es uns alle miteinander nicht weiterführt, wenn wir hier versuchen, den Rechtsrahmen, der im Moment besteht, willkürlich auszudehnen und auf diese Weise den Leuten Sand in die Augen zu streuen. Es ist blamabel, dass die Politik erst jetzt in die Gänge kommt.

Man kann über die Umwelthilfe denken, wie man will. Man kann vielleicht auch über die Art der Aussagen und der Argumentation denken, wie man will, aber die Umwelthilfe macht zunächst einmal nichts anderes, als das Recht der Leute einzuklagen,

die dort wohnen. Ich finde, es ist unanständig, jetzt zu sagen: Die können das Recht haben oder nicht, wir setzen einfach einmal willkürlich die Grenzwerte hoch oder versetzen die Messstation. Das ist nicht seriös, und das ist nicht die Art von Politik, die wir machen. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, Hans-Jörn Arp [CDU] und Oliver Kumbartzky [FDP])

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die FDP-Fraktion hat das Wort der Abgeordnete Dennys Bornhöft.

Dennys Bornhöft [FDP]:

Sehr geehrte Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte zunächst ein paar Worte zum Antragstext an den Antragsteller richten und mit Erlaubnis der Präsidentin aus dem Antrag zitieren:

„Der Landtag fordert die Landesregierung auf, zur Vermeidung von Fahrverboten ... die Luftmessstation am Theodor-Heuss-Ring hinsichtlich ihrer korrekten Positionierung ... überprüfen zu lassen.“

Kollegen von der AfD, nach Ihrem Verständnis reicht es also aus, einen Zollstock hinzuhalten, um direkt ein Fahrverbot zu vermeiden. Ihre Expertise in der Umwelt- und Verkehrspolitik haben Sie ja bereits mit der Pressemitteilung mit dem Titel „Wir haben nachgemessen: Messstation in Kiel steht falsch“ vom 21. November 2018 bewiesen. Herr Schnurrbusch, hierin verwiesen Sie darauf, dass das Gehäuse lediglich 19 cm vom Gebäude entfernt stehe. Das mag stimmen. Ich traue den Herren sogar zu, dass sie das Maßband richtig abgelesen haben. Es ist aber leider irrelevant. Entscheidend ist, wie der Lufteinlass positioniert ist. Dieser befindet sich nicht 19 cm vom Gebäude entfernt, sondern deutlich weiter, und zwar im Rahmen der EU-Vorgaben. Auch die Höhe entspricht der Vorgabe.

Herr Schnurrbusch, Sie haben gesagt, Sie haben meine Kleine Anfrage Drucksache 19/660 gelesen, die wir aufgrund der Pressemitteilung gestellt haben. In der Antwort hat das MELUND richtigerweise erklärt, dass die Vorgaben eingehalten werden. Dass die Messstationen nicht nach strengeren Kriterien aufgestellt werden können, ist eine andere Geschichte, aber sie ist dort in jedem Fall richtig positioniert, und das muss man akzeptieren.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt FDP)

(Dennys Bornhöft)

Der Wortlaut in Ihrem Antrag, dass die Messstation falsch oder regelwidrig stehe, ist faktisch nicht korrekt.

Ihre Presseerklärung schließt mit dem Satz, die AfD stehe für eine praxisorientierte Umwelt- und Verkehrspolitik mit Sachverstand. - Wo bleibt denn dieser Sachverstand, wenn Sie nicht einmal in der Lage sind, das Lineal an der richtigen Stelle und entsprechend der Vorgaben anzuhalten? Praxisorientierung? - Es ist ja löblich, dass Sie vor Ort nachgemessen haben. Praxisorientiert wäre es aber, das Lineal an der richtigen Stelle anzuhalten.

Praxisorientiert und mit Sachverstand ist es, wenn man den betroffenen Kommunen Förderungen an die Hand gibt, um beispielsweise mit baulichen und technischen Maßnahmen an Verkehrsschwerpunkten für Besserung zu sorgen und diese anzubieten.

Die Autohersteller stellen sich leider bisher überwiegend taub. Die Pkw-Bauer in die Pflicht zu nehmen, ist richtig. Jedoch rennt uns leider allen die Zeit davon. Die Bundesregierung und die Autohersteller palavern herum, während der als gemeinnützig anerkannte Verein Deutsche Umwelthilfe - er wurde schon erwähnt - die Kommunen mit Klagen überzieht. Wir haben hier eine Zeitnot.

Deswegen müssen Politik und Verwaltung ein Stück weit auch mit Steuergeldern in Vorleistung gehen, um ein größeres Verkehrschaos zu verhindern. Deswegen nehmen wir auch die Diskussion in der Bevölkerung bezüglich etwaiger Dieselfahrverbote, der Messstationen und ihrer Positionierung sehr ernst. Die vom Bundesumweltministerium Ende November angekündigte erneute Überprüfung der Messstationen werden wir positiv begleiten. Es ist aber nicht davon auszugehen, dass in Schleswig-Holstein Messstellen regelwidrig stehen. Insofern werden wir uns etwas anderes einfallen lassen müssen, als so zu debattieren, dass wir diese woanders aufstellen. So erreichen wir die Verhinderung von Fahrverboten definitiv nicht. Die erneute Prüfung wird ergeben, was schon festgestellt wurde, nämlich dass die Dinger richtig stehen. Insofern müssen wir damit umgehen. Lösungsorientiert ist etwas anderes.

Eine weitere Problematik hat das Magazin „Der Spiegel“ am 1. Dezember 2018 im Zusammenhang mit den Messstationen angesprochen.

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Nobis?

Dennys Bornhöft [FDP]:

Ja, wenn die Zeit angehalten wird.

Jörg Nobis [AfD]: Vielen Dank. - Sie sprachen von Lösungsorientierung. Wenn das stimmt, was Herr Koch neulich gesagt hat, könnte es dann nicht eine Lösung sein, dass wir einfach das deutsche Rechtswesen oder die deutsche Verordnung dazu ändern? Es gibt hier ja Parteien, die in Berlin an der Regierung beteiligt sind. Wäre es nicht möglich, dass man eine Veränderung vornimmt und sich dem EU-Recht anpasst, sodass wir in Deutschland nicht unbedingt strikter sein müssen, als es die EU eigentlich verlangt?

- Das klingt doch ganz charmant. Wieso haben Sie das nicht in einem Antrag formuliert? Wieso legen Sie uns dann einen Antrag vor, der so vollkommen falsch ist, wenn Sie vermeintlich bessere Ideen im Kopf haben? Ich würde mich also hinsetzen und das neu schreiben. Dann können wir noch einmal darüber debattieren.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Ich gebe ungern Tipps. Ich bin selbst noch nicht so lange im Landtag, so würde ich das an Ihrer Stelle machen, aber das müssen Sie wissen.

„Der Spiegel“ hat festgestellt, dass die meisten Messstationen in Deutschland für jeden Passanten völlig frei zugänglich sind. Aufgrund der enormen Tragweite für Umwelt, Gesundheit, Verkehr und Wirtschaft müsse sichergestellt werden, dass die Messstationen keinerlei krimineller Manipulation unterliegen können. Daher müssen wir bundesweit generell einen Blick darauf werfen, inwieweit dies gesichert ist.

Zum Thema Umwelt möchte ich noch etwas verdeutlichen: Originär haben die Stickoxidgrenzwerte nichts mit Umwelt zu tun, sondern es geht um Gesundheitsschutz. Wenn es dann die Forderung gibt - und die besteht - sämtliche Dieselfahrzeuge auf Benzinfahrzeuge umzustellen, dann können wir unsere hohen Klimaschutzziele direkt an den Nagel hängen. Wir hatten gerade eine Demonstration von Jugendlichen hier vor Ort. Wenn wir die CO₂-Bilanz verbessern und den CO₂-Ausstoß verringern wollen, dann kommen wir zumindest in den nächsten paar Jahren leider nicht komplett um die sparsamen, effizienten Dieselfahrzeuge herum. Gerade in einem Flächenland, das Schleswig-Holstein nun einmal ist, können wir nicht sämtliche Mobilitätsbedarfe allein durch ÖPNV oder Schienenverkehr decken, denn im Umkreis von 3 bis 5 km zur Ar-

(Dennys Bornhöft)

beitsstätte zu wohnen, ist für die meisten Berufstätigen nicht die Lebensrealität. Wir werden daher dauerhaft auf Individualverkehr angewiesen sein.

(Beifall FDP)

Die Pendlerin und der Pendler, die Erzieherin und der Erzieher, der Auszubildende, die Studentin, alle verlassen sich zu Recht darauf, dass wir aus Politik und Verwaltung sie nicht im Regen stehen lassen. Deswegen brauchen wir einen Luftreinhalteplan, der gerichtsfest ist. Ich bin ganz sicher, und ich habe Vertrauen in die Stadt Kiel und in das Umweltministerium, dass das klappt und wir nicht Zehntausenden von Menschen Umwege auferlegen müssen, um zur Arbeit, zum Studium, zur Kita oder zur eigenen Familie zu kommen. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP, CDU, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Beifall Volker Schnurrbusch [AfD])

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die Abgeordneten des SSW erteile ich das Wort dem Abgeordneten Flemming-Meyer.

Flemming Meyer [SSW]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Abgase machen krank. Luftverschmutzung setzt unseren Lungen zu und führt zu Atemwegserkrankungen. Stickoxide spielen dabei eine zentrale Rolle. Sie sind verantwortlich für Husten und Atembeschwerden. Kindern, älteren Menschen und Asthmatikern drohen Bronchitis und dauerhafte Lungenschäden. Übersteigt die Konzentration 200 µg pro Kubikmeter in einer Stunde, sind Stickoxide sogar ein toxisches Gas, das Entzündungen der Atemwege auslöst, sagt die Weltgesundheitsorganisation. Wir müssen Stickoxidbelastungen senken, und zwar schnell und dauerhaft.

(Beifall SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was wir tun, ist, über Messverfahren zu schimpfen und uns über uneinsichtige Autohersteller aufzuregen, und genau die profitieren von der Verschiebung des Fokus weg von der Gesundheitsgefährdung, die von Dieselabgasen ausgehen. Darum hat der SSW bereits in der letzten Debatte zu dem Thema nachdrücklich die Reduzierung der Stickoxidbelastung gefordert. Dazu müssen die Kohlekraftwerke vom Netz und Fahrzeuge umweltfreundlicher werden.

(Beifall SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In dieser Hinsicht haben wir durchaus Erfolge zu verzeichnen: Noch vor 20 Jahren waren fabrikneue Dieselmotoren die reinsten Dreckschleudern. Inzwischen schreibt die Euro-6-Norm vor, dass nicht mehr als 80 mg Stickoxide je Kilometer hinten rauskommen dürfen. Im Fahrbetrieb pusten die Turbomotoren mit Hochdruckeinspritzung aber mehr Schadstoffe in die Luft als große Lastwagen. Die Autohersteller haben getrickst und gelogen; sie haben Umweltfreundlichkeit nur in die Papiere geschrieben, und wir haben ihr das allzu gern geglaubt.

Es gibt nur eine Alternative, und die heißt Verkehrswende: weniger Kilometer mit Auto und Motorrad und mehr Kilometer mit der Bahn, zu Fuß und dem Fahrrad.

(Beifall SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Tatsächlich haben wir die Innenstädte zu Autostädten gemacht. Alle anderen Verkehrsformen kommen erst an zweiter Stelle nach dem motorisierten Individualverkehr.

So geht es nicht weiter: Wir ersticken unsere Kinder in den Abgasen. Ich stelle hier einmal die steile These auf, dass auch bei EU-konformer Messtechnik in Kiel die Grenzwerte überschritten werden. So wenig wie ein Schwein vom Wiegen fett wird, verschwindet die Abgasbelastung durch eine neue Messstation mit größerem Abstand zur Fahrbahn und höherer Anbringung.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Abgase bleiben. Menschen und Tiere, Bäume und Sträucher atmen sie ein. Aktuell explodieren die Zulassungszahlen von abgasintensiven SUVs. Elektroautos bleiben ein Liehaberobjekt, sodass die Abgaswerte weiter hoch bleiben.

Aber wir reden über 50 cm Abstand der Luftmessstation am Theodor-Heuss-Ring. Wir tun das, weil die Daten nach der EU-Logik nur eine mögliche Konsequenz haben: Fahrverbote. Fahrverbote sind quasi die Notbremse unseres Verkehrssystems. In Hamburg führen sie zu erhöhten Abgasemissionen, weil die Umwege längere Strecken erfordern. Darum sind Fahrverbote falsch. Wir brauchen eine dauerhafte Senkung der Abgase.

Die Grüne Welle würde helfen, weil sie die Standzeiten verringert. Auch ein Tempolimit würde den

(Flemming Meyer)

Ausstoß von Abgasen senken. Ein dichteres und günstiges ÖPNV-Angebot würde den Pendlern den Umstieg auf den Bus schmackhaft machen und damit die Luftbelastung verringern. Breite Fahrradwege, gut ausgeleuchtet und ohne parkende Autos, sind nötig, damit mehr Menschen das Auto stehen lassen. Pendlerstreifen, die nur Autos benutzen dürfen, in denen mehr als eine Person sitzt, reduzieren effektiv den Schadstoffausstoß.

Nachhaltige Luftreinhaltung ist möglich, auch und gerade auf kommunaler Ebene. Darum müsste der Antrag heißen: Fahrverbote vermeiden - Verkehrswende einleiten. Nur so wird ein Schuh daraus. - Jo tak.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die Landesregierung erteile ich dem Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung, Jan Philipp Albrecht, das Wort.

Jan Philipp Albrecht, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung:

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Eines ist bei all den Diskussionen doch klar: Die Luftqualität am Theodor-Heuss-Ring muss zum Schutz der Gesundheit der dort lebenden Menschen dringend verbessert werden. Auf diesen Umstand oder gar entsprechende Lösungsvorschläge geht der vorliegende Antrag mit keiner Silbe ein. Die Situation ist ziemlich eindeutig und für jeden sichtbar.

(Minister Albrecht hält ein Bild hoch)

Hier ist ein Foto, das kann nicht jeder sehen, ich kann es auch gern herumgeben.

(Zuruf Thomas Rother [SPD])

- Ob das zurückkommt, ist eine gute Frage.

(Heiterkeit)

Dieses Foto ist vor wenigen Tagen entstanden. Auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Ministeriums wundern sich manchmal, was für Aufgaben sie sich jetzt immer wieder stellen müssen. Das kann jeder nachmessen. Ich gehe noch darauf ein.

Es geht darum: Nach den Vorgaben der Bundes-Immissionsschutzverordnung ist eine Probenahmestelle so zu wählen, dass die Luftproben - soweit möglich - für die Luftqualität eines Straßenabschnitts von nicht weniger als 100 m Länge repräsentativ

sind. Das ist auf diesem Straßenabschnitt der Fall, der als besonders belastet dargestellt wurde. Es geht darum, Belastungen dort festzustellen, wo sie für die Anwohnerinnen und Anwohner in der Spitze sind.

Der Standort ist repräsentativ, er liegt etwa in der Mitte der Straße. Die Station steht unmittelbar an der Hauswand. Ein größerer Abstand als die vorgesehenen 3 m bis zur Straße ist bautechnisch schlichtweg nicht möglich, ist aber auch nicht nötig, denn die EU-Vorgaben und die Bundesvorgaben sehen die 3 m in der Norm.

Die Lufteinlassstelle befindet sich in 1,53 m Höhe. Auch das kann jemand nachmessen, wenn er weiß, wo sich die Lufteinlassstelle befindet. Das hat Herr Bornhöft eben deutlich gemacht. Das kann sich jeder anschauen. Sie liegt in der Norm der Bundes- und EU-Vorgaben.

Die Straßenschlucht muss ordentlich durchlüftet sein. Das ist bei dieser lang gezogenen Schlucht von 180 ° der Fall. Wir haben eben von Ihnen selbst gehört, dass das die gesetzliche Vorgabe ist. Die halten wir an der Stelle ein. Die Probenahmestellen sollen mindestens einen halben Meter vom nächsten Gebäude entfernt sein. Diese Anforderung wird mit 80 cm ebenfalls eingehalten.

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Herr Minister, wenn Sie mir jetzt versprechen, dass Ihr Tablet liegen bleibt, dann habe ich es nicht gesehen.

Jan Philipp Albrecht, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung:

Ich gebe es einfach Ihnen, dann können Sie es sich angucken und stellvertretend für den Rest bestätigen, dass ich das gesagt habe, was darauf zu sehen ist.

(Heiterkeit und Beifall)

Der Standort der Messstation am Theodor-Heuss-Ring erfüllt die rechtlichen Anforderungen. Das ist auch in der Sache berechtigt, gerade bei der Höhe. Sie können es auf dem Bild sehen: Die Fenster der Einwohnerinnen und Einwohner beginnen dort, wo sich der Lufteinlass befindet. Das ist nicht ohne Hintergedanken so gewählt, denn es geht genau darum. Die Menschen müssen wissen, dass das, was sie an Belastungen trifft, tatsächlich so gemessen wird.

(Minister Jan Philipp Albrecht)

Wenn wir die Energie, die wir jetzt in die Debatte gesteckt haben und offenbar immer wieder stecken müssen, um die Zentimeterangaben zu berechnen, nachzumessen und immer wieder zu überprüfen, da reinstecken, gemeinsame Maßnahmen auf den Weg zu bringen, um die Luftqualität für die Menschen, die da wohnen, zu verbessern, und für eine niedrigere Belastung zu sorgen, die vom Gesetzgeber eingefordert wird, dann schaffen wir es, einen großen Schritt voranzukommen. Darum muss es gehen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD, FDP und SSW)

Selbstverständlich wird sich niemand gegen Überprüfungen durch sachverständige Institutionen sperren. Übrigens sieht sich auch das Ministerium als unabhängige Stelle. Es ist völlig unbestritten, dass jeder dort selbst nachmessen kann,

(Dennys Bornhöft [FDP]: Die AfD zum Beispiel, und dann richtig!)

wir natürlich richtig messen und alle entsprechenden Aktivitäten des Bundesverkehrs- und Bundesumweltministeriums, die durchaus unterschiedliche Wege einschlagen, konstruktiv begleiten.

Im Übrigen werden die Arbeiten an der Aktualisierung des Luftreinhalteplans Kiels unvermindert mit Hochdruck fortgeführt. Mit der Stadt Kiel wurde im November vereinbart, dass sie bis zum kommenden Montag die abschließende Stellungnahme zu unserem Arbeitsentwurf übermittelt. Klar ist, dass wir weiter alles daransetzen werden, Fahrverbote zu vermeiden.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, FDP und SSW)

Klar ist aber auch, dass sie als letztes Mittel zur zeitnahen Erreichung der gesetzlich vorgeschriebenen Grenzwerte einfach nicht ausgeschlossen werden können.

(Beifall Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das gebieten Recht und Gesetz; das haben mittlerweile genügend hohe Verwaltungsgerichte deutlich gemacht. Es ist keine Frage von politischem Wünschen oder Wollen, sondern schlicht die sachliche Frage, ob wir die Fahrverbote - in diesem Fall auf 200 m auf dem Theodor-Heuss-Ring - verhindern und vermeiden können oder nicht.

Deshalb haben wir mit der Stadt Kiel den Einsatz technischer Maßnahmen, wie er hier noch einmal angemahnt wurde, erörtert und die Stadt gebeten, sie in ihre Maßnahmenüberprüfung einzubeziehen.

Wir werden am Ende überprüfen müssen, inwiefern die von der Stadt vorgeschlagenen Maßnahmen tatsächlich geeignet sind, die Schadstoffbelastung ausreichend zu reduzieren.

Das bedarf einiger Zeit. Wenn wir Montag die Ergebnisse auf dem Tisch haben, kann niemand erwarten, dass wir das schon Dienstag sagen können. Das muss eingehend geprüft werden. Der Entwurf eines Luftreinhalteplans für die Stadt Kiel wird auf dieser Grundlage erarbeitet und in das förmliche Verfahren mit Öffentlichkeitsbeteiligung nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz gegeben.

Meine Damen und Herren, so sorgen wir gemeinsam für saubere Luft in Einklang mit den Mobilitätsbedürfnissen unserer Bürgerinnen und Bürger in Schleswig-Holstein. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD, FDP und SSW)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Der Herr Minister hat die vereinbarte Redezeit um gut 1 Minute erweitert. Das stünde jetzt theoretisch allen anderen Fraktionen zur Verfügung. - Ich sehe nicht, dass davon Gebrauch gemacht wird. Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe somit die Beratung.

Es ist beantragt worden, über den Antrag in der Sache abzustimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist der Antrag Drucksache 19/1106 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, CDU und der Abgeordneten des SSW gegen die Stimmen der AfD-Fraktion und der Abgeordneten von Sayn-Wittgenstein abgelehnt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 50 auf:

Strategie zur Entwicklung der Landesstraßen in Schleswig-Holstein 2019 - 2030

Bericht der Landesregierung
Drucksache 19/1034

Ich erteile dem Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus, Dr. Bernd Buchholz, das Wort.

Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus:

Liebe Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Landesregierung legt Ihnen

(Minister Dr. Bernd Buchholz)

heute nicht nur einen Landesstraßenzustandsbericht vor - das gab es schon öfter, allerdings wird darin nur beschrieben, wie schlecht der Zustand ist; dabei wollten wir es nicht bewenden lassen -, wir legen Ihnen heute eine Strategie vor, wie wir das Problem lösen, wie wir dauerhaft unsere Landesstraßen in einen guten oder sehr guten Zustand versetzen können, und das ist erstmalig der Fall.

(Beifall FDP, CDU und Dr. Andreas Tietze
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Lassen Sie mich das aber mit einer klitzekleinen Vorbemerkung einleiten. Nachdem ich am Mittwoch ausgiebig der Haushaltsdebatte lauschen durfte, hatte ich manchmal bei dem einen oder anderen hier im Hause den Eindruck, er würde die 90 Millionen € bei den Landesstraßen lieber kürzen. Kollegin von Kalben hat auch gesagt: Nicht weinen, Buchholz, wenn ich lieber da kürzen würde.

Es geht hier nicht darum, dass hier ein paar Jungs im Lande buddeln und baggern und mit Asphalt im Land bauen wollen. Wir reden hier darüber, dass diese Landesstraßen, gerade in einem Flächenland wie Schleswig-Holstein, der Nerv der Mobilität sind und gewährleisten, dass Schulen, dass Kindergärten erreichbar sind, dass man die Flexibilität hat, auch woanders zu arbeiten als an seinem Wohnort, dass man Güter und Waren transportiert, dass das ganze prosperierende Wirtschaftsleben, aber auch die Freiheit der Menschen viel damit zu tun hat, dass man mobil sein kann.

Deshalb ist der Ausbau der Infrastruktur so wichtig. Landesstraßen zu modernisieren und auszubauen, ist kein Selbstzweck, sondern dient den Menschen, ihre Mobilität und die wirtschaftliche Prosperität im Land zu gewährleisten. Ich finde, dass man das am Anfang auch einmal sagen darf.

(Beifall FDP, CDU, Lasse Petersdotter
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Was es bewirkt, wenn man diese Infrastruktur liegen lässt und nicht genügend modernisiert, das kann man in diesem Landesstraßenzustandsbericht und in der Strategie bestens ablesen. Lag noch vor vier Jahren beim letzten Landesstraßenzustandsbericht der Sanierungsbedarf der Landesstraßen in einer Größenordnung von etwa 900 Millionen € - also zehn Jahre lang jedes Jahr 90 Millionen €, um dann wieder in einen einigermaßen guten Zustand zu kommen -, beträgt vier Jahre später der Bedarf dafür nicht mehr 900 Millionen €, sondern 1,2 Milliarden €. Innerhalb von vier Jahren hat sich der Bedarf um 300 Millionen € erhöht, und das nicht etwa,

weil sich die Preise für die Ausschreibungen erhöht hätten - das macht in der Tat auch einen Anteil von etwa 50 Millionen bis 100 Millionen € aus -, sondern deshalb, weil dann, wenn man den Zustand der Straßen sich selbst überlässt, sich die Schäden an den Straßen, die sowieso schon in der schlechtesten Kategorie sind, derartig verschlimmern, dass der Aufwand zur Sanierung, zur grundhaften Sanierung, um ein Vielfaches höher wird.

Deshalb ist es richtig, dass man jetzt einmal einen Plan vorlegt, der eine Perspektive aufzeigt, wie wir das Ziel erreichen, tatsächlich 90 % der gesamten Landesstraßen in einen guten oder sehr guten Zustand zu versetzen. Genau das ist die Strategie, die Ihnen die Landesregierung hier vorlegt: bis zum Jahr 2030 tatsächlich nicht herumzudoktern, nicht zu wurschteln, mal hier oder da eine Straße anzufassen, sondern dauerhaft über die nächsten zehn oder zwölf Jahre zu sagen: Das müssen wir tun, um tatsächlich 90 % der Landesstraßen in einen guten oder sehr guten Zustand zu bringen. Dazu liegt jetzt der Plan vor.

(Beifall CDU und FDP - Zuruf CDU: Sehr gut!)

Weil ja nicht nur das Ziel am Ende wichtig ist, sondern weil man Strategien auch zwischendurch mit messbaren Zielen unterlegen muss, haben wir natürlich auch gefragt: Was muss eigentlich bis zum Ende der Legislaturperiode passieren? Wie viel können wir uns bis dahin vornehmen? Wie viel können wir schaffen?

Wir können es bis 2022 schaffen, 50 % der Landesstraßen in einen sehr guten Zustand zu bringen und insgesamt 70 % der Landesstraßen in einen guten oder sehr guten Zustand - kommend von einem Anteil von unter 30 % Landesstraßen in sehr gutem Zustand. So macht man eine Strategie: mit einer klaren Zielpeilung.

Ich bin außerordentlich dankbar dafür, dass der Landesbetrieb Straßenbau und Verkehr hier seine Leistungsfähigkeit zeigt, auch in der Planung, und das auch beweisen und unterlegen kann. Wie viele Leute haben mir vor diesem Jahr 2018 erklärt: Buchholz, wenn du 90 Millionen € zur Verfügung gestellt bekommst, um wirklich Landesstraßen zu sanieren, werdet ihr angesichts der Tatsache, dass die Bauindustrie wenig Kapazitäten hat und der Landesbetrieb so viel gar nicht umsetzen kann, nicht die Hälfte ausgeben können.

Heute, kurz vor Ende des Jahres 2018, stehen wir gut da, und eine Zahl in der „Landeszeitung“ heute ist sogar noch ein bisschen falsch, denn - das ist ab-

(Minister Dr. Bernd Buchholz)

sehbar - wir werden am Ende des Jahres 83,3 Millionen € bei den Landesstraßen nicht nur verplant, sondern real investiert haben.

(Beifall FDP, CDU, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Beifall Lars Harms [SSW])

Diese Umsetzungsgeschwindigkeit hätte dem Landesbetrieb kaum einer in diesem Hohen Hause zugetraut. Aber es ist möglich, und ich bedanke mich außerordentlich dafür, dass mit ganzer Kraft auch dieser Landesbetrieb Straßenbau und Verkehr zeigt, dass wir im Land in der Lage sind, mit einer solchen Planung für die nächsten Jahre den Zustand hinzubekommen.

Die Planung ist auch deshalb notwendig, weil man auf der anderen Seite natürlich auch der Bauindustrie und dem Baugewerbe Planungssicherheit verschaffen muss, Planungssicherheit insoweit, dass man nicht nur in einem Jahr kommt und sagt: Hier sind 90 Millionen €, nächstes Jahr wissen wir noch nicht so, wie es mit den Haushaltsmitteln ist.

Dort werden Kapazitäten und Ressourcen auch nur hochgefahren, wenn man sicher sein kann, dass über mehrere Jahre auch tatsächlich Investitionsbereitschaft besteht, und diese Planungssicherheit verschaffen wir auf der anderen Seite damit denjenigen, die hier dann auch für uns Bautätigkeiten entfalten sollen.

Alles in allem bedeutet es aber auch - das will ich zum Schluss auch sagen -, dass wir in den nächsten Jahren im Lande mit mehr Baustellen rechnen müssen. Jede Baustelle - ich habe das draußen schon einmal gesagt - ist mir sehr recht, wenn sie nicht nur einfach eine Baustelle ist, mit der ein Loch markiert wird, und man daran nicht vorbeikommt. Jede Baustelle, die eine Sanierungsmaßnahme ist und vor der im nächsten Jahr der eine oder andere Verkehrsteilnehmer steht, ist ein Zeichen dafür, dass es im Land vorangeht. Das ist wichtig. - Herzlichen Dank!

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Der Minister hat die vorgesehene Redezeit um 2 Minuten erweitert. Diese zusätzliche Redezeit steht jetzt auch den Fraktionen zur Verfügung. Ich eröffne die Aussprache. Das Wort für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Lukas Kilian.

Lukas Kilian [CDU]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Vor und nach Landtagswahlen überlegt man sich immer: Gibt es etwas, woran man merkt, dass wirklich eine neue Regierung da ist, gibt es etwas, woran man das nach kurzer Zeit ablesen kann?

Ich kann Ihnen sagen: Der Bereich der Landesstraßen ist ganz massiv ein Bereich, an dem man ablesen kann, dass es eine neue Landesregierung gibt, die einen neuen Schwerpunkt setzt, die unsere Landesstraßen nicht mehr verfallen lässt, sondern sich massiv dafür einsetzt, flächendeckend, landesweit unsere Straßen auf Vordermann zu bringen.

(Beifall CDU und FDP)

Es ist richtig: Es ist nicht der erste Landesstraßenzustandsbericht, der in diesem Hause verabschiedet und diskutiert wird. Der letzte Landesstraßenzustandsbericht stammt aus dem Jahr 2014 von der Vorgängerregierung. Damals hat die Vorgängerregierung sich dafür gefeiert, zum allerersten Mal landesweit alle Landesstraßen katalogisiert zu haben. Man ist landesweit alle Straßen abgefahren, hat überall den Zustand erfasst. Das ist tatsächlich ein guter Vorgang und wichtig gewesen, denn man braucht ein Bild, um eine entsprechende Handlungsstrategie entwickeln zu können.

Die Handlungsstrategie, die man dann allerdings entwickelt hat, war: Wir wissen jetzt, dass es kaputt ist, aber richtig etwas dagegen tun werden wir nicht. - Das ist ungefähr vergleichbar damit, wenn man zum Zahnarzt ginge, ihn bäte: „Bitte überprüfen Sie einmal mein Gebiss.“, und der Zahnarzt sagt: „Sie haben in jedem Zahn mindestens ein Loch.“ Gingen Sie dann nach Hause und sagten Ihrem Partner oder Ihrer Partnerin: „Mensch, heute habe ich etwas geschafft. Ich war beim Zahnarzt, und der hat mir gesagt, in allen Zähnen ist ein Loch.“, würde jeder sagen: „Mensch, toll! Und jetzt?“.

(Zuruf Tobias von Pein [SPD])

Die letzte Landesregierung hat sich für diese Zustandserfassung tagelang gefeiert, aber die Löcher nicht gestopft. Wir sind dabei, jetzt nicht mehr nur Löcher zu stopfen, sondern landesweit große Teile von Straßen weitgehend zu sanieren, damit der Sanierungsstau in diesem Land richtig abgebaut wird.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Das Entscheidende dabei ist, dass hier wirklich ein Strategiewechsel vorliegt. Im letzten Straßenzu-

(Lukas Kilian)

standsbericht findet man im Fazit auf Seite 31 den Satz:

„Ohne Gegensteuern ist mit einem weitgehenden Substanzverfall zu rechnen.“

Zum Glück hat der Wähler bei der Landtagswahl gegengesteuert und eine andere Regierung ins Amt gehoben, damit gegengesteuert wird und wir uns auch von der Strategie verabschieden zu sagen: Wir haben ein Netz von Landesstraßen, die wir wichtig finden, und ein Netz von Landesstraßen, die wir so unwichtig finden, dass wir sie verfallen lassen. - Das betraf nämlich den gesamten ländlichen Raum, der vollkommen abgehängt worden wäre, weil angeblich die Netzfunktion gefehlt hätte. Man hätte dann eben nicht mehr zur Kita, zum Supermarkt oder zum Arbeitsplatz fahren können. Diese Strategie wurde aufgegeben.

Ich sage Ihnen eines: Es gibt Dinge, die schöner als die Beratung zum Landesstraßenzustandsbericht in der CDU-Fraktion sind. Wir haben fast nur direkt gewählte Abgeordnete, die alle Landesstraßen haben, und jede Landesstraße ist die wichtigste.

(Christopher Vogt [FDP]: Also nicht selbst!)

- Nein, denen gehören die Landesstraßen nicht selbst, aber sie alle haben in ihren Wahlkreisen Landesstraßen, die alle in einem desolaten Zustand sind. Jeder von meinen Fraktionskollegen hat mir gesagt: Kilian, wenn dieser Straßenzustandsbericht gemacht wird, achte darauf, dass bitte die L 88, die L 123 oder die L 222 ganz weit oben steht und schnell gemacht wird.

(Birte Pauls [SPD]: Was ist das denn für eine Politik?)

- Was das für eine Politik ist? Das fragen Sie sich, ja?

(Birte Pauls [SPD]: Ja, das frage ich mich!)

- Das kann ich Ihnen sagen. Das kann ich Ihnen erklären.

(Anhaltende Unruhe SPD)

- Stellen Sie eine Zwischenfrage; dann wird die Zeit angehalten. Ich kann Ihnen erklären, was das für eine Politik ist. Diese Herren und Damen, die dort hinten bei der CDU-Fraktion sitzen, sind, wie gesagt, fast alle direkt gewählt worden. Das sind die Gesichter der Demokratie und die Menschen, die angesprochen werden.

(Beifall CDU - Zuruf Dennys Bornhöft [FDP])

Das sind die, die angesprochen werden, wenn es Probleme gibt. Da stehen die Bürger auf der Matte und sagen: Warum ist die Straße kaputt? - Sich für ihre Wahlkreise einzusetzen, genau das ist deren Aufgabe.

(Beifall CDU - Wortmeldung Birte Pauls [SPD])

- Aber jetzt haben Sie ja wirklich eine Frage.

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Herr Abgeordneter Kilian, jetzt haben Sie die Chance, dass Ihre Zeit angehalten wird. Gestatten Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Pauls?

Lukas Kilian [CDU]:

Ja.

Birte Pauls [SPD]: Herr Kollege Kilian, unterstellen Sie damit den nicht direkt gewählten Abgeordneten, dass sie sich nicht um ihre Wahlkreise kümmern?

(Zuruf SPD: Und nicht die Gesichter der Demokratie sind!)

- Nein, das habe ich keineswegs getan.

(Zurufe SPD: Doch, mein Lieber! - Birte Pauls [SPD]: Genau das haben Sie gerade gemacht! - Zuruf FDP: Kann man so verstehen!)

- Das habe ich nicht getan. Ich unterstelle Ihnen etwas ganz anderes: Ich unterstelle Ihnen, dass Sie alle in den letzten fünf Jahren überhaupt nichts bei diesem Thema getan haben, um die Landesstraßen in irgendeiner Weise voranzubringen.

(Beifall CDU)

Das ist ein wesentlicher Teil gewesen, weswegen die letzte Koalition abgewählt wurde, weil die Bürger sich verschaukelt gefühlt haben.

(Christopher Vogt [FDP]: Jetzt kommt Ihr Beitrag! - Zuruf: Jetzt geht's los!)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Gestatten Sie erst einmal eine weitere Zwischenfrage des Abgeordneten von Pein?

Lukas Kilian [CDU]:

Aber natürlich.

Tobias von Pein [SPD]: Sehr geehrter Kollege Kilian, würden Sie bitte zur Kenntnis neh-

(Lukas Kilian)

men, dass wir als vielleicht nicht direkt gewählte Abgeordnete auch Wahlkreise vertreten. Wir setzen uns da ein und treten für Verbesserungen ein, zum Beispiel bei der L 92, Ortsdurchfahrt Lütjensee. Ich finde es toll, dass die auch in der Liste steht.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Wir haben jahrelang zusammen - übrigens zusammen mit dem Kollegen Koch; da brauchen Sie sich nicht aufzuregen - dafür gestritten, dass zum Beispiel Verkehrszählungen und andere Dinge durchgeführt werden, damit das in der Prioritätenliste nach vorn kommt.

(Zurufe FDP)

Wir können uns jetzt Schaukämpfe liefern - oder wir sagen: Wir haben gemeinsam an der Analyse gearbeitet und finden es gut, dass jetzt endlich etwas umgesetzt wird.

- Herr von Pein, kennen Sie das Sprichwort: Der Erfolg hat viele Väter, der Misserfolg ist ein Waisenkind.

(Zuruf Wolfgang Baasch [SPD])

Die L 92 ist ein sehr gutes Beispiel. Sie wurde in den letzten Jahren immer wieder geschoben. Es hieß: Eine Ortsdurchfahrt ist zu kompliziert; wir müssen das Geld woanders einsetzen. - Sprechen Sie einmal mit den Bürgern in Lütjensee, der Bürgermeisterin. Wir haben im Kreis Stormarn - rauf und runter - die ganze Thematik der L 92 gehabt. Natürlich haben sich da furchtbar viele Leute eingesetzt. Ist jetzt aber der Erfolg da, weil die Landesregierung mit einem Mal einen Strategiewechsel vornimmt und sagt: „Wir lassen auch unseren ländlichen Raum nicht abgehängt“, da ist es sehr einfach, sich hier hinzustellen und zu sagen: Ich war schon immer dafür.

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Herr Abgeordneter Kilian, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage des Abgeordneten von Pein?

Lukas Kilian [CDU]:

Liebed gern.

Tobias von Pein [SPD]: Es ist gut, wenn man zur Aufklärung beitragen kann. Würden Sie dann bitte auch zur Kenntnis nehmen, dass gerade bei der L 92, zum Beispiel auf-

grund von veralteten Verkehrszählungen, bisher argumentiert wurde, dass die Priorität weiter unten ist! Sieht man sich die Verkehrszählung, die von der alten Landesregierung in der Küstenkoalition durchgeführt wurde, an, wurde festgestellt, dass diese Straße in Wirklichkeit sechsmal so viele Fahrzeuge aufnehmen muss. Dass sie dann in der Prioritätenliste aufgestiegen ist, ist vielleicht doch ein Erfolg, auch wenn er klein ist. Geben Sie vielleicht diesen kleinen Erfolg zu und dass er aufgrund von nachdrücklichen Arbeiten der Abgeordneten Koch und Tobias von Pein entstanden sein könnte?

- Herr von Pein, ich schätze Sie. Ihr Einsatz für den Wahlkreis kann nicht groß genug sein. Wenn Sie sich darum bemüht haben, dass falsche Zahlen im letzten Landeszustandsbericht berichtigt wurden, ist das sehr honorig. Dann stellt sich mir allerdings die Frage, warum die letzte Landesregierung ob veralteter Verkehrszählungen überhaupt einen Landesstraßenzustandsbericht erstellt hat. Dann war der ja noch falscher als falsch.

(Beifall CDU und FDP - Sandra Redmann [SPD]: Wie werden denn die Straßen saniert? Nach welchen Kriterien? - Zuruf SPD: Wer der geilste Abgeordnete ist!)

- Wenn Sie eine Frage haben, gibt es mehrere Mikrofone in diesem Saal. Sie können sich davorstellen.

(Sandra Redmann [SPD]: Das ist mein Recht als Abgeordnete!)

- Machen Sie, was Sie wollen.

(Sandra Redmann [SPD]: Genau! Das mache ich auch!)

- Machen Sie, was Sie wollen; Sie lassen ja unsere Straßen jetzt zum Glück in Ruhe.

(Heiterkeit FDP - Beifall CDU und FDP)

Mit dem neuen Landesstraßenzustandsbericht haben wir von Anfang an gesagt: Es werden jedes Jahr mindestens 90 Millionen € in die Landesstraßeninfrastrukturen gesteckt. In diesem Jahr sind 83,3 Millionen € verbaut worden. Dass das so schnell geht und so viel Geld wirklich auf die Straße gebracht würde, hätte am Anfang der Wahlperiode kein Mensch gedacht.

Was der Minister gesagt hat, stimmt; er sprach davon, dass wir auch Ärger bekommen werden. Wir bekommen eine andere Art von Ärger als die Vorgängerregierung, die Ärger bekommen hat, weil die

(Lukas Kilian)

Straßen Schrott waren. Wir werden Ärger mit dem Thema Baustellen kriegen. Jeder wünscht sich Straßen, die funktionieren, und zwar am besten so, dass man andauernd, durchgehend freie Fahrt hat. Baustellen mag keiner.

Deswegen ist es auch richtig, dass die Jamaika-Koalition im Haushaltsentwurf Mittel und eine zusätzliche Stelle für einen Baustellenkoordinator eingestellt hat. Dabei will ich ausdrücklich darauf hinweisen, dass es auch bisher schon Baustellenkoordination in diesem Land gab. Es geht um eine Optimierung, Verbesserung und den ersten Schritt zu einer Digitalisierung der Baustellenkoordination. Hier müssen wir in Schleswig-Holstein noch besser werden.

Wir werden nicht nur 90 Millionen € pro Jahr in die Landesstraßen investieren, wir achten auch darauf, dass, wenn wir überall die Straßen sanieren und zum Teil für die Bauarbeiten sperren müssen, die Mobilität der Bürger trotzdem weitestgehend erhalten bleibt. Auch das ist ein richtiger Ansatz, der in den letzten Jahren verschlafen wurde. - Vielen Dank.

(Beifall CDU und FDP)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die SPD-Fraktion erteile ich dem Abgeordneten Kai Vogel das Wort.

Kai Vogel [SPD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Werte Gäste! Lieber Kollege Kilian! Ich muss ganz ehrlich sagen: Ich habe zwar schon viele Reden von Ihnen gehört, aber noch keine so populistische Rede wie die eben, bei der Sie sagten, die letzte Landesregierung habe nichts für Landesstraßen getan, nur Ihre Landesregierung tue etwas für Landesstraßen.

(Volker Schnurrbusch [AfD]: Auch Populisten können recht haben!)

Sie wissen doch selber, zu wie vielen Terminen Sie mittlerweile geladen werden, bei denen Bänder durchgeschnitten werden. Dass exakt diese Landesstraßen noch von der Küstenkoalition auf den Weg gebracht worden sind, das steht doch völlig außer Frage.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Zurufe CDU)

- Ich lasse die Zwischenfrage zu. Ich müsste nur erst einmal darum gebeten werden, sie auch zuzulassen.

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Ja. Dann bitte ich Sie jetzt, sie zuzulassen.

Kai Vogel [SPD]:

Gern.

Lukas Kilian [CDU]: Herr Abgeordneter Vogel, ich habe eine Frage: An welcher Landesstraße wurde in der letzten Zeit ein Band durchgeschnitten? Meines Wissens sind das Autobahnen. Kennen Sie den Unterschied zwischen Autobahnen und Landesstraßen?

(Martin Habersaat [SPD]: Das ist eine ganz schnöselige Art hier! - Birte Pauls [SPD]: Das ist eine Maximalarroganz, die da rüberkommt! - Weitere Zurufe SPD)

- Herr Kilian, natürlich kenne ich den Unterschied zwischen Landesstraßen und Autobahnen.

(Zurufe CDU)

Ich bin mir durch das Studium des Pressespiegels der Regionalpresse auch sehr sicher, wie häufig dort die entsprechenden Landesstraßen benannt worden sind und berichtet worden ist, dass diese saniert worden sind. Im Unterschied zu Ihnen, die Sie hier vorhin ein Füllhorn verschiedenster Landesstraßen - -

(Zurufe SPD)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Herr Abgeordneter, Entschuldigung. - Es wäre schön, wenn die Abgeordneten der SPD ihrem Abgeordneten zuhören würden.

Kai Vogel [SPD]:

Im Gegensatz zu Ihnen, die Sie vorhin ein Füllhorn von verschiedenen Landesstraßen benannt haben und die Sie augenscheinlich immer in dem Moment, in dem Sie eine Landesstraße befahren, auch wissen, welche Nummer das ist, weiß ich das zwar definitiv bei einer Autobahn, aber ich muss zugeben, bei einer Landesstraße weiß ich nicht immer, auf welcher Landesstraße mit welcher Nummer ich mich in dem Moment bewege. Dass dort aber innerhalb der letzten Jahre und auch in diesem Jahr massive Sanierungen stattgefunden haben, die abge-

(Kai Vogel)

geschlossen worden sind, das registriere ich durch mein vieles Autofahren täglich.

(Beifall Birte Pauls [SPD])

Insofern ist es Quatsch - Entschuldigung -, es ist nicht zutreffend, dass Sie behaupten, dass die Landesregierung dort nichts auf den Weg gebracht habe.

(Beifall SPD und Flemming Meyer [SSW])

Genauso bemerkenswert finde ich Ihre Aussage: Sie hätten einmal die Diskussion innerhalb der CDU-Fraktion mitbekommen sollen, als dieser Straßenbericht diskutiert wurde! Denn einzelne Wahlkreisabgeordnete hätten gerufen: Denk bitte an diese Straße, denk bitte auch an jene Straße, und denke auch an die Straße, damit die auf der Liste weiter nach oben kommt. - Sie mögen jetzt mit dem Kopf schütteln, aber das haben Sie in dieser Art und Weise vorgetragen.

(Zurufe SPD)

Auch die SPD-Fraktion besteht aus vielen direkt gewählten Abgeordneten. Ich bin einer von ihnen.

(Zuruf CDU: Vier!)

Wenn Sie Ihre Fraktionsgröße anschauen und unsere, gebe ich zu, Ihre ist größer, aber unsere ist definitiv nicht klein. Unsere 21 Abgeordneten stehen alle für irgendeinen Wahlkreis. Und wenn Sie sich als Abgeordnete der CDU ausnahmslos nur für die Straßen in Ihrem Wahlkreis einsetzen, ist das ein völlig falsches Verständnis eines Landespolitikers, weil Sie sich hier nur noch als Wahlkreisabgeordneter präsentieren.

(Beifall SPD, Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Gut ist - so finden wir jedenfalls -, dass die Landesregierung den Weg der massiven Straßensanierungen weiter verfolgt und dabei auf dem im Jahr 2014 zum ersten Mal erstellten Landeszustandsbericht aufbaut. Recht schonungslos - wie bereits in den Jahren zuvor - listet der Bericht den Straßenzustand der Landesstraßen auf. Das ist auch gut so. Denn nur so ist es bereits seit der letzten Legislaturperiode gelungen, Schwung in die Debatte, Schwung in das Handeln und Schwung in die Finanzierung zu bringen.

Die Ergebnisse allerdings, die heute berichtet wurden oder in dem Bericht stehen, sind immer noch ernüchternd. Der Abbau des Sanierungsstaus ist weiterhin erst im Jahr 2030 erreicht. Da Sie die Ka-

tegorien des sofortigen Sanierungsbedarfs verändert haben, sollen deutlich mehr Straßen schnellstmöglich saniert werden. Das wird Ihnen allerdings wegen mangelnder Fachkräfte kaum so schnell gelingen.

Der Minister hat zwar eben dargelegt, dass 83,2 Millionen € in diesem Jahr verbaut worden sind. Aber ich glaube, hier muss man noch einmal unterscheiden, ob die 83 Millionen € tatsächlich verbaut worden sind oder in dieser Höhe nur Aufträge vergeben worden sind. Am Ende ist dort noch kein einziger Spaten in Schwung gekommen.

(Christopher Vogt [FDP]: Verbaut!)

Zu den 90 Millionen €, die für die notwendigen Sanierungen aufgewendet werden müssen, schreiben Sie selbst, dass diese noch keine Baukostensteigerungen beinhalteten. Als Kommunalpolitiker weiß ich, dass auch beim Neubau einer Straße bei mir zu Hause in Pinneberg und auch beim Bau einer Schulmensa vom Jahr 2017 auf das Jahr 2018 eine Baukostensteigerung - nur eine Baukostensteigerung! - in Höhe von 30 % zu verzeichnen war. Die gut laufende Konjunktur hätten Sie doch ehrlicherweise in Ihre Berechnungen mit einbeziehen müssen. Statt zu suggerieren, dass die komplette Straßensanierung auch noch in den Jahren 2018 bis 2030 mit den 90 Millionen € gewährleistet wäre, hätten Sie dies berücksichtigen müssen. Hier streuen Sie den Bürgerinnen und Bürgern bewusst Streusalz in die Augen.

(Christopher Vogt [FDP]: Streusalz kommt auf die Straße!)

Absolut widersprüchlich zur Argumentation der Landesregierung ist die Passage zum Radwegebau. Ich zitiere - mit Erlaubnis der Präsidentin - aus dem Bericht:

„Neue Radwege oder Ausbau von Radwegen an Landesstraßen sollen durch die Kommunen mit einer 50:50-Finanzierung Land/Kommune realisiert werden. Hintergrund ist nicht nur, dass sich so eine deutlich größere Zahl an Neubaukilometern realisieren lässt. Wesentlich ist vielmehr, dass sich erstens über die finanzielle Beteiligung der Kommunen und zweitens über die Bauträgerschaft der Kommunen erkennen lässt, ob tatsächlich ein starkes kommunales Interesse an einem Radweg vorliegt oder nur ein wiederholter Wunsch mit 100-prozentiger Kostentragung durch das Land damit verbunden ist.“

(Kai Vogel)

Vermutlich bin ich der Einzige in allen Landesparlamenten, der sich zeitgleich mit Verkehrs- und mit Schulpolitik befasst,

(Zuruf CDU: Nein, ich auch!)

sonst wäre das vermutlich mehr aufgefallen. Sie und eigentlich alle Rednerinnen und Redner - auch die Ministerin -, haben doch gestern zum Thema Digitalisierung bemängelt, dass die verlangte Kofinanzierung vonseiten der Länder bei den Bundesmitteln einzelne Bundesländer von der Förderung ausschließt. Wie geht das mit der eigenen Argumentation hier zusammen?

Ich komme selbst aus einer finanzschwachen Kommune und weiß, wie schnell hier keine Kofinanzierung mehr möglich ist. Bei der Kollegin Redmann im Wahlkreis in Ostholstein habe ich ebenfalls einen Radweg gesehen, den haben wir uns angeschaut, bei dem die Kommune nicht in der Lage wäre, eine entsprechende Kofinanzierung zu leisten.

(Peer Knöfler [CDU]: Das ist Quatsch, das ist falsch!)

Der Radweg ist definitiv grottig. Wer viel mit dem Fahrrad unterwegs ist, der merkt schnell, wo Radwege gut ausgebaut oder wo sie sanierungsbedürftig sind. Da gibt es einen Zusammenhang zwischen Finanzkraft und guten Radwegen. Zu unterstellen, dass nur dann kommunales Interesse vorhanden sei, wenn man sich an dem Ausbau finanziell beteiligen könne, stellt den kompletten Digitalpakt infrage.

Hier erwarte ich, dass sich die Landesregierung ehrlich macht und durch einen Verzicht der Kofinanzierung keine Kommune in den Schatten stellt.

Ihr Bericht glänzt durch viele schöne Wortphrasen und schürt Erwartungen, die es nun zu erfüllen gilt. Wer in dem Bericht behauptet, dass man erst jetzt bei der Sanierung der Landesstraßen klug aufgestellt sei und erst jetzt klar benannt worden sei, wie vorzugehen sei, der hängt die Messlatte sehr, sehr hoch. Tun Sie das gern weiter. Denn nur, wer die Messlatte kontinuierlich zu hoch hängt, der wird sie ständig reißen - die A 20 lässt grüßen. - Vielen herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD und SSW)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich dem Abgeordneten Dr. Andreas Tietze das Wort.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ganz ehrlich, ich finde diese Debatte ein wenig am Thema vorbei und etwas unwürdig. Denn wenn wir ehrlich sind und einmal in Artikel 14 unseres Grundgesetzes schauen, sehen wir, dass dort steht: Eigentum verpflichtet. Der Gebrauch dient dem Wohl der Allgemeinheit. Wenn wir uns dann einmal anschauen, wie der Staat in den letzten Jahrzehnten mit seinem Eigentum umgegangen ist, ist das keine Ruhmesgeschichte.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und vereinzelt CDU)

Wenn man sich dann hier hinstellt, Kollege Vogel und auch Kollege Kilian, und so tut, als ob man jetzt alles ganz toll macht - das ist ja richtig, ich komme gleich noch dazu -, dann muss man aber auch selbstkritisch sehen, dass alle Parteien, die hier sitzen - mit Ausnahme der AfD - einmal Regierungsverantwortung in diesem Land getragen haben. Man muss deshalb sagen, dass natürlich ein Investitionspotenzial auch davon abhängt, wie viele Möglichkeiten man hat.

Die Älteren unter uns in diesem Haus erinnern sich noch, dass wir uns seinerzeit alle einstimmig - mit Ausnahme der Fraktion der LINKEN - dafür entschieden haben, eine Schuldenbremse in die Verfassung aufzunehmen. Das haben wir nicht getan, weil das gerade en vogue war, sondern weil wir den nachfolgenden Generationen gegenüber eine Verpflichtung haben, damit diese auch noch Investitionen tätigen können.

Ich breche mir auch keinen Zacken aus der Krone, wenn ich hier sage: Ja, in der Küstenkoalition haben wir auch einiges für die Landesstraßen getan. Darauf komme ich gleich noch. Aber ich habe mit den Kollegen von CDU und FDP in dieser Koalitionsnacht an Pfingsten hart verhandelt. Sie haben das Thema der Landesstraßen sehr hart verhandelt und gesagt: Wenn ihr mit uns regieren wollt, dann müssen wir da mehr machen, dann muss da mehr Geld rein! Ich will an dieser Stelle sagen, mit Monika Heinold über Finanzen zu verhandeln, ist nicht witzig, aber es ist gelungen, für diese Politik, für die wir jetzt gemeinsam stehen, ausreichend finanzielle Mittel für die nächsten Jahrzehnte zur Verfügung zu stellen. Es ist gut, dass das so ist, und das kann man auch einmal anerkennen, meine Damen und Herren von der SPD.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

(Dr. Andreas Tietze)

Auch wir haben in der Küstenkoalition die einen oder anderen Schwerpunkte gesetzt, zum Beispiel bei den Schultoiletten. Es ist auch Aufgabe der Parteien, ihre Programme zu schreiben, Schwerpunkte zu setzen und dann bei den Wählerinnen und Wählern zu werben, dass sie für diese Programme gewählt werden. Das ist die Aufgabe von Parteien. Deshalb sage ich: Es stimmt, zu dem ersten Landesstraßenbericht, dem Landesstraßenbericht 2014, habe ich hier im Landtag reden dürfen. Den hat Herr Meyer hier eingeführt. Das ist übrigens - Herr Kollege Vogel, Sie werden sich erinnern - auch von der Opposition gelobt worden. Da ist nicht draufgehauen worden. Herr Meyer war ja bei der damaligen Opposition hier im Hause nicht immer ganz so beliebt.

(Zuruf Martin Habersaat [SPD])

Aber wir haben zum ersten Mal schwarz auf weiß gesehen, wie es um unsere Landesstraßen steht.

(Martin Habersaat [SPD]: Lesen Sie mal nach, was Arp dazu erzählt hat!)

- Ich will ja auch nur sagen: Wir haben uns beim Thema Landesstraßen - das ist der Unterschied - hier nicht gegenseitig Vorwürfe gemacht, sondern wir haben durch die Vorlage des ersten Berichts zum Zustand der Landesstraßen gemeinsam erkannt - das ganze Haus hat das erkannt -, dass hier Handlungsbedarf besteht. Da haben wir nicht mit dem Finger aufeinander gezeigt, sondern wir haben uns dazu bekannt, dass wir eine Verantwortung für die Sanierung unserer Landesstraßen haben. Ich finde, das muss man an dieser Stelle auch einmal sagen, und dann darf man sich auch einmal freuen, dass man dieser Verantwortung unter dieser Regierungsbeteiligung gerecht wird.

Sie haben hier ja ausgeführt, Herr Minister, dass Sie da jetzt liefern, und zwar mehr liefern als das, was die Vorgängerregierung getan hat. Ich finde, das kann man anerkennen. Man bricht sich auch als Opposition keinen Zacken aus der Krone, wenn man einmal sagt: Ja, da passiert wirklich mehr, ganz objektiv. Das wird deutlich, wenn man einmal den Bericht von 2014 mit dem von 2017 vergleicht. Da sieht man nämlich schwarz auf weiß, dass da eine ganze Menge getan worden ist.

(Beifall CDU und FDP - Zuruf Dr. Kai Dolgner [SPD])

- Ja, das ist einmal Transparenz, die wir sonst immer einfordern, wenn wir vor Wählerinnen und Wählern stehen. Das ist einmal Transparenz. Es ist ja das Schöne an so einer Straße, dass man das

gleich sieht. Es werden ja viele gute Dinge in diesem Hause getan, die nicht immer sofort sichtbar sind. Wenn wir beispielsweise für die Umwelt oder für Menschen etwas tun, so wird das nicht immer sofort anerkannt. Bei einer Straße sieht man es sofort. Wir müssen das objektiv sehen, und dieser Landesstraßenbericht zeigt deutlich, was geschehen ist.

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Herr Abgeordneter Dr. Tietze, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Dr. Dolgner?

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Selbstverständlich. Kollege Dolgner, bitte schön.

Dr. Kai Dolgner [SPD]: Herr Kollege Tietze, habe ich es richtig verstanden, dass der Hinweis darauf, dass wir die Berichte der Jahre 2014 und 2017 vergleichen sollen, an den Kollegen Kilian ging und dass man daran erkennen kann, was von der in den Jahren von 2014 bis 2017 regierenden Küstenkoalition trotzdem alles gemacht worden ist? Denn über das, was Sie getan haben, gibt es ja noch gar keinen Bericht.

- Lieber Herr Kollege Dr. Dolgner, ich habe hier kein Landesstraßen-Ping-Pong gespielt und habe nicht gesagt, wer der größte Held im Wahlkreis ist und wer die meisten Straßen gebaut hat. Daran habe ich mich in meiner Rede nicht beteiligt. Wenn das andere tun, so ist das eine Entscheidung, die jeder für sich selbst treffen kann.

(Vereinzelter Beifall FDP)

Ich habe sehr deutlich gespürt, dass das ein Thema zwischen der SPD-Fraktion und der CDU-Fraktion war. Andere Fraktionen haben sich daran nämlich nicht beteiligt. Deshalb sage ich noch einmal ganz deutlich: Das bringt nichts. Natürlich hat die Küstenkoalition auch Landesstraßen gebaut. Aber, lieber Herr Kollege Dolgner, es waren weniger Kilometer als jetzt bei der neuen Jamaika-Koalition.

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage des Abgeordneten Dr. Dolgner?

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr gerne.

(Dr. Andreas Tietze)

Dr. Kai Dolgner [SPD]: Also, die Wette bezüglich der Kilometer würde ich glatt gewinnen, weil Sie noch gar nicht dazu gekommen sind.

(Zuruf SPD: Doch!)

Aber noch einmal zur Fragestellung: Den Vergleich in Bezug auf die Jahre 2014 und 2017 haben Sie ja gerade von sich aus angebracht. Ich weiß nicht, was das mit Wahlkreis zu tun hat. Was wollten Sie dem Publikum mit der Bemerkung, 2014 und 2017 zu vergleichen, mitteilen? Das habe ich nicht ganz verstanden. Es tut mir leid, ich bin ein bisschen schwerfällig im Begreifen. Erzählen Sie das doch bitte noch einmal.

- Lieber Kollege Dolgner, es gibt zwei Berichte, nämlich einen über den Zustand im Jahre 2014 und einen über den Zustand im Jahre 2017. Dann gucken Sie sich die beiden Berichte an und sehen, was zum Beispiel die strategischen Ziele von 2014 bis 2017 waren. Dann können Sie sehen, aha, interessant, da hat sich eine Regierung in einem Bericht Gedanken darüber gemacht, welche Ziele sie hat, und sie ist dem zwar nicht zu 100 %, aber teilweise nachgekommen.

So. Jetzt lesen wir - das ist genau der springende Punkt -, dass wir mehr Planer haben - unter der Vorgängerregierung hatten wir weniger Planer und konnten somit auch weniger Straßen bauen - und dass wir mehr finanzielle Spielräume haben. 37 Millionen waren es unter der alten Regierung, 90 Millionen sind es unter der neuen Regierung. Sie sehen, dass das Potenzial schon im ersten Jahr der Regierungstätigkeit - das können Sie auch nachlesen - zu vermehrter Bautätigkeit geführt hat. Sie können, wenn Sie das pro Jahr herunterrechnen, erkennen, dass im Jahre 2018 mehr gebaut worden ist als, wenn Sie die Einzeljahre nehmen, in den Jahren 2014, 2015 oder 2016.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Das heißt, Sie können objektiv erkennen, dass diese Regierung mehr tut. Wenn Sie das nicht lesen können - Sie sind ja jemand, der Statistiken lesen kann -, dann tut es mir leid. Wir können gerne noch einmal ein bisschen Mathe- oder Statistiknachhilfe machen. Aber das können Sie dem Bericht entnehmen.

(Dr. Kai Dolgner [SPD]: Darüber können wir noch einmal reden!)

So. Meine Damen und Herren, ich will noch zu zwei Dingen etwas sagen, die mir im Landesstraßenbericht aufgefallen sind und von denen ich glaube, dass wir den Blick noch stärker darauf richten müssen. Das ist zunächst das Thema Verkehrssicherheit. Natürlich tragen Straßen zu einem bestimmten Anteil zur Verkehrssicherheit bei, wenn sie gut ausgebaut sind. Ich wünsche mir, dass wir beispielsweise bei dem Thema noch besser werden. Wir haben durch die Berichte zur Verkehrssicherheit festgestellt, dass Schleswig-Holstein da im bundesweiten Vergleich nicht ganz vorne ist.

Das Zweite ist das Thema Radwege. Ja, es ist ein Herzensthema von uns Grünen, dass wir das ordentlich machen.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch mich schmerzt es, Kollege Vogel - das darf ich auch einmal sagen -, dass die Kommunen beim Thema Radwegeausbau das Geld nicht abgerufen haben. Wir hatten unter der Vorgängerregierung 25 Millionen € für den Radwegebau vorgesehen. Viel von dem Geld ist nicht abgerufen worden, und zwar aus den Gründen, die Sie geschildert haben, nämlich dass die Kofinanzierung fehlt. Da müssen wir ran. Wir haben jetzt ja beispielsweise mit RAD.SH Möglichkeiten geschaffen. Die Kommunen erkennen das Thema Radfahren jetzt auch als Zukunftsthema.

Gerade bei Pendlerinnen und Pendlern ist es en vogue, mit dem Rad von zu Hause zur Mobilitätsstation oder zur Bushaltestelle zu fahren. Auch im Tourismus ist es en vogue. Wir sehen, die Gäste fahren sehr gerne Rad. Die Modalität der Räder hat zugenommen. Die Pedelecs haben auch die Räume erweitert. Während man früher nur 3 km fahren konnte, fährt man heute 30 km. Das heißt, man hat im Radfahrland Schleswig-Holstein wirklich eine Mammutaufgabe. Deshalb könnte ich mir vorstellen, dass wir mit einer Radfahrstrategie gezielt darangehen. Wir arbeiten daran, dass das Thema Radfahren genauso gut, genauso klasse und spitze wird wie das Thema Landesstraßen. Daran arbeiten wir, und dafür werden wir uns als Grüne auch einsetzen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Herr Abgeordneter Tietze, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Vogel?

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ja, bitte schön.

Kai Vogel [SPD]: Habe ich Sie richtig verstanden, Herr Kollege, dass Sie die Kofinanzierung im Bereich des Radwegebbaus genauso wie ich kritisieren? Warum ist die denn in dem jetzigen Landesstraßenzustandsbericht für die kommenden Jahre so vorgesehen? Das ist ja keiner, der sich nur auf das Jahr 2018 bezieht, sondern auf die komplette Legislaturperiode, wenn ich das richtig verstanden habe.

- Kollege Vogel, Sie wissen genauso gut wie ich, dass das im GVFG, im Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz, geregelt ist. Die Koalition arbeitet ja auch daran, dazu Vorschläge vorzulegen. Ich sage Ihnen, Rom ist auch nicht an einem Tag erbaut worden. Diese Regierung ist erst seit anderthalb Jahren im Amt. Ich kann Ihnen sagen: Wir werden das Thema der Radwege - da werden wir noch einmal engagiert hinschauen - voranbringen. Wir haben dazu im Koalitionsvertrag ja 10 Millionen € on top verhandelt. Das ist das Verhandlungsergebnis der Grünen gewesen. Wir werden das Thema Radverkehr zu unserer Sache in dieser Regierung machen und uns noch stärker dafür einsetzen, dass wir insoweit mehr tun; denn das Rad ist zukunftsfähig. Es ist ein gutes Verkehrsmittel. Wir haben heute Morgen ja über Diesel- und über Stickoxidbelastungen gesprochen. Die Nutzung des Rades ist auch gesund. Wer Rad fährt, bleibt gesund. Insofern, meine Damen und Herren, werden wir uns in den nächsten Jahren für diese Politik im Land noch verstärkt einsetzen. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Bevor wir fortfahren, begrüßen Sie bitte mit mir auf der Besuchertribüne des Schleswig-Holsteinischen Landtags Damen und Herren der Paritätischen Freiwilligendienste Schleswig-Holstein. - Seien Sie uns herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Für die FDP-Fraktion erteile ich das Wort dem Abgeordneten Kai Richert.

Kay Richert [FDP]:

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Verkehrsminister Bernd Buchholz hat uns heute eine vorbildliche und auch eine hoffnungsbringende Strategie vorgestellt. Seit vielen Jahren müssen wir ja leider überall im Land feststellen, dass der Zustand der Landesstraßen sehr schlecht ist. Schlaglöcher und Buckelpisten finden sich in allen Teilen unseres Landes. Doch damit wird jetzt aufgeräumt; denn Bernd Buchholz hat uns eine ambitionierte, gut durchdachte und zukunftsorientierte Strategie präsentiert.

(Beifall FDP und CDU - Zuruf: Wo denn?)

Damit bringen wir die Straßen wieder auf Vordermann. Es wurden vorhin ja einmal Zweifel am Strategiewechsel geäußert. Es wurden auch schon die Zahlen genannt, die heute in der „Landeszeitung“, im „sh:z“ zu lesen sind. Mit der Erhöhung von 50 Millionen im Jahre 2016 auf 72 Millionen im Jahre 2017 ist schon im ersten Jahr nach unserer Regierungsübernahme, das noch nicht einmal ein ganzes Jahr war, ein Anstieg bei den Investitionen erfolgt. Um das nicht zu sehen, muss man sich wirklich schon ganz schön anstrengen.

(Zuruf Birgit Herdejürgen [SPD])

Wir bringen das Land wieder nach vorne, und ich bedanke mich ausdrücklich für die hervorragende Strategie und Ihren Bericht, Herr Minister.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Ein umfassendes und ein hochwertiges Landesstraßennetz ist für Schleswig-Holstein von großer Bedeutung - das klang hier auch schon mehrfach an. Eine gute Infrastruktur ermöglicht den Bürgerinnen und Bürgern die Mobilität und die Chance zur freien Entfaltung. Das ist für uns Liberale natürlich sehr wichtig. Sie dient der Anbindung von Industrie- und Gewerbegebieten - das ist auch sehr wichtig - und erhöht die wirtschaftliche Attraktivität des Standorts. Sie ist eine wichtige Grundlage für Entwicklung und Wohlstand in unserem Land, für die Zukunfts- und für die Wettbewerbsfähigkeit in unserem Land. Sie ist auch ein wesentlicher Faktor der Verkehrssicherheit. Das sieht man natürlich einerseits daran, dass die Autos in der Mitte fahren, wenn bei den Landesstraßen immer die Banketten abbrechen. Wenn sich dann zwei Autos entgegenkommen, kann das schon zu Problemen führen. Aber wir sollten auch an die vielen Menschen denken, die bei uns auf zwei Rädern unterwegs sind - motorisiert oder nicht motorisiert. Für sie ist eine abbrechende Bankette eine starke Gefährdung. Des-

(Kay Richert)

halb ist es auch für die Verkehrssicherheit sehr wichtig, dass wir hier vorankommen.

(Beifall FDP)

Daher ist es richtig, dass Minister Buchholz auch eine langfristige Strategie für die Landesstraßen erstellt hat. Was wir bisher gesehen haben, war ja eher eine „Baufeuerwehr“. Wenn ein Loch da war, wurde es schnell gestopft. Aber wir wissen ja alle, wie das nach dem ersten Winter wieder ausgesehen hat. Für die Verkehrssicherheit war das nicht gut. Wir von Jamaika machen die Infrastruktur zukunftsfähig.

(Beifall FDP)

Der Weg dorthin ist leider weit. Der Landesstraßenzustandsbericht macht doch sehr deutlich, wie viel bei unseren Landesstraßen noch im Argen liegt. 27 % unserer Landesstraßen sind dringend sanierungsbedürftig. Knapp die Hälfte aller Straßen hat den sogenannten Barwert überschritten, also den Wert, ab dem dringend saniert werden muss. Die Konsequenz ist eigentlich eine ganz einfache: Es muss dringend investiert werden. Genau das machen wir.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Im Koalitionsvertrag haben wir vereinbart, jährlich mindestens 90 Millionen € in die Straßensanierung zu stecken. Das haben wir bereits 2018 umgesetzt. Das haben wir Mittwoch auch so für den Haushalt 2019 beschlossen. Das wird Jamaika auch für den Rest der Legislaturperiode so fortsetzen.

Eines ist aber wichtig: Die jährlichen Investitionen von 90 Millionen € sind nicht nur bis 2022 notwendig. Sie müssen auch bis 2030 auf diesem Niveau bleiben, um das Straßennetz in den angestrebten Zustand zu versetzen. Da dürfen wir nicht auf halber Strecke stehenbleiben. Aber da sich ja alle Fraktionen hier im Landtag zu einem besseren Straßennetz bekennen, bin ich mir sicher, dass hier im Hause keiner den Sanierungsstau von früher wieder haben möchte.

Auch wenn die SPD den Erfolg der Landesstraßenstrategie noch nicht so ganz anerkennen möchte, sage ich: Statt auch nur einmal anzuerkennen, dass Jamaika gute Entscheidungen trifft, wird hier gleich wieder relativiert oder kritisiert oder - das ist hier manchmal schon ein bisschen lustig - auf die Verdienste der Küstenkoalition verwiesen. Ja, es braucht genügend Planungskapazitäten im Land. Ja, es gibt einen großen Bedarf an Fachkräften, und ja, der Landesdienst muss attraktiv sein. Darüber haben wir gestern schon einmal gesprochen. Genau

deshalb sind wir diese Themen bereits alle angegangen.

Wir haben die Planungskapazitäten deutlich erhöht, und zwar durch neue Stellen im LBV auf der einen Seite. Dann haben wir auf der anderen Seite auch noch die DEGES für die großen Autobahnprojekte eingebunden, und auch diese frei werdenden Kapazitäten benutzen wir für die Planung bei unseren Landesstraßen. Weiterhin sorgen wir mit dem Studiengang für Bauingenieurswesen auch für die Ausbildung von zukünftigen Fachkräften. Wir machen den Landesdienst zum Beispiel durch Um- und Höhergruppierungen attraktiver. Insofern, liebe SPD, auch wenn es Ihnen schwerfällt: Herr Buchholz ist doch ein guter Minister. Loben Sie ihn doch einfach einmal dafür.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf SPD: Der muss aufgebaut werden! - Volker Schnurrbusch [AfD]: Er hat ein schwaches Selbstbewusstsein!)

Ein Lob tut nicht weh, und es verbessert die Stimmung.

(Heiterkeit)

Meine Damen und Herren, so erfreulich wie die geplanten Vorgaben für die Landesstraßen sind, so traurig ist dabei zugleich, dass es so weit kommen musste. Dass die Landesstraßen überhaupt in diesen Zustand geraten sind, dass die Infrastruktur des Landes in vielen Teilen vernachlässigt wurde - damit ist jetzt Schluss. Mit Jamaika geht es wieder aufwärts; denn wir bringen die Infrastruktur des Landes wieder auf Vordermann. Das erfreut mein liberales Herz, und ich lade Sie ein, sich mit mir gemeinsam zu freuen. - Vielen Dank!

(Beifall FDP und CDU)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die AfD-Fraktion erteile ich dem Abgeordneten Volker Schnurrbusch das Wort.

Volker Schnurrbusch [AfD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Gäste! Etwa 50 % der Landesstraßen - wir haben es gerade gehört - sind in einem schlechten Zustand. 27 % sind sogar dringend sanierungsbedürftig. Woran liegt das?

Seit dem Jahr 2014 wurde der im Landesstraßennetz bestehende Sanierungsstau nicht in dem erforderlichen Maße abgebaut. Grund dafür war vor allem die unzureichende Ausstattung mit finanziellen

(Volker Schnurrbusch)

Mitteln. Bis einschließlich 2017 standen in keinem Jahr die eigentlich benötigten Investitionsmittel in Höhe von 90 Millionen € zur Verfügung. Gleichzeitig wurden die ebenfalls notwendigen personellen Kapazitäten nicht vergrößert - und dies, obwohl nach dem Zustandsbericht des Jahres 2014 bei 98 % des Landesstraßennetzes der Fahrbahnaufbau und -querschnitt nicht mehr den anerkannten Regeln der Technik entsprachen. Das Ergebnis dieser verfehlten Politik der Regierung Albig können wir in dem vorgelegten Bericht des Verkehrsministers nachlesen. Trotz der in den Jahren 2013 bis 2017 durchgeführten Erhaltungsinvestitionen, ist das Gesamtvolumen des Erhaltungsbedarfs weiter angestiegen. Lediglich die Dynamik des Anstiegs wurde abgebremst. - Das reicht aber nicht. Meine Damen und Herren von der SPD und den Grünen, diese Fakten dürfen auch in der heutigen Debatte nicht ignoriert werden.

Das Ziel der Landesregierung, den bis jetzt aufgetretenen Sanierungsstau bis zum Jahr 2030 abbauen zu wollen, ist nach den Versäumnissen der Vergangenheit sehr ambitioniert. Zum Beispiel scheint das Ziel, den Anteil sanierungsbedürftiger Straßen auf unter 8 % senken zu wollen, zwar sehr lobenswert zu sein, aber es scheint uns wenig realistisch.

Dennoch: Es wurden wichtige Maßnahmen auf den Weg gebracht, gerade auch durch die Bewilligung zusätzlicher Planstellen beim Landesbetrieb Straßenbau und Verkehr; denn dort war früher ein Nadelöhr. Die Einrichtung eines Bauingenieurstudiengangs an der FH Kiel unterstützt ebenfalls als mittelfristig wirksame Maßnahme die hier besonders wichtige Nachwuchsförderung.

Wir teilen im Übrigen den Standpunkt der Landesregierung, dass im Straßenbau weiterhin der Erhalt gegenüber Neu- und Umbaumaßnahmen den Vorrang haben sollte. Hierzu war die Aufstellung eines transparenten Kriterienkatalogs in der Tat notwendig. Die Tatsache, dass sich das Land die Sanierung der Straßeninfrastruktur als eine zentrale Aufgabe bis zum Jahr 2030 als Ziel gesetzt hat, sehen wir auch als klares Bekenntnis zum Individualverkehr. Sie, Herr Minister, haben das dankenswerterweise am Anfang Ihrer Ausführungen gesagt. - Vielen Dank dafür und auch für Ihren Bericht. Wir wünschen Ihnen viel Glück, diesen Plan auch gegen ideologiegetriebene Träume einer Verkehrswende umzusetzen, wie sie auch hier im Hause teilweise anklingen. Sie wissen ja - wir haben heute Morgen darüber gesprochen -: Bestimmten Lobbygruppen geht es auch hier um nicht weniger als um die Abschaffung des motorisierten Individualverkehrs.

Dies sagt nicht irgendjemand - auch nicht ich -, sondern immerhin der Mitherausgeber der „FAZ“, Holger Steltzner, in seinem Kommentar „Der Diesel im Griff der Elite“, und er führt weiter aus - ich zitiere mit Erlaubnis der Präsidentin -:

„Leider gingen willfährige Politiker dieser Gruppe auf den Leim, im Irrglauben, es handle sich um eine gesamtgesellschaftliche Bewegung.“

Das ist sie eben nicht. Nein, die gesamtgesellschaftliche Bewegung in Deutschland findet immer noch im Auto statt, das von Verbrennungsmotoren angetrieben wird - und nicht in herbeifabulierten Wasserstoff- oder Batteriemobilen mit schlechter Ökobilanz.

(Beifall AfD)

Aber zurück zu den Landesstraßen. - Sehr geehrter Herr Minister, Sie müssen darauf achten, die verkehrspolitischen Ideologen in Ihren Reihen zu stoppen, um so glaubwürdiger und effektiver die Straßen sanieren zu können. Für meinen Kreis Ostholstein kann ich sagen: Ich habe mich sehr darüber gefreut, dass die L 57 mit zwei Abschnitten und die L 309 auch im Sanierungsplan auftauchen. Nächstes Jahr soll schon auf der L 57 gebaut werden, auch in Schönwalde - das freut uns besonders.

Ein kleiner Wermutstropfen muss trotzdem noch in diese Debatte einfließen; denn der Radwegeausbau ist noch nicht da, wo er sein sollte. Gerade auch Sie als Tourismusminister weisen ja immer zu Recht auf diese Bedeutung hin. Uns in Ostholstein fehlt da noch vielfach die Anbindung an das Hinterland durch Radwege. Auch an der L 57, die ja jetzt saniert werden soll, wird ein Radweg gebaut. Aber da müssen die Gemeinde und die Kommune noch sehr stark einspringen - mit 50 %. Das bedeutet für eine kleine Kommune wie Schönwalde mal eben 360.000 €. Das ist schwer zu schaffen. Da würden wir uns noch mehr Unterstützung vom Land wünschen. Aber über Radwege sollten wir einmal in einer separaten Debatte sprechen. - Vielen Dank.

(Beifall AfD)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Bevor wir fortfahren, möchte ich noch einmal zu Tagesordnungspunkt 30 zurückkommen. Es tut mir leid. Ich habe versehentlich die Abgeordneten des SSW auf die regierungstragenden Fraktionen mit aufgeteilt. Das tut mir leid. Selbstverständlich hat der SSW den Tagesordnungspunkt 30 abgelehnt.

(Vizepräsidentin Annabell Krämer)

Das möchte ich jetzt hier noch einmal nachholen und feststellen.

(Jette Waldinger-Thiering [SSW]: Danke schön!)

Dann kommen wir auch zu einem Abgeordneten des SSW. Dafür erteile ich jetzt das Rederecht dem Abgeordneten Flemming Meyer.

Flemming Meyer [SSW]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Der vorliegende Bericht über die Erhaltungsstrategie der Landesstraßen für den Zeitraum 2019 bis 2030 ist die Fortführung der erarbeiteten Strategie der Küstenkoalition aus dem Jahr 2014.

(Beifall SSW und SPD)

Damals hat die Landesregierung im Bericht deutlich gemacht, wo die Defizite sind, worin sie begründet sind und vor allem, wie man sie angehen will. Unverblümt hat der Bericht seinerzeit den unzulänglichen Zustand weiter Teile unserer Landesstraßen beschrieben und den Sanierungsstau aufgezeigt.

Zugegeben, es war nicht so, dass wir es nicht bereits geahnt hatten, aber wenn die Zahlen auf einmal schwarz auf weiß vorliegen, dann ändert sich der Blick auf die Problematik, und das war auch gut so. Dabei wurde deutlich, dass zum Abbau des Erhaltungsstaus über zehn Jahre hinweg 90 Millionen € jährlich zur Verfügung gestellt werden müssen.

(Tobias Koch [CDU]: Genau!)

Derartige Herausforderungen erfordern natürlich entsprechende Maßnahmen. Daher war grundsätzlich klar, dass die Sanierung vor den Neubau von Straßen gestellt wird. Für den Zeitraum 2014 bis 2017 wurden ursprünglich 25 Millionen € jährlich eingeplant. In den Jahren 2016 und 2017 wurde nochmals eine ordentliche Schippe draufgepackt, sodass für den Zeitraum 2014 bis 2017 insgesamt rund 132 Millionen € zur Verfügung gestellt wurden.

(Zuruf Tobias Koch [CDU])

- Dazu komme ich noch. Ich sage ja, trotz der finanziellen Bemühungen, die geleistet wurden, war klar, dass das Geld nicht reicht, um den aufgelaufenen Sanierungsstau abzubauen. Mehr war damals aber nicht drin.

Daher wurde gleichzeitig eine Strategie für das Land entwickelt, um das Problem anzugehen. Das soll heißen, die Projekte wurden bestimmten Kriterien unterworfen, und danach wurde entschieden und abgearbeitet.

Auch wenn der vorliegende Bericht deutlich macht, dass die bisherigen finanziellen Bemühungen nicht ausgereicht haben, um den Sanierungsstau abzubauen, so sind durchaus aber auch Verbesserungen zu verzeichnen gewesen. Unter dem Strich wird deutlich, dass der Weg noch lang ist und die Schwierigkeiten umfangreich sind.

Auch der nun vorliegende Strategiebericht beschönigt die Situation nicht. Neben den Landesstraßen und den Bauwerken wird deutlich, dass sich die Substanz des Radwegenetzes in den vergangenen Jahren erheblich verschlechtert hat. Daher hat die Landesregierung nun auch für Radwege klare Kriterien aufgestellt, um ein planmäßiges Vorgehen bei der Sanierung zu gewährleisten.

Um insgesamt die notwendigen Ingenieuraufgaben für das gesamte Maßnahmenvolumen zu gewährleisten, beabsichtigt die Landesregierung, die Personalressourcen für Bautechniker und Ingenieure beim LBV weiter zu erhöhen. Hierbei soll auch der neu errichtete Studiengang an der FH Kiel Abhilfe schaffen. Das passiert aber nicht von heute auf morgen. Daher setzt die Landesregierung zusätzlich auf externe Ingenieure.

Der Kriterienkatalog für die Sanierung der Landesstraßen wird neu aufgestellt. Demnach ergibt sich die Umsetzung der Maßnahmen anhand von sechs Punkten, die zu erfüllen sind. Leider macht der Bericht nicht deutlich, wie die einzelnen Kriterien gewichtet werden. Hier muss nach unserer Auffassung gewährleistet sein, dass die ländlichen Gebiete ebenso berücksichtigt werden wie die Regionen rund um die Ballungsräume. Es darf nicht sein, dass die Straßen im ländlichen Raum hinten runterfallen.

(Beifall SSW)

Das Erhaltungsprogramm für 2019 bis 2022 mit einem Gesamtvolumen von 360 Millionen € ist Teil des vorliegenden Berichts. Detailliert sind dort die Maßnahmen für die kommenden Jahre aufgeführt. Aus den Erfahrungen der vergangenen Jahre wissen wir, dass die Umsetzung der Maßnahmen ein koordiniertes Vorgehen erforderlich macht. Das heißt, die positive Konjunktur wirkt sich auf alle politische Ebenen aus. Das bedeutet, auch in den Kreisen und Gemeinden wird der Sanierungsstau weiter abgebaut. Daher ist klar, dass verschiedene Maßnahmen aufeinander abgestimmt werden müssen, um

(Flemming Meyer)

unnötige Verkehrsstörungen zu vermeiden. Hierauf ist auf jeden Fall zu achten.

Abschließend bleibt festzustellen: Das Gesamtpaket ist umfangreich und ambitioniert. Wir wünschen der Landesregierung beim Umsetzen der angestrebten Maßnahmen ein erfolgreiches Händchen. Ich schlage vor, dass uns im Ausschuss regelmäßig ein Bericht vorgelegt wird.

Auch wenn ich kein direkt gewählter Abgeordneter bin, setze ich mich trotzdem für meinen Wahlkreis ein.

(Beifall SSW, vereinzelt SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte sagen, dass der Zustand der L 1 nicht hinzunehmen ist. Es ist dringend notwendig, dass die Strecke zwischen Mehby und Osterby endlich saniert wird. Das steht leider nicht im Plan. Als Motorradfahrer kann ich aber sagen, dass es lebensgefährlich ist, dort zu fahren. - Jo tak.

(Beifall SSW, vereinzelt SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag hat Herr Abgeordneter Dr. Kai Dolgner.

Dr. Kai Dolgner [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Tietze, Ihr Redemanuskript fand ich in Teilen besser als Ihre Rede. Da haben Sie viel Richtiges aufgeschrieben. Ich habe aber eine etwas andere Erinnerung daran, als dass Sie in der Küstenkoalition die alleinigen Treiber für den Straßenbau gewesen wären. Ich erinnere mich noch an die Diskussion, die wir geführt haben, als Meyer 2013 5 Millionen € extra aus seinem Haushalt lockergemacht hat. Ich kann mich nicht daran erinnern, dass Monika Heinold in den Haushaltsberatungen gesagt hätte: Ich habe da noch 20 Millionen € aus einer der Sparkassen. Wollen Sie die nicht für den Straßenbau haben?

So ändern sich aber die Zeiten. Die Darstellung der Rollen ist jetzt natürlich anders. Ganz ehrlich, liebe Kolleginnen und Kollegen von Jamaika, die Sie hier mit einer satten Mehrheit sitzen. Es ist wirklich langsam albern, darüber zu jammern, dass wir Sie nicht für alles loben, was Sie machen. Dann bräuchten wir auch keine Opposition mehr. Irgendjemand muss Sie ja kontrollieren.

(Beifall SPD, SSW und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Richtung CDU möchte ich sagen: Ich weiß ja nicht, ob die drei Kollegen, die nicht das Direktmandat gewonnen haben, bei Ihnen am Katzentisch sitzen müssen. Einer ist ohnehin nicht anwesend.

Eine Sache ärgert mich. Hier und auch in der Öffentlichkeit wird wieder einmal das Bild vermittelt, als ob die Ermessensentscheidungen, die der Landesbetrieb fällt, die das Wirtschaftsministerium fällt, die die Fachleute fällen, davon abhängig sind, wie stark ein Abgeordneter in seinem Wahlkreis ist. In solch einem Staat leben wir zum Glück nicht.

(Beifall SPD, SSW und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Wortmeldung Kay Richert [FDP])

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Richert?

Dr. Kai Dolgner [SPD]:

Gleich. - Wir sollten dieses Bild auch nicht vermitteln. Es ist schon schlimm genug, wenn die Bürgerinnen und Bürger zu uns kommen und ernsthaft glauben, dass ein einzelnes Mitglied der Legislative die Exekutive in einer Sachentscheidung beeinflussen könnte. Abgeordnete können lediglich die Exekutive darauf aufmerksam machen, ob sie vielleicht nicht noch einmal nachschauen muss, wie es Herr von Pein gerade richtigerweise gesagt hat. Wenn Sie aber ernsthaft sagen, das sei eine Frage der Wahlkreisstärke, dann zeichnen Sie bewusst oder unbewusst ein Bild unserer Demokratie, wie sie zum Glück nicht funktioniert.

(Beifall SPD)

Jetzt hat sich Herr Richert schon wieder gesetzt. Das ist aber auch egal.

(Zuruf)

- Nein, ich habe gesagt, ich komme gleich dazu. Ich habe nicht Nein gesagt. Das ist aber auch kein Problem, Herr Richert. Ich komme gleich ohnehin noch auf Sie zu sprechen.

Zum Abschluss möchte ich Ihnen den großen Gerhard-Schröder-Publikumspreis verleihen. Im Jahr 1998 hat Gerhard Schröder vor der Wahl ernsthaft behauptet, der Aufschwung sei sein Aufschwung, und zwar bevor er gewählt worden ist. Sie behaupten hier, dass die Straßenbaumaßnahmen 2017, als

(Dr. Kai Dolgner)

noch der Haushalt von der Küstenkoalition gemacht worden ist, schon Ihr Straßenbau gewesen wäre. Herzlichen Glückwunsch. Vielleicht bekommen Sie später auch einmal lukrative Angebote ausländischer großer Firmen.

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Martin Habersaat.

Martin Habersaat [SPD]:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Meine Damen und Herren! Das passt ganz gut dazu. Ich fand es intellektuell etwas unterkomplex zu sagen, die vorherige Regierung hätte nichts getan, und die jetzige Regierung täte alles. Deshalb habe ich einmal exemplarisch die Landesstraßen zusammengestellt, die im Jahr 2017 als Baumaßnahmen fertig geworden sind. Das sind die: L 2, L 4, L 6, L 7, L 8, L 15, L 21, L 23, L 24, L 28, L 30, L 38, L 39, L 48, L 49, L 52, L 56, L 75, L 80, L 87, L 96, L 97, L 103, L 110, L 119, L 127, L 136, L 138, L 149, L 156, L 165, L 170, L 172, L 176, L 200, L 212, L 220, L 222, L 230, L 245, L 273, L 278, L 279, L 285, L 307, L 308, L 309, L 310, L 317, L 318 und L 328.

(Beifall SPD - Wortmeldung Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Herr Abgeordneter, erlauben Sie eine Zwischenfrage?

Martin Habersaat [SPD]:

Nein, erlaube ich nicht. - Ich habe aber noch 2 Minuten Zeit, und die erlauben es mir, auf die Reaktion des Kollegen Arp einzugehen, als damals der Landesstraßenzustandsbericht vorgestellt wurde. Da sagte der Kollege Arp: Ein Zustandsbericht saniert keine Straße, und man solle doch eher Schlaglochlöcher füllen als Aktenordner.

(Beifall CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, an dieser Stelle lobe ich die Landesregierung. Ich lobe ausdrücklich, dass Sie an der Idee einer Strategie zur Sanierung der Straßen festhalten und nicht in alte Zeiten zurückfallen, in denen es hieß, was ja einige toll zu finden scheinen: Der geilste Hengst holt am meisten für seinen Wahlkreis raus. Meine Damen und Herren,

das ist eine Form von do ut des, die wir zum Glück überwunden haben. - Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Dr. Tietze.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Kollege Habersaat, dass Sie meine intelligente Zwischenfrage nicht zulassen wollten, hat mich beflissen, hier noch einmal zu reden. Das waren ja keine Lottozahlen, die Sie da in einem rasanten Tempo vorgelesen haben. Nehmen Sie doch einmal zur Kenntnis: 2013: 21 Millionen € für Landesstraßen, egal welche, 2014: 33 Millionen €, 2015: 39 Millionen €, 2016: 49 Millionen €, 2017: 72 Millionen € und 2018: 82 Millionen €. Wenn ich nach Adam Riese rechne, dann ist das eine Steigerung von 300 %, eine

(Zuruf FDP)

- danke, Herr Kollege - Verdreifachung der Investitionen. Sich hier hinzustellen und Straßennummern vorzulesen, ist das eine, aber die Investitionssumme, die dahinter steht, nicht zu kennen, zeigt, dass Sie tatsächlich da ein Defizit haben.

(Beifall CDU und FDP)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Herr Dr. Tietze - -

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ja, gleich. - Lieber Kollege, 90 Millionen € im Jahr, die man plötzlich für Straßen ausgibt; ich hätte mir vorstellen können: Wenn Sie in die Koalitionsverhandlungen gekommen wären, dann hätten Sie doch gesagt: Ein beitragsfreies Kita-Jahr für 90 Millionen €, das machen wir sofort. Ich wäre gespannt gewesen, wie viel Geld Sie dann tatsächlich für die Landesstraßen in den Haushalt eingestellt hätten. Das müssen Sie zur Kenntnis nehmen.

(Beifall CDU und Oliver Kumbartzky [FDP] - Zurufe SPD)

- Nein, aber das gehört zur Wahrheit dazu, dass Parteien Schwerpunkte setzen und dass CDU und

(Dr. Andreas Tietze)

FDP die 90 Millionen € in den Haushalt geschrieben haben, dass wir aber, das gehört auch zur Wahrheit dazu, diese 90 Millionen nicht bereitgestellt hätten. - So, jetzt bitte.

(Beifall CDU und FDP - Zurufe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Herr Dr. Tietze, ich nehme damit zur Kenntnis: Sie gestatten jetzt eine Zwischenfrage des Abgeordneten Dr. Dolgner, sobald die Stimmung wieder etwas runtergefahren ist.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Meine Fraktion möchte, dass ich mich setze, aber ich werde den Kollegen den Gefallen nicht tun, sondern dem Kollegen Dolgner noch die Gelegenheit zu einer Zwischenfrage geben.

Dr. Kai Dolgner [SPD]: Ich wollte diese ungewöhnliche Aktivität am Freitagmittag nicht stören, aber Sie haben richtigerweise die Zahlen vorgelegt. Die Frage ist aber, woran das liegt. Ich gebe Ihnen eine kleine Hilfe: In meinem Kreis, in dem sich die Mehrheitsverhältnisse nicht großartig verändert haben, wurden die Straßenbaumittel im gleichen Zeitraum verachtfacht. Dazu zwei Fragen: Erstens. Könnte es sein, dass dies etwas mit den geänderten öffentlichen Haushalten zu tun hatte und alle, bis auf eine Partei, die vielleicht ein bisschen sperrig war, was das angeht, eingesehen haben, dass wir etwas für die Straßen tun müssen?

Zweitens. Sie haben mitregiert, und das ist die gleiche Finanzministerin: Geben Sie mir Nachhilfe. Wann haben die Grünen in den Koalitionsverhandlungen oder in den weiteren Verhandlungen danach je mehr Mittel für den Straßenbau bei dem erheblich engeren Haushalt gefordert? Da müssen Sie mir einfach helfen. Wissen Sie, ich bin geistig viel schwächer als Sie, das haben Sie ja immer gesagt.

- Das brauchen Sie gar nicht. Da haben wir natürlich nicht mehr Mittel für Landesstraßen gefordert, wir haben nämlich mehr Geld für Radwege gefordert.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist ja auch unser politischer Schwerpunkt. Es ist doch gutes Recht, dass jede Partei, die regieren möchte, ihre Schwerpunkte benennt, wie wir unsere benannt haben. Ohne eine politische Wertung dahinter zu stellen, habe ich nur festgestellt, dass die einen, die jetzt regieren, mehr Geld für Landesstraßen gefordert haben als die Parteien, die vorher regiert haben, und das bezweifeln Sie hier ständig.

(Widerspruch SPD)

- Ja, das bezweifeln Sie. Dann sagen Sie doch einfach mal: Ja, es wird in dieser Legislaturperiode mehr für die Landesstraßen getan. Das hätte ich gern einmal gehört.

(Beifall CDU und FDP)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Lukas Kilian.

Lukas Kilian [CDU]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es tut mir leid, dass ich mich noch einmal zu Wort melden muss. Herr Kollege Habersaat, wir wussten gar nicht, dass Sie so gut rappen können. Vielleicht wäre das eine Karriere gewesen. Zur Aufzählung der Landesstraßen: Es mag ganz besonders lustig sein, hier eine Vielzahl von Landesstraßen aufzuzählen.

(Zurufe SPD)

Entscheidend ist aber nicht, wie viele Landesstraßen in Angriff genommen wurden, sondern wie viele Kilometer saniert wurden.

(Beifall CDU und FDP)

Wenn man auf jeder Landesstraße einen Edelblicken installiert und sich dann hinstellt und sagt: Naja, im Endeffekt haben wir auf jeder Landesstraße etwas getan, dann reicht das nicht aus.

(Zurufe SPD)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Metzner?

Lukas Kilian [CDU]:

Ja, liebend gern, Frau Metzner.

Kerstin Metzner [SPD]: Herr Kilian, Sie sind ja Jurist. Als Bauingenieurin frage ich Sie: Haben Sie jemals eine Ausschreibung

(Lukas Kilian)

für eine Straße gemacht? Wissen Sie, wie hoch der Aufwand ist, im Vergleich zur Ausschreibung von 2 km nur 100 m Straße zu sanieren? Kennen Sie den Unterschied?

- Frau Metzner, Sie werden überrascht sein, aber ich war zehn Jahre lang Mitglied des Kreisverkehrsausschusses des schönen Landkreises Stormarn. Davon war ich fünf Jahre lang Vorsitzender.

(Beifall SPD)

Wir haben dort eine Vielzahl an Ausschreibungen für Straßensanierungsmaßnahmen begleitet. Da ging es um Kreisstraßen, und das war eine Triebfeder dafür, warum ich für den Landtag kandidiert habe. Wir haben dabei mitbekommen, wie das Land sehenden Auges die Straßen verfallen lässt. Das Motto: Es gibt nichts Gutes, außer man tut es, gilt auch, wenn man weiß, dass man 90 Millionen € investieren muss und sich dann müde und mau dazu durchringt, mal 27 Millionen €, mal 50 Millionen € zu investieren. Das ist eine aktive Entscheidung für einen weiteren Verfall des Landesstraßennetzes und keine aktive Entscheidung für die dauerhafte Sanierung und Instandsetzung unserer Infrastruktur.

(Beifall CDU und FDP)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Sie gestatten eine weitere Zwischenfrage?

Lukas Kilian [CDU]:

Ja.

Kerstin Metzner [SPD]: Sie haben gerade bestätigt, dass Sie schon einmal eine Ausschreibung gesehen haben. Sie wissen, dass der Aufwand für einen kleinen, wenige hundert Meter langen Abschnitt der Gleiche sein kann wie für 20 km Autobahn, weil die Einzelpositionen den gleichen Aufwand machen? Vielleicht sollte man das auch einmal registrieren. Jeder kleine Abschnitt auf diesen Landesstraßen kostet fast die gleiche Mühe wie die Ausschreibung von 2 km Autobahn.

- Vielen Dank für den Hinweis. Das zeigt erst recht das Verständnis, wenn man sich dafür entscheidet, möglichst viele kleinteilige Dinge zu machen, um bei einer lustigen und schnellen Aufzählung von Landesstraßen eine möglichst große Anzahl von Landesstraßen aufzählen zu können.

(Martin Habersaat [SPD]: Genau! Das war das Motiv bei der Ausschreibung 2016!)

- Man weiß es nicht. Bei Ihnen kann man sich da nicht so sicher sein.

Frau Metzner, ich bin noch dabei. Ich muss ehrlich sagen: Wenn der Aufwand für 300 m und 2 km ähnlich hoch ist, dann erklärt es sich nicht, warum man so oft nur 300 oder 200 m saniert hat und nicht gleich die 500 m davor und die 500 m dahinter. Wenn wir in Schleswig-Holstein ein riesengroßes Problem mit der Infrastruktur haben, dann sollte man das auch großteilig und nicht kleinteilig lösen.

(Beifall CDU und FDP)

Weiter in meinem Dreiminutenbeitrag: Weil es natürlich eine gewisse Empfindlichkeit in diesem Haus auslöst, wenn man das Direktmandat hervorhebt, weil ja eine Vielzahl der hier Anwesenden kein Direktmandat haben, möchte ich noch kurz zu meinen Ausführungen von vorhin kommen. Ich habe in meinen Ausführungen eigentlich sagen wollen, dass die Zusammenarbeit mit meiner CDU-Fraktion bei diesem Thema Landesstraßen zum Teil nervtötend war.

(Zurufe Tobias Loose [CDU] und Dr. Kai Dolgner [SPD])

- Nein, das war nicht egal, weil die alle in ihrem Wahlkreis als direkte Ansprechpartner wahrgenommen werden. Da sind die Abgeordneten Tschacher und Loose genauso einbezogen. Wir haben aber fast nur direkt gewählte Abgeordnete, und es mag sein, dass ich das etwas schnell dargestellt habe. Ich kann Ihnen zu jedem einzelnen Abgeordneten, den wir in der Fraktion haben, einzelne Landesstraßen nennen, die diese insbesondere gefördert haben wollen, weil die alle Probleme vor Ort bestens kennen. Da scheint es bei anderen Parteien möglicherweise ein paar Defizite zu geben, wenn man meint, man kann mit der Aufzählung von Landesstraßen irgendwie ein paar Kilometer unter den Tisch fallen lassen. Daran sieht man: Das Problembewusstsein ist noch nicht überall angekommen, aber wir helfen da gern. - Vielen Dank.

(Beifall CDU und vereinzelt FDP)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Hölck.

Thomas Hölck [SPD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Kollege Asphalt-Tietze

(Thomas Hölck)

hat eben etwas Richtiges gesagt, er hat nämlich gesagt, dass Parteien Schwerpunkte setzen.

(Unruhe)

Wenn wir die Debatte ein Stück versachlichen, müssen wir anerkennen, dass die Infrastruktur in allen alten Bundesländern gelitten hat, egal wer regiert hat, weil wir alle aus einer Zeit kommen, in der die Haushalte überschuldet gewesen sind. Wir haben auch die Straßen in Schleswig-Holstein nicht mutwillig verfallen lassen, sondern wir haben den Schwerpunkt gesetzt, nicht im Bereich Bildung zu kürzen, sondern den Ausbau unserer Straßen langsamer voranschreiten zu lassen. Das war die Prioritätensetzung.

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Anhaltende Unruhe)

Sich jetzt bei den Steuereinnahmen hier hinzustellen und zu sagen, dass Sie die großen Straßenbauer seien, ist schon ein bisschen spaßig. Hätten wir solche Steuereinnahmen gehabt, hätten wir ähnlich gehandelt.

(Zurufe CDU)

- Da können Sie sicher sein. Sie waren es doch, die das Sondervermögen IMPULS nicht mittragen wollten. Das Sondervermögen IMPULS ist heute die finanzielle Grundlage dafür, dass die Straßen schnell saniert werden können. Wir haben die Grundlagen dafür gelegt und nicht Sie.

(Beifall SPD und Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Der Minister hat den LBV gelobt. Es zeigt sich, dass es gut war, den LBV als Einrichtung des Landes zu erhalten. Ich hoffe, dass bei der Vergabe in den einzelnen Wahlkreisen die Fachlichkeit des LBV gilt und nicht die Arroganz und Muskeln einzelner Wahlkreisabgeordneter der CDU. Denn das wäre fatal. - Herzlichen Dank.

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Lars Harms.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich stehe heute in einer richtig komfortablen Situation vor Ihnen. Warum, werde ich Ihnen gleich erklären.

Vorab ein bisschen zu den Tatsachen. Wenn man einmal an die Zeit vor dem Jahr 2014 denkt - meinetwegen können wir auch 30 Jahre zurückblicken -, da lagen die Mittel für die Landesstraßen ungefähr zwischen 20 Millionen und 30 Millionen € und wurden politisch festgelegt. Es gab keinerlei sachliche Untersuchung, wie der Zustand unserer Landesstraßen ist, sondern es wurde politisch gehökert, gleich welche Koalition regiert hat.

Es ist das Verdienst der Küstenkoalition, dass wir im Jahr 2014 zum ersten Mal einen Straßenzustandsbericht bekommen haben. Ich glaube, darüber sind wir uns alle einig.

(Beifall SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt CDU)

Die Politik ist dann zu dem Schluss gekommen, dass man mehr für die Straßen tun muss, aus der Erkenntnis heraus, dass die Straßen so sind, wie sie sind. In der Regierungszeit der Küstenkoalition wurden die Beträge dann sukzessive erhöht. Sie gipfelten im Jahr 2017 in der Zuweisung von 72 Millionen €, die die Nachfolgekoalition glücklicherweise verbaut hat. Das finde ich richtig gut.

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Dr. Dolgner?

Lars Harms [SSW]:

Meinetwegen gern.

Dr. Kai Dolgner [SPD]: Kollege Harms, ich bin Ihnen dankbar, dass Sie an die Zeit vor 2014 erinnern. Vielleicht erinnern wir uns auch an die Zeit vor 2012, als das letzte Mal Schwarz-Gelb - ohne Grün - regiert hat. Da muss ich Sie korrigieren, Sie erinnern sich falsch. Im Jahr 2010 betrug die Erhaltungsmittel 7,2 Millionen und 2011 8,9 Millionen €. Das lag wahrscheinlich nicht an der Finanzsituation, sondern daran, dass Schwarz-Gelb die Straßen mutwillig verrotten lassen wollte, oder?

(Sandra Redmann [SPD]: Ja, das war der Grund!)

- Als ich von 20 Millionen bis 30 Millionen € sprach, meinte ich die Mittel, die allgemein für den Straßenbau zur Verfügung gestellt wurden. Ich habe die Zahlen, die Sie genannt haben, bei mir am Schreibtisch so nicht nachvollziehen können, weil ich nicht alle Haushalte habe durchsehen können.

(Lars Harms)

Lieber Kollege Dolgner, ich kenne Sie; insofern weiß ich, dass das, was Sie von sich geben, mit Sicherheit richtig ist.

Ich glaube, dass die Zahlen, die Sie nennen, richtig sind. Darauf wollte ich aber gar nicht eingehen. Mir geht es darum, dass bis 2014 Zahlen politisch festgelegt wurden. Es war ein grundsätzlicher Fehler, politisch zu entscheiden, ohne zu wissen, welchen Bedarf man wirklich hat.

Ich sage noch einmal: Es ist das Verdienst der Küstenkoalition, erstmalig einen Straßenzustandsbericht erstellt zu haben und zu gucken, wo die Bedarfe und wie hoch die Bedarfe sind. Als man die Bedarfe erkannt hat, hat man gesagt: Wir müssen die Mittel erhöhen. - Das haben wir gemeinsam getan, SPD, Grüne und SSW. Sie gipfelten in der Ausgabe von 72 Millionen € auf Basis des Haushalts, den wir 2017 mit unserer Mehrheit beschlossen haben. Da war ich bisher stehengeblieben.

Jetzt kommt die komfortable Situation, die ich habe. - Das ist übrigens nicht mehr die Antwort auf Ihre Zwischenfrage; die Uhr darf gern weiterlaufen.

Ich finde es richtig, dass jetzt so weitergemacht wird. Dass 2018 82 Millionen € verbaut wurden, ist klasse. Dass der Straßenzustandsbericht fortgeschrieben wird und man guckt, was im erstmalig erstellten Bericht vielleicht nicht ganz richtig war oder was man besser machen kann, begrüße ich und finde es klasse; das ist richtig so. Dass der nächste Straßenzustandsbericht vielleicht noch besser wird und noch mehr Kriterien einbaut, ist auch richtig. Dass wir in diesem Jahr - so habe ich den Minister verstanden, ich hoffe, die Zahl ist richtig - 89 Millionen € verbaut kriegen, ist ebenfalls klasse.

Jetzt kommt die komfortable Situation. Warum kann ich das klasse finden? - Weil der SSW dem Haushalt zugestimmt hat, damit die Mittel zur Verfügung gestellt hat und auch sagt, dass der Straßenbau wichtig ist.

(Heiterkeit)

Also weiter so. - Danke.

(Beifall SSW, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Weitere Kurzbeiträge liegen mir nicht vor. - Ich erteile jetzt noch einmal für die Landesregierung dem Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus, Dr. Bernd Buchholz, das Wort.

Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus:

Frau Präsidentin! Liebe Damen und Herren! Liebe Kollegen! Die muntere Debatte veranlasst mich zu der einen oder anderen Klarstellung. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, überall da, wo es von der letzten Landesregierung etwas zu loben gibt, tue ich das gern. Ihre Tourismusstrategie war klasse. Es war klasse, eine Strategie für den Breitbandausbau zu machen, nicht nur als Breitbandausbaustrategie, sondern als Glasfaserstrategie. Das war klasse und richtig fürs Land.

Bei den Landesstraßen allerdings kann ich keine Fortsetzung einer Strategie erkennen, denn es gab keine Strategie. Es gab nichts anderes als das Hochlaufen eines Investitionsbedarfs. Eine Strategie - das haben Sie bei anderen Themen gezeigt - verfolgt ein bestimmtes Ziel. Eine Strategie bedeutet, dass man unterschiedliche Wege zur Zielerreichung markiert und einen davon auswählt. Das Ziel, zu einem Erhaltungszustand der Straßen in einer bestimmten Größenordnung zu kommen, gab es nicht.

Es gab - deshalb ist es keine Fortsetzung Ihrer Strategie - auch kein Commitment, jedes Jahr 90 Millionen € dafür einzusetzen. Es gab in der Küstenkoalition die klare Vorgabe: Wir lassen einen Teil der Landesstraßen liegen und werden sie nicht anfassen, das sogenannte Netz 2. Es war alles andere als eine glückliche Entscheidung, dafür zu sorgen, dass man einen Teil der Landesstraßen komplett verrotten lässt.

(Beifall FDP und CDU)

Das hat zu dem erheblichen Mehrbedarf zwischen 2014 und 2018 geführt, der jetzt in die Landesstraßen investiert werden muss, statt 900 Millionen € 1,2 Milliarden €. Deshalb ist - mit Verlaub - die Fortschreibung einer Strategie hier nicht der Fall, sondern wir setzen eine Strategie auf und loben, dass die Grundlage dafür der Landesstraßenzustandsbericht 2014 ist. Es war eine gute und richtige Entscheidung, nicht mehr aus politischen Gründen - wie Lars Harms es gesagt hat -, sondern aufgrund des technischen Wertes dafür zu sorgen, einen genauen Überblick zu haben, was technisch notwendig ist, um sich ein bisschen von der politischen Willkür zu verabschieden.

Zweiter wichtiger Punkt. Der Kollege Kilian hat nicht sagen wollen, dass in der CDU-Fraktion nach dem Prinzip „wer am lautesten grölt“ Straßen nach vorn geschoben werden. Natürlich ist es in der CDU-Fraktion wie in den anderen Fraktionen auch. Auch Flemming Meyer hat es vorgeführt; die L 1

(Minister Dr. Bernd Buchholz)

steht für 2020 mit einem kleinen Bereich von 600 m drin.

(Zurufe)

Natürlich wissen wir doch alle darum, dass zu Recht alle Abgeordneten die Interessen ihres jeweiligen Wahlkreises wahrnehmen. Aber umso wichtiger ist es - deshalb stelle ich das hier noch einmal ausdrücklich klar -, dass das Kriterium dafür, wann eine Straße in welchem Bedarf wohin rückt, nicht etwa das laute Schreien von Abgeordneten ist, sondern dass die Kriterien die Verkehrsfunktion, die Verkehrsbedeutung, die Netzfunktion, die eine Straße hat, und die Frage regionaler Priorisierungen, die wir erstmalig in den Kriterienkatalog aufgenommen haben, umfassen. Wir haben schlicht und ergreifend die Abfrage bei den Kreisen, bei den Landräten und bei den Verkehrsausschüssen in den Kreisen gemacht, welche Prioritäten dort gesetzt werden.

(Beifall FDP, CDU, Dr. Kai Dolgner [SPD] und Stefan Weber [SPD])

Die wirtschaftliche Bedeutung einer Straße spielt eine Rolle. Erstmals aufgenommen haben wir als Kriterium auch die touristische Bedeutung einer Straße, und die Bedeutung für den öffentlichen Personennahverkehr ist ebenfalls eines der entscheidenden Kriterien. In der Tat ist die Frage der jeweiligen Gewichtung nicht nach Prozentsätzen festzulegen, aber das sind die Kriterien, und diese Kriterien waren anzulegen. Diese Kriterien führen jetzt hoffentlich auch dazu, dass es jetzt nicht mehr so viele Diskussionen mit einzelnen Landtagsabgeordneten gibt, die ansonsten immer gern bei mir anrufen und fragen: Kannst Du nicht noch einmal dafür sorgen, dass die eine oder andere Straße hochrutscht?

(Dr. Kai Dolgner [SPD]: Mit allen oder nur direkt gewählt?)

- Mit allen. Ich werde von allen angerufen, und das ist auch das gute Recht eines Abgeordneten, sich für seinen Bereich einzusetzen. Und es ist auch gut so, dass es passiert.

Das führt aber dazu - und das ist auch neu, und das gab es vorher nicht -, dass wir für die Jahre 2019 bis 2022 190 Einzelmaßnahmen bereits festgelegt haben, damit nicht mehr zum Ende eines jeden Jahres das berühmte Hier-bin-ich-Rufen stattfindet. Stattdessen haben wir 190 Einzelmaßnahmen über die nächsten Jahre platziert. Das ist auch neu, und das ist richtig so, auch vor dem Hintergrund der Planungssicherheit.

(Beifall FDP, CDU und Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Dritter Punkt: Der Kollege Vogel hat das Thema Radwege angesprochen und dabei die 50-50-Finanzierung. Er hat allerdings einen Teil des Kapitels Radwege unterschlagen. Denn das, worauf sich 50-50 hier bezieht, ist der Neubau und der Ausbau von Radwegen. Den Erhalt von Radwegen, Herr Kollege Vogel, den finden Sie einige Seiten davor. Auch da gibt es neue Kriterien, denn:

„Im Sinne der koordinierten Erhaltungsplanung werden aus Effizienzgründen sanierungsbedürftige Radwege grundsätzlich im Zusammenhang mit den anstehenden Fahrbahnsanierungen durchgeführt.“

Das ist neu, das wurde so nicht gemacht. Im Gegensatz zur letzten Legislaturperiode erfolgt dies unabhängig von ihrer Bedeutung im landesweiten Radverkehrsnetz.

(Beifall FDP, CDU und Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

An jeder Landesstraßensanierungsmaßnahme wird jetzt auch der Radweg mitsaniert. Damit werden erheblich mehr Mittel in die Radwegesanierung gehen, als dies bisher der Fall war. Bei der Neubau- und Ausbausituation haben wir in der Tat eine Fifty-Fifty-Kofinanzierung. Lieber Herr Vogel, die habe nicht ich erfunden, sondern die hat Reinhard Meyer erfunden.

(Zuruf CDU: Hört, hört!)

Die hat er gemeinsam mit Herrn Nägele und gemeinsam mit den Kommunen umgesetzt. Das erleben wir doch jeden Tag. Jeden Tag gibt es einen Bürgermeister, der sagt: „Da hätte ich gern noch einen Radweg an der Stelle!“ Und wenn man dann nachfragt, wie viele Leute da entlangfahren sollen, dann ist die Antwort: „Hm, na ja, aber wir hätten ihn so gern aus touristischen Gründen. Wenn man ihn erst einmal hat, fahren vielleicht auch Leute da entlang.“ - Wenn dann das Commitment dadurch erfragt wird, wie viel man bereit ist, ebenfalls zu geben, dann wird es deutlicher. Deshalb ist es eine kluge Regelung gewesen, die der Kollege Reinhard Meyer an dieser Stelle erfunden hat und die ich übernehme und weiter fortsetze.

Kostensteigerungen sind in der Tat nicht so berücksichtigt, Herr Vogel, weil wir natürlich nicht wissen, wie hoch die Kosten tatsächlich ausfallen. Insofern kann es tatsächlich passieren, dass wir auch in den nächsten Jahren sehen, dass sich der Mittelbedarf insgesamt noch einmal erhöht. Aber das

(Minister Dr. Bernd Buchholz)

werden wir nicht über höhere Mittel im Jahr abbilden können, weil die Maßnahmen, die wir durchführen können und auch die Baustellen, die dem Lande zumutbar sind, bei einer Größenordnung von 90 Millionen € auch irgendwie eine Grenze erreichen.

Dann haben Sie etwas gesagt, was ich interessant finde nach dem Motto, das kann man alles noch gar nicht beurteilen, es ist nichts geliefert worden. Das ist nun definitiv falsch, Herr Kollege Vogel. Denn an der Zahlenreihe, die vorhin genannt worden ist, ist blöderweise eine einzige Zahl falsch. Sie haben vorhin die richtigen Zahlen gehört: 2013 sind tatsächlich 21 Millionen €, 2014 33 Millionen €, 2015 39 Millionen € und 2016 im Ist 49 Millionen € verausgabt worden. 2017 hat sich die Vorgängerlandesregierung zwar 72 Millionen € als Soll in den Landshaushalt geschrieben - vor der Wahl -, eine Steigerung übrigens zu dem Ist, das man erzielen wollte, von 30 Millionen €, von dem alle Beteiligten wussten, dass das nicht umsetzbar sein würde, und das ist ja auch nicht gelungen. Wir haben im Juni die Regierung übernommen. Was Sie im Juni an Ausschreibungen noch bis zum Ende des Jahres anschieben können, das wissen Sie. Real ist 2017 im Ist nur ein Verbauen von 58 Millionen € gelungen. Also ist schlicht und ergreifend das, was Sie sich als erhöhte Mittel hineingeschrieben haben, nicht umgesetzt worden. Umso größer ist der Erfolg des Jahres 2018 zu beurteilen, in dem wir tatsächlich 83 Millionen € in diesem Jahr im Ist stehen haben werden.

(Beifall FDP, CDU und Dr. Andreas Tietze
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das heißt, wir haben geliefert, meine Damen und Herren, und nicht nur irgendwie laut geredet.

Lieber Kollege Vogel, lassen Sie mich an der Stelle auch noch eines sagen: Ja, das bleiben ambitionierte Ziele, die hier drinstehen. Aber wer sich gar keine Ziele setzt, wird im Zweifel auch nicht springen. Wir setzen Ziele und wir werden die auch erreichen. - Vielen Dank.

(Beifall FDP, CDU, Burkhard Peters
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Unsere Geschäftsordnung sieht vor, dass alle Fraktionen zuzüglich zu ihrer noch verbliebenen Redezeit jetzt theoretisch noch einmal die Hälfte der ursprünglich angesetzten Redezeit - die ursprünglich

angesetzte Redezeit waren 5 Minuten, also jetzt noch einmal 2 Minuten 30 Sekunden - zur Verfügung gestellt bekommen. - Herr Vogel möchte davon Gebrauch machen. Dann erteile ich Herrn Abgeordneten Vogel das Wort. Herr Vogel hat noch 4 Minuten Redezeit.

Kai Vogel [SPD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Keine Sorge, ich halte den Laptop nicht hoch, aber im Rahmen der Digitalisierung habe ich den Bericht hier nur digital vorliegen.

Zu zwei Punkten des Ministers würde ich gern Stellung beziehen.

Ich gebe Ihnen recht, was die 50-prozentigen Radwegeförderung angeht. Ich gebe Ihnen auch recht, dass der vorhergehende Minister Meyer dieses auf den Weg gebracht hat. Es ändert nur nichts an der Tatsache, dass wir gestern eine Diskussion über das Thema Digitalisierungspakt hatten und durch die Bank von allen ausnahmslos hier die Kofinanzierung kritisiert wurde, die in diesem Zusammenhang verlangt wurde. Unabhängig davon, für was die Mittel für den Radwegebau verwendet werden, führt die Kofinanzierung bei einzelnen Kommunen dazu, dass sie es sich nicht leisten können, und andere können es sich leisten, unabhängig davon, über welche Maßnahme des Radwegebaus wir uns unterhalten. Da ist definitiv kein Unterschied. Da wäre es günstig, man hätte diese Kofinanzierung nicht. Ich finde es unehrlich, sie - wie gesagt - gestern hier durch die Bank weg zu kritisieren und auf der anderen Seite sie in anderen Bereich zu realisieren.

Der zweite Punkt - aus diesem Grund habe ich den Rechner mitgebracht -: Sie sagten, es gäbe keine Strategie der letzten Landesregierung. Auch Sie schreiben - ich zitiere mit Ihrer Erlaubnis Frau Präsidentin -:

„Da dieses Mittelvolumen“

- die 90 Millionen € über 10 Jahre -

„nicht zur Verfügung stand, war es erforderlich, die zu sanierenden Landesstraßen nach bestimmten Kriterien zu priorisieren. So erfolgte eine Unterteilung in ein prioritäres Netz 1 und ein nachrangiges Netz 2.“

(Zuruf Tobias Koch [CDU])

So, und man hat sich dann erst in der Priorität nach unterschiedlichen Kriterien dazu entschieden, erst einmal das Netz 1 auszubauen, weil auch nur ein

(Kai Vogel)

entsprechender Umfang an Mitteln zum damaligen Zeitpunkt zur Verfügung stand.

(Tobias Koch [CDU]: Tolle Strategie!)

- Das ist eine Strategie gewesen, Herr Koch, weil es im Gegensatz dazu in der Zeit davor überhaupt keine Strategie gab.

(Beifall SPD und Lars Harms [SSW])

Es ist dargelegt worden, welcher Sanierungsbedarf bestand. Das Interesse, dieses zu analysieren, hat es unter vielen vorhergehenden CDU-Wirtschaftsministern noch nicht einmal im Ansatz gegeben. Das ist vorgenommen worden. Nachdem diese Analyse getätigt worden ist, hat man festgelegt, nach welcher Priorität man vorgeht. Wenn das am Ende keine Strategie ist, weiß ich es nicht. Wo ist der Unterschied zu Ihrer? Sie haben doch auch eine eigene Priorität festgesetzt. Es ist insofern falsch - entschuldigen Sie, dass ich es so deutlich sage, Herr Minister -, wenn Sie der alten Landesregierung vorwerfen, es habe nicht im Ansatz eine Strategie gegeben. Die hat es gegeben. - Vielen herzlichen Dank.

(Beifall SPD und SSW)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

(Zuruf Tobias Loose [CDU])

Ausschussüberweisung ist nicht beantragt worden. Dann ist der Tagesordnungspunkt hiermit erledigt.

(Dr. Kai Dolgner [SPD]: Du hast einen Direktwahlkreis. Da darfst Du gar nichts sagen!
- Tobias Loose [CDU]: Sie! Darauf lege ich wert!)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 41 auf.

Grenzüberschreitende Zusammenarbeit erhalten - deutsch-dänische Kooperation weiterentwickeln - europäischen Mehrwert bewahren

Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
Drucksache 19/1008

Änderungsantrag der Abgeordneten des SSW und der Fraktion der SPD
Drucksache 19/1013 (neu)

Bericht- und Beschlussempfehlung des Europaausschusses
Drucksache 19/1095

Ich erteile dem Herrn Berichterstatter des Europaausschusses, Herrn Abgeordneten Wolfgang Baasch, das Wort.

Wolfgang Baasch [SPD]:

Frau Präsidentin, ich verweise auf die Vorlage.

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Gibt es weitere Wortmeldungen zum Bericht? - Das ist nicht der Fall. Ich eröffne somit die Aussprache. Für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Hartmut Hamerich das Wort.

Hartmut Hamerich [CDU]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! - Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! „Grenzüberschreitende Zusammenarbeit erhalten - deutsch-dänische Kooperation weiterentwickeln - europäischen Mehrwert bewahren“ - das ist ein toller Antrag mit einem tollen Titel. Wir müssen nur bereit und in der Lage sein, das in die Bevölkerung zu tragen, damit sie weiß: Was machen wir in Europa, um Kritik vorzubeugen?

Wir haben bei diesem Antrag einen zeitlichen Verzug, der bei der Behandlung des Antrages einen ganz großen Vorteil gehabt hat: Es gab einen Antrag der regierungstragenden Fraktionen und einen der Opposition - SPD und SSW -, und wir haben die Zeit sinnvoll genutzt, um daraus einen gemeinsamen Antrag zu entwickeln. Ich glaube, dass wir bei den Themen Europa, INTERREG, EFRE, ELER, ESF versuchen müssen, viel stärker gemeinsam nach außen zu tragen, dass Europa für uns in der Tat die Zukunft und kein Kampftema unter den Fraktionen ist.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Weiterhin hat dieser Zeitverzug dazu geführt - da möchte ich mich ausdrücklich bei unserer Europa-ministerin bedanken -, dass diese Zeit genutzt worden ist, um Gespräche in Brüssel zu führen: Gespräche mit der Kommission und mit Herrn Oettinger.

Wir alle wissen, dass der erste Entwurf des Mehrjährigen Finanzrahmens und die damit einzubindende Kürzung im INTERREG-Programm dazu ge-

(Hartmut Hamerich)

führt haben, dass wir mit Sorge durchs Land gezogen sind. Es ging nicht nur darum, dass von 10,1 Milliarden € im INTERREG-Programm nur noch 8,4 Milliarden € übrig blieben. Damit ging auch noch eine völlig neue Kulissenbildung einher. Die Seegrenzen wurden nicht mehr als Seegrenzen anerkannt, um überregionale Projekte zu fördern. Die Gebietskulissen insgesamt sind in der Regierung natürlich mit erheblicher Besorgnis aufgenommen worden. Ich darf mit Erlaubnis des Präsidenten zitieren, was unser Europaabgeordneter Reimer Böge dazu gesagt hat - ein ganz überzeugter Europäer -:

„INTERREG trägt dazu bei, dass aus Grenzregionen Gemeinschaftsräume werden. Grenzhemmnisse - auch und vor allem in den Köpfen der Menschen - müssen Stück für Stück überwunden werden.“

INTERREG steht für das Gegenteil von Abschottung. Wir haben hier Beispiele: Ich denke an die Ostseekooperation, die wir haben, an STRING, an die Bonn-Kopenhagener-Erklärungen, an 100 Jahre Volksabstimmung und an das European Centre for Minority Issues. Ich denke aber auch daran, dass wir gerade im Bereich der Kohäsionspolitik etwas modernisieren und - vor allem - die Förderanträge für die entsprechenden Regionen stärker vereinfachen müssen.

(Beifall SSW, vereinzelt CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Es kann nicht angehen, dass bestimmte Regionen bestimmte Anträge nicht stellen, weil sie sich vor der Flut von Anforderungen scheuen und sagen: Dann lassen wir es lieber. - Ich glaube, wir müssen daran enorm arbeiten.

Es gibt zum Glück die einstimmige Forderung vom 3. Dezember 2018 im Ausschuss für Regionale Entwicklung des Europäischen Parlaments, dass die Mittel angehoben werden sollten. Das ist noch nicht beschlossen, aber die Aussicht dafür ist sehr gut. Die Zeichen stehen gut, dass wir dann nicht 8,4 Milliarden €, sondern nach meinem Kenntnisstand 11,1 Milliarden € da stehen haben werden. Das noch bessere Signal ist, dass man auch über die Kulissenbildung neu nachdenkt. Ich glaube, dass die Kommission dem folgen wird.

In Zeiten, in denen Populisten mit gezielten Falschmeldungen Europa schlechtreden, ist es umso bedeutsamer, dass Europa für seine Bürgerinnen und Bürger erfahrbar gemacht wird. Wir alle wissen, was passiert, wenn Populisten in den Medien die Überhand bekommen und haben das ganz dicht vor

Augen. Theresa May hat es zwar geschafft, das Amt der Vorsitzenden in ihrer Partei der Tories zu behalten, das heißt aber nicht, dass der Brexit damit geregelt wird oder ist. Diese Aufgabe steht noch bevor.

Um Europa den Bürgern letztendlich näherzubringen und ihnen zu zeigen, was Europa macht - dass es sich eben nicht nur um Krümmungsgrade von irgendwelchen Obst- und Gemüsesorten kümmert -, sollten wir uns nicht zu schade sein, die Projekte die wir haben, viel mehr in die Öffentlichkeit zu bringen. Ich fahre immer wieder gern durch die baltischen Staaten oder Polen.

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter, aber nicht so lang.

Hartmut Hamerich [CDU]:

Ich fahre schnell. - Da sehe ich an jedem Projekt eine EU-Fahne und sehe, was dort gefördert wird.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, SSW und Bernd Heinemann [SPD])

Wir müssen nicht denken, dass wir, wenn wir das verschweigen, was die EU hier bei uns in Deutschland und Schleswig-Holstein fördert, die Leute glauben machen können, das hätten alles wir geregelt. Das haben wir nicht.

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter, nun ist die Zeit um.

Hartmut Hamerich [CDU]:

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit und verweise auf den Bericht und den Beschlussvorschlag, der die Änderungen beinhaltet. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, SSW und vereinzelt SPD)

Für die SPD-Fraktion hat die Abgeordnete Birte Pauls das Wort.

Birte Pauls [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das INTERREG-Programm ist für die deutsch-dänische Grenzregion eine reine Erfolgsgeschichte. Mit den Prioritäten Innovation, nachhaltige Entwicklung, Arbeitsmarkt, Beschäftigung, Ausbildung sowie funktionelle Zusammenarbeit sind mit unseren dänischen Nachbarn im aktuellen Programm zahlreiche Projekte erarbeitet worden, die den Menschen

(Birte Pauls)

in der Region zugutekommen und darüber hinaus Leuchtturmfunktion haben. Bei der „BONEBANK“ geht es zum Beispiel um eine grenzüberschreitende Biobank für Stammzellen im Knochenmark. „Carpe Diem“ und „Furgy“ beschäftigen sich mit regionalem Energieverbrauch und dezentraler Energienutzung, um die regionale Wirtschaft zu stärken und Arbeitsplätze zu schaffen. „Nakuwa“ kümmert sich um nachhaltigen Natur- und Kulturtourismus im Wattenmeer. Im Projekt „STaRForCE“, das ich mir gemeinsam mit dem Kollegen Heiner Dunckel bei der IHK in Flensburg angeguckt habe, geht es um die Gestaltung eines grenzüberschreitenden Bildungsraumes mit einer gegenseitigen Anerkennung der Abschlüsse. Das sind nur einige Beispiele von den aktuell 34 Projekten, die für die Entwicklung und Innovation und damit auch für Arbeitsplätze im deutsch-dänischen Grenzland sorgen.

Vieles, was vonseiten der EU kommt, wirkt oft auf den ersten Blick abstrakt - weit weg - und hat gefühlt nichts mit unserem Lebensalltag zu tun, aber die INTERREG-Projekte beweisen das Gegenteil. Sie sind ein Stück wahres, gelebtes Europa.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und Jette Waldinger-Thiering [SSW])

An dieser Stelle möchte ich mich ganz herzlich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des INTERREG-Büros in Krusau bedanken. Sie führen Netzwerkpartner zusammen, begleiten sie und helfen ihnen bei dieser Bürokratie, die eigentlich viel zu groß ist.

Nehmen wir das Beispiel „Starforce“. Leadpartner ist die IHK Flensburg. In Zusammenarbeit mit den regionalen Berufsbildungszentren und Betrieben werden junge Leute, aber auch Quereinsteiger in beiden Regionen - Süddänemark und Schleswig-Holstein - ausgebildet.

(Zuruf)

- Genau, die IHK ist Leadpartner. Das funktioniert so, dass Teile der praktischen und theoretischen Ausbildung jeweils in Dänemark und Deutschland stattfinden. Das ist wirklich eine Erfolgsgeschichte. Es geht bei dieser binationalen Ausbildung um die Bereiche Handel, Industrie, Transport, Gastronomie und IT - alles Bereiche, in denen wir Fachkräfte händeringend brauchen. Am Ende stehen nicht nur eine Anerkennung, sondern zwei Abschlüsse, nämlich von jeder Seite der Grenze einer. Das schafft neue Ausbildungsperspektiven, mehr Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt, sichert nachhaltig Fachkräfte für die ganze Region und fördert nebenbei noch die Zweisprachigkeit.

Die vorliegenden Pläne der EU-Kommission, die Strukturen des INTERREG-Programms in der neuen Förderperiode erneut zu ändern, haben nicht nur finanzielle Auswirkungen auf die Ausgestaltung der Kooperation im Grenzland.

Die Gesamtausstattung des Programmes soll sich von insgesamt 10,1 Milliarden € auf 8,43 Milliarden € reduzieren - Brexit lässt grüßen. Die Mittelzuweisungen berechnen sich anhand der Einwohnerzahl der jeweiligen Region. Das sind zurzeit 1,6 Millionen in Schleswig-Holstein, die von INTERREG 5A profitieren. Nach den neuen Plänen wären es nur noch 400.000 Einwohner. Das zeigt, dass wir mit deutlich weniger Mitteln rechnen müssen. Das ist die Folge der geplanten Änderung der Programmräume, die ich äußerst irritierend finde.

Zukünftig sollen nur Kreise und Kommunen, die unmittelbar an der Landesgrenze liegen, von der Förderung profitieren, das heißt eigentlich nur Nordfriesland und Schleswig-Flensburg. Ob die Stadt Flensburg auch gefördert wird, ist noch fraglich, da zwischen Stadt und Grenze ein paar Kilometer Kreisgebiet liegen. Wenn man auf die Stadt Flensburg schaut und sieht, was da an grenzüberschreitender Zusammenarbeit läuft, sieht man, wie absurd das ist.

(Vereinzelter Beifall SPD)

Lübeck und Kiel, Holstein und Plön würden dem sehr viel größer geschnittenen INTERREG Ostseeprogramm zugeteilt werden. Das hieße, noch weniger Mittel und im Rahmen dieses großen Programmes noch weniger Chancen, überhaupt von einer Förderung zu profitieren.

Neumünster hat weder eine Landesgrenze noch Wasser und fiele gänzlich aus dieser Förderung heraus.

Am Beispiel des Projektes „STaRForCE“ könnte das bedeuten, dass von den jetzigen 12 Projekt- und Netzwerkpartnern ganze sieben herausfielen, unter anderem der Kreis Ostholstein, das Fehmarnbelt-Büro und die Berufsschulen in Flensburg. Auch das zeigt, wie absurd das Ganze ist.

Es ist gut, dass die Regionen laut werden. Unsere Minderheiten haben eine eindeutige Resolution verfasst, die wir Sozialdemokraten in Gänze mittragen. Die Antwort der EU-Kommission, von Herrn Oettinger, darauf lässt jedoch das nötige Verständnis vermissen, dass es bei der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit auch um den Schutz und die Rechte von Minderheiten geht. Ich bin froh, dass wir uns im Landtag an dieser Stelle - schade, dass

(Birte Pauls)

die Besucher diese Harmonie jetzt nicht mehr mitkriegen -

Präsident Klaus Schlie:

Frau Abgeordnete, Sie müssen den letzten Satz formulieren.

Birte Pauls [SPD]:

- ich habe das gesehen - einig sind, dass wir Nachbesserungen brauchen und unserer Ministerin mit dieser Einigkeit bei weiteren Verhandlungen den Rücken stärken. - Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Vereinzelter Beifall SPD und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Herr Abgeordnete Rasmus Andresen.

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Vielen Dank. - Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! In dieser Woche gab es zwei gute Nachrichten für die deutsch-dänische Zusammenarbeit. Die erste ist von uns schon gewürdigt worden. Unser Grenzland wurde nämlich zum immateriellen Weltkulturerbe erklärt.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD und SSW)

Die zweite gute Nachricht ist, dass sich zumindest der Ausschuss für Regionalpolitik im Europaparlament - das ist ein sehr wichtiger Ausschuss - nicht nur für den Erhalt, sondern auch für die Ausweitung der INTERREG-Programme ausgesprochen hat. Auch das ist ein gutes Signal, auch wenn es noch kein Beschluss und kein Grund für uns ist, sich zurückzulehnen.

Warum sind diese Beschlüsse wichtig? - Zum einen zeigen sie, welche kulturellen und historischen Leistungen in unserem Grenzland nicht zuletzt durch unsere Minderheiten, aber auch im Zusammenleben der Minderheits- mit der Mehrheitsgesellschaft in den letzten Jahrzehnten erbracht wurden. Das ist der eine gute Grund, aus dem das wichtig ist. Der andere gute Grund ist, weil unsere Region somit einen Modellcharakter für Zusammenarbeit, für Menschenrechte und für Demokratie und gegen Nationalismus, gegen Krieg und gegen Hass hat, den es in unserer Welt leider immer noch gibt.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Die beiden Beschlüsse kommen genau zum richtigen Zeitpunkt, in einer Zeit, in der wir uns in der Diskussion mit Dänemark leider über Wildschweinzäune, permanente Passkontrollen und die Abschottungspolitik im Asylbereich auseinandersetzen müssen. Gerade deshalb ist es so wichtig, dass wir bei INTERREG ansetzen. INTERREG - das haben die Kolleginnen und Kollegen, die vor mir gesprochen haben, schon gesagt - ist konkrete Zusammenarbeit. Es ist nichts Abstraktes, sondern etwas, wovon sehr viele Menschen ganz konkret etwas haben.

Das haben sie ganz unabhängig davon, ob es sich um Kulturveranstaltungen handelt, ob es um Wissenschaftskooperation geht, ob die Beratung für Grenzpendlerinnen und Grenzpendler unterstützt wird oder ob beispielsweise die Berufsausbildung, die es bei uns im Grenzland gibt und die nicht nur Birte Pauls und Heiner Dunckel besucht haben, sondern auch viele andere hier im Haus, konkret von Mitteln der Europäischen Union unterstützt werden. Das alles sind gute Projekte, die uns weiterhelfen und einen konkreten Mehrwert haben.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD, FDP und SSW)

Viele haben sich dafür in den letzten Wochen eingebracht, in anderen Regionen, aber auch bei uns. Das gilt für die Stadt Flensburg. Das gilt für das Dialog Forum Norden mit den Minderheiten. Das gilt für uns alle in unseren politischen Parteien. Das gilt für die Stadt Flensburg. Das gilt ganz bestimmt auch - dafür möchte ich mich hier herzlich bedanken - für unsere Europaministerin, die in den letzten Wochen immer wieder ihre Kontakte genutzt hat, um deutlich zu machen, wie wichtig INTERREG für uns ist.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, FDP und SSW)

Ja, der Druck wirkt. Der Regionalausschuss im Europäischen Parlament hat einen wichtigen Beschluss gefasst. Die INTERREG-Mittel sollen nicht gekürzt, sondern auf über 11 Milliarden € erhöht werden. Der Ausschuss hat sich auch dafür ausgesprochen, dass die Förderung über Seegrenzen wichtig ist. Kollegen haben das angesprochen. Gerade für den Kreis Ostholstein ist das ein ganz wichtiges Thema. Unabhängig davon, wie man zur Festen Fehmarnbelt-Querung steht, sind wir uns alle einig, dass nicht nur die Region Schleswig von grenzüberschreitenden Projekten profitieren soll, sondern möglichst auch andere Projekte in Schles-

(Rasmus Andresen)

wig-Holstein. Deswegen ist das ein wichtiger Punkt.

(Vereinzelter Beifall CDU und SPD)

Ja, es sieht gerade gut aus. Zur Wahrheit gehört aber auch: Wir wissen alle nicht, wie es mit dem Beschluss zum mehrjährigen Finanzrahmen weitergeht. Wir sind davon nämlich noch ein ganzes Stück weit entfernt. Das Europäische Parlament hat sich zum Großteil in vielen Fragen schon positioniert und macht das weiterhin. Wir wissen aber nicht, was im Endeffekt bei den Verhandlungen zwischen Parlament, Kommission und vor allen Dingen den Mitgliedstaaten herauskommt. Ich sage hier auch ganz eindeutig und klar: Wer dafür ist, dass solche wichtigen Mittel nicht gekürzt, sondern aufgestockt werden, muss sich auch dafür einsetzen, dass es insgesamt einen auskömmlichen EU-Haushalt gibt. Sonst geht die Rechnung am Schluss nicht auf.

Wir haben beim Digitalpakt erlebt, wie Nachtsitzungen plötzlich Ergebnisse hervorbringen, bei denen man hinterher nicht mehr erkennen kann, welches das Ergebnis ist. Deshalb müssen wir da drableiben. Wir müssen uns weiterhin dafür einsetzen, dass wir die INTERREG-Programme nicht nur nicht kürzen und einschränken, sondern weiter stärken. Dafür brauchen wir einen langen Atem. Wahrscheinlich wird der mehrjährige Finanzrahmen erst 2020 beschlossen. Ich freue mich, dass wir im Parlament große Einigkeit haben, und hoffe, dass wir diesen Weg gemeinsam weitergehen werden. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD, FDP und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Fraktion der FDP hat der Abgeordnete Stephan Holowaty.

Stephan Holowaty [FDP]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kollegen! Europa hat nicht nur gemeinsame Werte, sondern Europa hat vor allem einen konkreten Wert.

(Beifall Jan Marcus Rossa [FDP])

Die INTERREG-Programme stehen für eine modellhafte, grenzüberschreitende und transnationale Zusammenarbeit in Europa. Das kann sich durch den Entwurf des neuen mehrjährigen Finanzrah-

mens der EU ab 2020 durchaus zum Nachteil unseres Bundeslandes verändern.

Wir haben gehört, dass der Ausschuss für Regionalpolitik für eine Fortsetzung der INTERREG-Programme eintritt. Aber seien wir realistisch. Es ist absehbar, dass aufgrund der geringeren Einnahmen der EU durch den Austritt des Vereinigten Königreichs einerseits und durch neue Aufgaben der EU andererseits, beispielsweise in den Bereichen gemeinsame Verteidigung, Sicherung der Außengrenzen, Integration, Migration, aber auch Forschung und das Austauschprogramm Erasmus+, deutlich weniger Geld für die klassischen EU-Themen Agrar- und Kohäsionspolitik zur Verfügung steht.

Ich kann im Moment nicht erkennen, dass es in der EU eine breite Mehrheit der Mitgliedstaaten gibt, die sagen: Wir wollen deutlich mehr Geld in die EU investieren. Das ist Realität. Das ist keine Frage dessen, was wir wollen, sondern das ist die Realität. Deshalb werden wir mit Sicherheit die eine oder andere Kürzung in dem einen oder anderen Bereich hinnehmen müssen.

Es werden aber nicht nur vielleicht Mittel gekürzt, sondern wir haben auch gesehen und gehört, dass Prioritäten verschoben werden, dass Gebietskulissen verändert werden, dass sich große Gebiete Schleswig-Holsteins in Zukunft überhaupt nicht mehr oder nicht mehr in der heutigen Form um Fördermittel bewerben können. Damit stellen wir uns zu Recht die Frage: Wo wollen wir eigentlich im neuen EU-Finanzrahmen Geld investieren? Ich sage sehr deutlich: Wir müssen Geld dort investieren, wo wir einen konkreten europäischen Mehrwert erzielen.

Genau da stehen die INTERREG-Programme ganz weit oben, weil die INTERREG-Programme - wir haben eben schon einige sehr gute Beispiele gehört - einen ganz deutlichen europäischen Mehrwert, einen grenzüberschreitenden Mehrwert schaffen und einen konkreten Nutzen für die Menschen haben.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will den Beispielen, die bereits genannt worden sind, das Projekt „Gefahrenabwehr ohne Grenzen“ hinzufügen. Projektpartner sind hier die Stadt Flensburg und die Kommune Sønderborg. Was ist besser, was ist konkreter, was ist ein spürbarer Wert, als auf beiden Seiten der Grenze gemeinsam Leben zu retten und Notlagen zu meistern?

(Stephan Holowaty)

Wir alle wissen, dass sich Europa heute in einer bedrohlichen Krise befindet. Es gibt Besserwisser und Populisten, die behaupten, Grenzen, Mauern und Zäune machten das Leben besser. Wir sind heute schon besorgt darüber, wie stark sich nicht nur bei uns, sondern gerade auch in unserem Nachbarland Dänemark diese Meinung breit macht. Aber Europa hat einen Wert. Dort, wo Grenzen fallen, können Projekte wie die „Gefahrenabwehr ohne Grenzen“ und die anderen sehr guten Beispiele entstehen und das Leben auf beiden Seiten der Grenze sicherer und besser machen. Wichtig ist doch, dass wir nicht das eine Mitglied der europäischen Familie gegen das andere ausspielen, sondern das EU-Geld genau dort einsetzen, wo es einen konkreten Mehrwert bringt und wo wir diesen Mehrwert erhalten und ausbauen können.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir sollten, liebe Kollegen, hier nicht als reine Schleswig-Holsteiner stehen, die im besten Margaret-Thatcher-Ton sagen: „We want our money back“, „Wir wollen unser Geld zurück haben“, sondern wir sollten hier als Europäer stehen und arbeiten, die den europäischen Mehrwert im Blick haben, die sehen, welche enormen Chancen entstehen, wenn Menschen über Grenzen hinweg als gute Nachbarn zusammenarbeiten.

Ich danke daher gerade unserer Justiz- und Europa-ministerin, Sabine Sütterlin-Waack, für ihr engagiertes und klares Eintreten dafür, dass die INTERREG-Programme weitergeführt beziehungsweise erhalten bleiben, dass der europäische Mehrwert erhalten bleibt, dass gute Projekte weitergeführt werden und neue Ideen entstehen können.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, Europa und die EU haben einen echten Wert. INTERREG ist einer davon.
- Vielen Dank.

(Beifall FDP, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Fraktion der AfD hat der Abgeordnete Volker Schnurrbusch.

Volker Schnurrbusch [AfD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe verbliebene Gäste! Der Europa-

ausschuss hat in seiner Beschlussempfehlung die Bedeutung der Kooperation mit Dänemark und in der Ostseeregion hervorgehoben. Das INTERREG-Programm bietet einen wesentlichen Schwerpunkt dieser Zusammenarbeit, der aber leider aktuell von Einschränkungen bedroht ist. Wir haben es gerade gehört.

Heute kann die deutsch-dänische Grenzregion zu Recht für sich einen Modellcharakter in Anspruch nehmen. Seit den Volksabstimmungen des Jahres 1920 gibt es nationale Minderheiten beiderseits der damals neu gezogenen Grenze, die ihre kulturellen und historischen Traditionen auf vielfältige Weise pflegen, besonders auch in eigenen Schulen. Der Weg dorthin war alles andere als leicht. Auch im deutsch-dänischen Verhältnis hat es über mehrere Generationen hinweg Konflikte und Verwerfungen gegeben. Heute liegen die damaligen Konflikte hinter uns, und wir haben die Aufgabe, das heute bestehende friedliche Miteinander im deutsch-dänischen Grenzland als Basis für gemeinsames Handeln zu nutzen. Konkrete Beispiele wurden eben von meinen Vorrednern bereits genannt.

Ein weiterer wichtiger Erfolg auf diesem Weg ist die Aufnahme des Projekts „Zusammenleben von Minderheiten und Mehrheiten im deutsch-dänischen Grenzland“ in das nationale Verzeichnis „Immaterielles Kulturerbe“, das in dieser Woche ebenfalls fraktionsübergreifend gewürdigt worden ist.

Doch nun zur grauen Wirklichkeit der Zahlen. Allein in der Förderperiode von 2014 bis 2020 beträgt das INTERREG-Fördervolumen für die deutsch-dänische Grenzregion 90 Millionen €. Zahlreiche Projekte für eine nachhaltige Entwicklung des Arbeitsmarkts sowie des Ausbildungssektors werden damit unterstützt. Deshalb sind die hier von der EU-Kommission geplanten Veränderungen nach unten besonders besorgniserregend. Es drohen konkret die Reduktion der Mittelausstattung für alle INTERREG-Programme von 10,1 auf 8,43 Milliarden €. Es droht die grundlegende Änderung der bisherigen Programmstrukturen und die Überführung von Küstenregionen in größere transnationale Gebiete, einer sogenannten maritimen Zusammenarbeit, was immer das konkret bedeuten soll. Im Ergebnis besteht dadurch das Risiko, dass in Zukunft nur noch die beiden nördlichen Landkreise und die Stadt Flensburg direkt gefördert werden, aber andere Landkreise sowie die Städte Kiel und Lübeck im Rahmen einer größer gefassten Ostseeförderregion viel zu kurz kommen. Neumünster droht, ganz aus der Förderung herauszufallen.

(Volker Schnurrbusch)

Die bisherigen Äußerungen von EU-Kommissar Oettinger bleiben im Ungefähren. Wir wissen also heute nicht, wie es die EU mit der deutsch-dänischen Grenzregion in Zukunft halten wird. Die Diskussion über den nächsten EU-Haushalt lässt nichts Gutes erahnen. Deutschland soll mehr einzahlen, aber weniger herausbekommen.

Vor diesem Hintergrund kommt dem vorliegenden Beschluss zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, der übrigens einstimmig gefasst worden ist, eine sehr große Bedeutung zu; denn der Streit über die Zukunft von INTERREG wird sich wohl noch bis in das Jahr 2020 hinziehen. Deshalb gilt es, weiterhin auf die Debatte Einfluss zu nehmen. Wir danken der Ministerin explizit dafür, dass sie sich in Brüssel auch für diese Grenzregion so einsetzt. Unser Einfluss ist nicht der größte in der EU, das wissen wir. Aber wir sollten am Ball bleiben; denn das Grenzland hat es verdient.

(Beifall AfD)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Abgeordneten des SSW hat die Abgeordnete Jette Waldinger-Thiering.

Jette Waldinger-Thiering [SSW]:

Sehr geehrter Landtagspräsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Ostseekooperation führt Menschen, Vereine und Behörden rund um die Ostsee zusammen. Die Konferenzsprache ist dabei in der Regel Englisch. In der deutsch-dänischen Zusammenarbeit sprechen wir dagegen, wie uns der Schnabel gewachsen ist: Deutsch und Dänisch. Ich persönlich finde das sehr angenehm und bemerke, wie Sprache Brücken bauen kann. Diese Funktion hat natürlich auch etwas mit den Minderheiten auf beiden Seiten der Grenze zu tun. Damit sind wir bei den Besonderheiten unseres Grenzlandes. Die Minderheiten reichen sich über nationale Grenzen hinweg die Hand und animieren die Mehrheit, es ihnen gleichzutun. Diese Besonderheit spielt aber offenbar in den Köpfen der EU-Bürokraten keine Rolle. Sie erklärten, dass die neue Förderperiode ohne das deutsch-dänische Grenzland vonstattengehen soll. Ich halte das für grundfalsch. Ich will ihnen vier Gründe dafür nennen.

Erstens. Die Förderung hat sehr viele Menschen auf den Geschmack gebracht, sich mit den Gegebenheiten auf der anderen Seite der Grenze zu beschäftigen. Die Mikroprojekte der Region Sønderjylland-Schleswig haben mit niedrighwelligen Angeboten Menschen zusammengeführt, die ohne Professor

ABC oder den Musiktag in Tondern nicht auf die Idee gekommen wären, sich darauf einzulassen. Das ist doch der Kern der Zusammenarbeit: ganz normale Menschen zusammenzubringen, gern auch in der Freizeit. Politikerinnen und Politiker oder Funktionäre kommen schon von Amts wegen zusammen. Aber Nachbarn muss man erst einmal in Gang bringen. Vorbehalte verhindern nämlich oftmals den Weg über die Grenze. Darum muss man entsprechende Angebote machen. Genau das passiert mit INTERREG. Ich empfehle daher, auch einen Blick in den Rechenschaftsbericht der Angebote zu werfen. Dort finden sich beeindruckende Zahlen, die die enorme Reichweite der Projekte belegen.

Zweitens. INTERREG-Projekte sind oftmals nur die Initialzündung eines längeren Prozesses. Bei Health-CAT beispielsweise geht es um die Entlastung von Pflegetätigkeiten durch Roboter. Kann eine Vorrichtung den Patienten oder die Patientin beim Toilettengang im Krankenhaus unterstützen? Wenn ja, wie genau? Die beteiligten Universitäten in Kiel und Odense schaffen sich zunächst einen Überblick über die Notwendigkeit der Unterstützung, entwickeln Einsatzmöglichkeiten und werden vielleicht in zehn oder 15 Jahren einen entsprechenden Roboter präsentieren können. INTERREG schiebt also die entsprechende Forschung an. Auf diese Weise werden Kompetenzen gebündelt, und das Rad muss im wahrsten Sinne des Wortes nicht zweimal erfunden werden. Deutsche und dänische Wissenschaftler arbeiten zusammen. Das Projekt verfestigt das Netzwerk unterschiedlicher Akteure, das dann die Entwicklung entsprechender Roboter ermöglichen soll.

Drittens. INTERREG-Projekte schaffen Ressourcen. Das deutsch-dänische Grenzland ist nicht gerade mit Ressourcen gesegnet. Viele kluge Köpfe haben aber in den Hochschulen und darüber hinaus dieses Defizit nahezu ausgeglichen. Auch mit Hilfe von INTERREG-Projekten wurde die Forschungslandschaft mit interessanten Projekten bereichert. Nicht zuletzt gehen viele akademische Arbeitsplätze auf ein INTERREG-Projekt zurück. Diese Entwicklung der Forschungslandschaft hat sich in der fünften Förderperiode zu einem Standortvorteil des Grenzlandes gemausert.

Viertens. INTERREG hat eine enorme Strahlkraft. Die Projekte wirken über die eigentliche Projektregion hinaus. Auch in Kiel und Neumünster profitiert man von den Netzwerken des Grenzlandes. Angesichts der Fortschritte bei der festen Fehmarnbelt-Querung ist das nötiger denn je. Das Projekt

(Jette Waldinger-Thiering)

Undine will beispielsweise in Kooperation unter anderem mit der CAU in Kiel und dem GeoCenter Møns Klint die Unterwasserwelt der Ostsee für Urlauber erlebbar machen. Dabei ist auch die Lübecker Bucht eingebunden; denn die Erweiterung eines derartigen touristischen Angebots ist auch dort hochwillkommen.

Zusammenfassend ist doch klar: INTERREG ist kein Luxus, sondern ein wichtiger Faktor in der Zusammenarbeit über die Grenze hinweg. Deshalb möchte ich mich auch noch einmal bei der Ministerin für ihren engagierten Einsatz bedanken. Ich gehe davon aus, dass sie das auch weiterhin so macht, auch wenn wir aus Brüssel eine Zusage bekommen haben. Noch sind keine Fakten vorhanden, sodass wir sagen können, dass wir tatsächlich mehr Geld für INTERREG bekommen. Ich möchte hier auch nicht stehen und sagen: Wir fordern irgendetwas, sondern wir müssen miteinander erklären, dass es wichtig für unsere Grenzregion, für Schleswig-Holstein ist. Ich glaube, das ist bei Ihnen in guten Händen. Wir anderen mucken auch weiterhin herum, damit uns Gehör verschafft wird. - Vielen Dank.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für einen Kurzbeitrag hat die Abgeordnete Regina Poersch.

Regina Poersch [SPD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In der heutigen Debatte ist zu Recht auf die Bedeutung des Regionalausschusses des Europäischen Parlaments hingewiesen worden. Es gibt noch einen weiteren wichtigen Ausschuss in Brüssel: Das ist der Ausschuss der Regionen, und für den habe ich mich hier zu Wort gemeldet. Ich denke - das war hier in der Debatte auch wirklich zu erleben -, dass wir uns darin einig sind, dass die Europäische Union Bürgernähe braucht, wenn sie eine Zukunft haben will, wenn sie Menschen mitnehmen will, wenn sie Menschen für die europäische Idee begeistern will.

Hier bringt INTERREG Menschen zusammen. INTERREG ist ein Leuchtturm der europäischen Zusammenarbeit. Hier zu kürzen - genau hier -, wäre fatal. Da sind wir uns alle einig.

(Beifall SPD, SSW und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen ist es auch so wichtig, dass wir viele sind, dass wir eine Landesregierung haben, die sich engagiert, dass wir ein Parlament haben, das sich engagiert und das Europäische Parlament mit seinem Regionalausschuss, aber auch die 281 Regionen, die sich im Ausschuss der Regionen zusammenfinden. Sie haben gerade in der letzten Woche eine Stellungnahme beschlossen. Ich war dabei und habe voller Freude mitgestimmt. Wir haben auch gefordert, die Mittel zu erhöhen und den Geltungsbereich zu erweitern.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Das geschah ausdrücklich im Schulterchluss mit dem Europäischen Parlament. Das ist vielleicht auch einmal ein Signal, dass sich der Berichterstatter des Regionalausschusses des Europäischen Parlaments mit unserer Berichterstatterin kurzgeschlossen hat. Sie haben sich zusammengetan. Ich sage es einmal so: Wenn wir viele sind, dann können wir auch etwas erreichen.

Auch das klang hier an: Es ist doch klar, dass es nach dem Brexit und den wachsenden Aufgaben und Anforderungen an die EU mit der Finanzierung nicht so ganz einfach wird. Aber es ist deshalb umso wichtiger, dass wir als Regionen in Europa deutlich machen, dass die Weiterentwicklung und neue Prioritäten der EU nicht auf Kosten gut funktionierender Strukturen geschehen dürfen. Es war mir wichtig, das hier noch einmal zu betonen. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Landesregierung hat die Ministerin für Justiz, Europa, Verbraucherschutz und Gleichstellung, Dr. Sabine Sütterlin-Waack.

Dr. Sabine Sütterlin-Waack, Ministerin für Justiz, Europa, Verbraucherschutz und Gleichstellung:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Als letzte Rednerin in dieser Debatte gilt zunächst einmal mein Dank an Sie alle für die richtig gute Zusammenarbeit im Europaausschuss, aber auch - wie wir hier gesehen haben - heute in dieser Debatte. Die Zusammenarbeit scheint so gut zu sein, dass viele der Worte, die Sie hier alle benutzt haben, auch in meinem Redemanuskript stehen. - Das freut mich wirklich sehr.

(Ministerin Dr. Sabine Sütterlin-Waack)

Die deutsch-dänische Zusammenarbeit ist eine Grundkonstante der Landesregierung und der Landespolitik. Sie ist eine Erfolgsgeschichte - das haben Sie, Frau Pauls, eben genauso gesagt. Das INTERREG-Programm Deutschland-Danmark hat dazu wesentlich beigetragen, und das Programm ist ein Paradebeispiel für den immer wieder geforderten europäischen Mehrwert. Da bin ich bei Ihnen, Herr Holowaty.

Die Projekte tragen dazu bei, dass grenzüberschreitende Regionen weiter zusammenwachsen. Auch ich finde, liebe Frau Poersch, dass es ein fatales Signal wäre, wenn dieser Erfolg in Zeiten wachsender EU-Skepsis ausgerechnet von der EU selbst gefährdet würde.

Ich will es an dieser Stelle auch noch einmal wiederholen: Nach all den Lobesworten der Europäischen Kommission für die INTERREG-Programme im Vorfeld waren wir doch sehr überrascht, als im Sommer die Vorschläge kamen, die eine Reduzierung der Mittelzuweisung für INTERREG-Programme von EU-weit 10,1 Milliarden € auf nur noch 8,4 Milliarden € vorsahen. Sie, Herr Holowaty, haben gesagt, das könne man ja notfalls vielleicht noch damit erklären, dass wir weniger Mittel zur Verfügung haben. - Das kann man so sehen. Aber was noch viel schlimmer ist, ist, dass in dem Kommissionsvorschlag vorgesehen ist, dass nur noch die Zusammenarbeit in den Gebieten zu fördern ist, die unmittelbar an EU-Binnengrenzen liegen. Andere heutige INTERREG-Gebiete, die an Küsten liegen, sollen in maritime INTERREG-See-räume überführt werden, die großräumig auf einer ganz anderen Ebene als der kommunalen Ebene operieren, oder sie sollen sogar ganz ihre Förderberechtigung verlieren. - Das alles trifft auf unsere Ablehnung. Diese Vorschläge helfen nicht weiter.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
FDP, SSW und vereinzelt SPD)

Weder helfen sie unseren Kommunen in unmittelbarer Grenznähe - sie sind nämlich meistens keine weiterentwickelten Verdichtungsräume - noch helfen sie, den europäischen Gedanken in Form von regionalbestimmter grenzüberschreitender Zusammenarbeit sichtbar zu machen. Wer nur saturierte Grenzregionen unterstützen will, aber nicht die entwicklungsbedürftigen, schafft Frust statt Akzeptanz für den Mehrwert der europäischen Zusammenarbeit.

Für die Zukunft des heutigen INTERREG-Programms Deutschland-Danmark hätte die Umsetzung der Kommissionsvorschläge fatale Folgen.

Die Reduzierung der als förderwürdig anerkannten Gebiete würde eine erhebliche Reduzierung der Finanzausstattung bedeuten. Die beiden Nordkreise und vielleicht die Stadt Flensburg würden förderberechtigt bleiben, während Kiel und Lübeck sowie der Kreis Ostholstein, Plön und Rendsburg-Eckernförde in das heutige INTERREG-Ostseeprogramm überführt würden. In der Folge - das ist mir ganz besonders wichtig - würde die Bevölkerungszahl als Bemessungsgrundlage - das muss man sich immer vor Augen halten - für Mittelzuweisungen von heute 1,6 Millionen Einwohner auf rund 400.000 Einwohner schrumpfen. Das ist wirklich eine überproportionale Mittelschrumpfung.

Allein durch die Umsetzung der vorgeschlagenen neuen Komponente 5.2 würde den INTERREG-Programmen eine weitere Milliarde Euro entzogen werden, bedingt allein durch die Tatsache, dass diese Mittel direkt auf EU-Ebene statt - wie bisher bei INTERREG üblich - dezentral verwaltet würden. Das trifft nicht nur auf die Ablehnung der Landesregierung, sondern auch auf die der dänischen Regierung. Das ist ganz wichtig. Das hat - wir haben es hier heute schon gehört - weder mich noch mein Haus ruhen lassen. Mit den benachbarten dänischen Regionen Syddanmark und Seeland sowie der dänischen Regierung sind wir uns einig, dass wir das heute stark aufgestellte INTERREG-Programm Deutschland-Danmark in seinem heutigen Zuschnitt erhalten wollen.

Auch in Brüssel habe ich Gespräche geführt, sei es mit dem Direktor der Generaldirektion Regionalentwicklung - da habe ich ziemlich auf Granit gebissen, das muss ich zugeben -, sei es mit dem EU-Haushaltskommissar Oettinger selbst. Natürlich habe ich auch mit Parlamentariern und hohen Verwaltungsbeamten in Berlin gesprochen. Daher freue ich mich ganz besonders mit Ihnen allen zusammen, dass sich der Regionalausschuss des Europäischen Parlaments Anfang Dezember ebenfalls deutlich ablehnend zu den Vorschlägen der Kommission positioniert hat. Es wird nun darum gehen, diese Forderungen in die Trilog-Verhandlungen einzubringen und durchzusetzen. Ich gehe aber davon aus, dass es vor der Europawahl nicht zu einem Abschluss kommen wird. Bei uns im Land stehe ich im Dialog mit unseren kommunalen Programmträgern. Auch hier nehme ich eine große Einigkeit wahr. Wir brauchen auch über 2020 hinaus ein starkes INTERREG-Programm Deutschland-Danmark. Wir brauchen ein gemeinsames grenzüberschreitendes Grundverständnis für den Wert und die Bedeutung unserer Zusammenarbeit. Das ist unser Beitrag zur grenzüberschreitenden Verständigung in dem

(Ministerin Dr. Sabine Sütterlin-Waack)

Europa von morgen. Die Sicherung des Friedens und des Wohlstands - das sind die besten Argumente gegen Populisten von links und von rechts. - Vielen Dank.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FDP und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Der Ausschuss empfiehlt, die Anträge Drucksachen 19/1008 und 19/1013 (neu) mit Zustimmung der Antragsteller für erledigt zu erklären. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Ich sehe, das ist einstimmig so beschlossen.

Mit der Drucksache 19/1095 haben die Mitglieder des Europaausschusses dem Landtag einen Beschlussvorschlag mit der Bitte um Übernahme und Zustimmung vorgelegt.

Wer diesem Beschlussvorschlag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Auch das ist einstimmig so beschlossen. Ich danke Ihnen. Damit ist das angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 56 auf:

Einführung einer Meistergründungsprämie in Schleswig-Holstein

Bericht der Landesregierung
Drucksache 19/1078

Ich erteile das Wort dem Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus, Herrn Dr. Bernd Buchholz.

Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Landesregierung hat sich im Bereich der Wirtschaftspolitik einiges vorgenommen. Unter anderem wollen wir das mittelstandsfreundlichste Bundesland werden. Auf diesem Weg wollen wir heute durch die Einführung einer Meistergründungsprämie einen gehörigen Schritt nach vorn kommen.

(Anhaltender Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Das geht alles von meiner Zeit ab, tut aber gut.

Die Meistergründungsprämie soll junge Handwerksmeisterinnen und -meister motivieren, sich

mit einem eigenen Betrieb selbstständig zu machen oder einen bestehenden Betrieb zu übernehmen. Im vergangenen Jahr hat der Landtag den Wunsch geäußert, bis zum Ende dieses Jahres ein Konzept für die Meistergründungsprämie vorzulegen. Das tun wir hiermit. Sie ist, so wie wir sie anlegen, eine Anerkennungsprämie, die mit 7.500 € und zusätzlich 2.500 €, wenn drei Jahre danach ein Arbeits- oder Ausbildungsplatz erhalten oder neu geschaffen wurde, nicht spektakulär hoch, aber doch ordentlich dotiert ist.

Diese Prämie soll ein Ansporn und eine Würdigung zugleich sein. Sie soll zeigen, dass es uns echtes Geld wert ist, wenn sich junge Meisterinnen und Meister zum Schritt in die Selbstständigkeit entscheiden. Es erfordert Mut, etwas aufbauen zu wollen, und das ist auch riskant.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Warum ist uns dies allein im Einführungsjahr 1 Million € wert, die wir vollständig aus Landesmitteln finanzieren? Prüfungsfrage war auch, ob wir dafür andere Fördermittel in Anspruch nehmen können. Das ist derzeit weder im GRW-Rahmen noch mit EFRE-Mitteln möglich. Das kann sich im Laufe der Zeit aber ändern. Möglicherweise ändert sich in der nächsten Förderperiode der operationale Programmrahmen beim EFRE. Derzeit müssen wir das aber komplett aus Landesmitteln finanzieren. Was spricht nun dafür?

Erstens. In Schleswig-Holstein haben wir das Phänomen, dass Unternehmerinnen und Unternehmer im Lande - das gilt auch für Handwerksmeisterinnen und -meister - überdurchschnittlich alt sind. Das Alter der Betriebsinhaber steigt weiter. Deshalb wird das Thema Übernahme in den kommenden Jahren für die schleswig-holsteinische Wirtschaft insgesamt weiter an Bedeutung gewinnen und durchaus eine Herausforderung darstellen.

Hierfür bedarf es qualifizierten Personals. Erfahrungsgemäß nehmen die familieninternen Betriebsübernahmen immer mehr ab. Wir müssen also neue Anreize für externe Übernahmen schaffen; denn die mittelständischen Betriebe konkurrieren derzeit mit einem sehr starken Arbeitsmarkt, auf dem man auch in unselbstständiger Tätigkeit sehr ordentlich Geld verdienen kann.

Zweitens. Die Zahl der Meisterinnen und Meister geht immer weiter zurück. Das verschärft den Wettbewerb um die besten Übernahmekandidaten.

(Minister Dr. Bernd Buchholz)

Drittens. Die Handwerkskammern konnten belegen, dass Meisterbetriebe eine höhere Überlebenswahrscheinlichkeit haben. Meistergründungen sind also nachhaltiger als Gründungen ohne den Abschluss einer handwerklichen Ausbildung.

Viertens. Nicht zu unterschätzen ist, dass Meisterbetriebe deutlich mehr ausbilden und somit die Zukunft im Handwerk sichern. Sie spielen für die regionalen Ausbildungs- und Arbeitsmärkte deshalb eine wichtige Rolle. Sie schaffen Wertschöpfung und Arbeitsplätze vor Ort. Das ist gerade für den ländlichen Raum von zentraler Bedeutung für unser Land.

Deshalb ist es genau das richtige Signal, dass Schleswig-Holstein jetzt mit einer Meistergründungsprämie an den Start geht. Ich kann alle Haushälter beruhigen: Das ist aus meiner Sicht gut angelegtes Geld.

Wie soll die Förderung nun genau ausgestaltet sein? Vorgesehen ist eine zweistufige Förderung, bestehend aus einer Basisförderung bei Gründung, Übernahme oder tätigen Beteiligung eines Handwerksbetriebs in Höhe von 7.500 € und einer ergänzenden Förderung in Höhe von 2.500 € nach drei Jahren, wenn dadurch Ausbildungs- oder Arbeitsplätze gesichert oder geschaffen werden konnten. Insgesamt kann die Meistergründungsprämie also 10.000 € betragen. Diese Höhe soll für alle Gewerke gleich sein.

Die Prämie steht Handwerksmeisterinnen und Handwerksmeistern zur Verfügung, die erstmalig eine selbstständige Tätigkeit im Land Schleswig-Holstein aufnehmen. Das ist unbürokratisch, schlank im Verfahren und somit ein guter Anreiz, sich zum Schritt in die Selbstständigkeit zu entscheiden.

Erfreulicherweise haben sich die Vertreter des Handwerks grundsätzlich bereit erklärt, die Beratung potenzieller Antragsteller, die Vorprüfung der Antragsunterlagen und die Abgabe eines Votums für oder gegen eine Förderung als Dienstleistung kostenlos zu übernehmen.

(Beifall FDP, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Dafür möchte ich mich herzlich bei den Vertreterinnen und Vertretern des Handwerks bedanken. Es ist gut, sie hierbei an unserer Seite zu haben; denn die Meistergründungsprämie ist ein kleiner, aber wichtiger Beitrag, das Thema Unternehmensnachfolge, das für die Zukunft so wichtig ist, praktisch und unbürokratisch voranzubringen.

Meine Damen und Herren von den Koalitionsfraktionen, ich bedanke mich bei Ihnen dafür, die Meistergründungsprämie im Haushalt 2019 mit einem so hohen Betrag ausgestattet zu haben, dass wir bereits im April kommenden Jahres in die Umsetzung der Meistergründungsprämie gehen können. Das ist ein wichtiger Baustein. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Schlie:

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Lukas Kilian.

Lukas Kilian [CDU]:

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident! Meine Damen und Herren! Das, was wir mit der Meistergründungsprämie schaffen, ist zukunftsweisend, bürokratiearm und mittelstandsfreundlich. Genau das ist es, was wir brauchen, um mittelstandsfreundlichstes Bundesland der Republik zu werden.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Der Minister hat vorhin ausgeführt, wie die Förderung aussehen wird. Im ersten Schritt werden 7.500 € für die Gründung oder für die Übernahme eines Handwerksbetriebs gewährt und in einem möglichen zweiten Schritt 2.500 €. Insgesamt werden also 10.000 € gewährt für junge Menschen - nicht nur für junge Menschen, aber auch -, die sich entscheiden, in der Selbstständigkeit Verantwortung für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, aber auch für Auszubildende in diesem Land zu übernehmen. Ich bin der Auffassung, das ist zukunftsweisend, das ist wichtig, und das ist eine klare Stärkung des Mittelstandes, die wir in der Form in Schleswig-Holstein noch nie zuvor hatten.

Man kann sich jetzt natürlich fragen, warum nur Meistergründungen gefördert werden. Das liegt daran - auch das ist in dem Strategiepapier des Ministeriums zu lesen -, dass Meistergründungen im Gegensatz zu Gründungen ohne Meisterbrief eine deutlich höhere Überlebenswahrscheinlichkeit haben. Von 2.600 Unternehmen, die sich im Jahr 2011 in die Handwerksrolle eintragen haben, waren fünf Jahre später nur noch 64 % am Markt, aber 86 % der Betriebe mit Meisterbrief. Das heißt, wir senden hier ein klares Signal an das Handwerk. Der Meisterbrief ist eine wesentliche Qualifikation, die mit der Meistergründungsprämie gestärkt wird.

(Lukas Kilian)

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Ich freue mich, dass wir mit diesem Projekt, das nach der einen oder anderen Diskussion möglicherweise auch erst ein Jahr später starten sollte, schon in diesem Jahr beginnen. 1 Million € werden bereits im kommenden Jahr bereitgestellt. In den kommenden Jahren werden die Haushaltsmittel auf bis zu 2,7 Millionen € aufgestockt werden.

Deshalb kann ich nur appellieren: Jeder, der Meister ist und gründen möchte, der einen Betrieb übernehmen möchte und damit möglicherweise Arbeitsplätze in diesem Land schaffen oder halten möchte, sollte sich bitte um die Meistergründungsprämie bewerben. Das ist ein tolles Projekt. Schleswig-Holstein zieht damit innerhalb der Bundesrepublik Deutschland nach vielen Jahren gleich mit vielen anderen Bundesländern, in denen es eine Meistergründungsprämie gibt, wenn auch nicht in dieser hervorragend ausgestalteten Form, sondern mit kleineren Schwächen. Schleswig-Holstein entscheidet sich damit fast 30 Jahre später als Berlin zur Einführung dieses wichtigen Instruments. Ich denke, damit senden wir ein klares Signal an das Handwerk in Zeiten, in denen es schwierig ist, jemanden für eine Handwerksdienstleistung zu gewinnen. Damit stärken wir dem Handwerk den Rücken.

Deswegen freue ich mich, dass sich die Jamaika-Koalition einigen konnte, diesen Haushaltsantrag einzubringen. Ich freue mich, dass wir eine super Vorlage aus dem Ministerium erhalten haben. So können wir frühzeitig mit diesem Projekt starten. 1 Million € für das Handwerk. Das ist ein sehr großer Schluck. In den nächsten Jahren wird mit bis zum 2,7 Millionen € deutlich mehr möglich werden. Ich danke für die gute Zusammenarbeit und auch für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die SPD-Fraktion hat der Abgeordnete Thomas Hölck.

Thomas Hölck [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Landesregierung hat mit ihrem Konzept einer schleswig-holsteinischen Meistergründungsprämie einen sinnvollen Beitrag zur Stärkung des Handwerks und des regionalen Gründergeistes vorgelegt.

Das erkennen wir ausdrücklich an und bedanken uns für den Bericht.

(Vereinzelter Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Meistergründungsprämie nützt allerdings nur dann etwas, wenn es genügend Handwerksgesellinnen und -gesellen gibt, die sich auf den Weg machen, eine Meisterausbildung anzustreben. In dieser Frage hat Jamaika versagt. Sie haben im Wirtschaftsausschuss gegen unseren Antrag auf eine gebührenfreie Meisterausbildung gestimmt. Gebührenfreiheit von der Krippe bis zum Master oder Meister gibt es nur mit der SPD, sehr geehrte Damen und Herren.

(Beifall SPD)

Im Oktober des letzten Jahres haben wir über die Grundsatzfrage diskutiert, ob wir die finanzielle Ungleichbehandlung von akademischer und handwerklicher Ausbildung angehen wollen. Sie wollen das jedenfalls nicht. Dies gilt insbesondere für Lehrgangs- und Prüfungsgebühren, die abgebaut und vermieden werden müssen.

Unser Ziel war damals wie heute die Stärkung unserer Gewerke, indem wir die Attraktivität der Meisterausbildung durch eine dringend nötige Entlastung fördern. Obwohl mit der Einführung des Aufstiegs-BaföG eine Verbesserung der Finanzierung werdender Meisterinnen und Meister erreicht wurde, besteht immer noch ein erheblicher Unterschied zur finanziellen Ausstattung im Studium. Das geht so nicht, das muss geändert werden. Wir setzen uns für eine Weiterentwicklung des Aufstiegs-BaföG ein, um eine vollständige Übernahme der Lehrgangs- und Prüfungsgebühren der Meisterausbildung zu erreichen.

(Beifall SPD)

Nach der Ausbildung folgt der Berufseinstieg; so weit, so herausfordernd. Der Schritt in die Selbstständigkeit birgt vor allem für Gründer im Handwerk ein großes finanzielles Risiko. Dies bildet das aktuelle Zahlenwerk des ifh Göttigen detailliert ab: Die Anzahl der Gründungen im Handwerk hat in Schleswig-Holstein seit 2006 um etwa 8 % abgenommen. Wir stehen damit zwar noch deutlich besser da als im Bundesdurchschnitt - da liegt die Abnahme im gleichen Zeitraum bei fast 16 % -, doch trotzdem müssen wir dem Trend aktiv entgegenwirken.

Ihr Konzept liefert einen ersten Eindruck, weist aber bei genauerem Hinsehen einige Unstimmigkeiten auf: Bei Ihrer Definition der Zuwendungsemp-

(Thomas Hölck)

fänger schließen Sie bestimmte Personen aus, die nach der Handwerksordnung berechtigt wären, ihren Beruf auszuüben. Mutiger wäre es vielleicht, dem Beispiel Berlins zu folgen. Dort berücksichtigt man die hier geltenden Ausnahmegewilligungen der Handwerksordnung. Das heißt, die Meistergründungsprämie wird in Berlin zusätzlich bei Ausnahmegewilligungen gemäß § 8 der Handwerksordnung vergeben. Man muss darüber nachdenken, ob man das nicht einführt, vor allem dann, wenn die Prämie nicht so erfolgreich ist wie vielleicht prognostiziert. Es ist nämlich durchaus denkbar, dass die Personen, die dort genannt sind und nach drei Jahren den Meisterbrief erreicht haben, nach § 8 der Handwerksordnung den Meisterbrief nachreichen und damit die Existenzgründung nachweisen müssen.

Wir begrüßen Ihr Vorhaben, sich nicht nur auf die Förderung der erstmaligen Gründung und der Übernahme zu konzentrieren, sondern sich auch für die sogenannte tätige Beteiligung einzusetzen. Es fehlt an dieser Stelle aber eine Konkretisierung dahin gehend, ab wann die Beteiligung als tätig und der unternehmerische Einfluss des Meisters als hinreichend groß und förderungsfähig gilt. Wird sich Schleswig-Holstein am geschilderten Beispiel Nordrhein-Westfalens mit sehr hohen Werten, nämlich einer Beteiligung von 50 %, orientieren oder eher mehr an Brandenburg mit einer Beteiligung von nur 30 %? Diese Definition fehlt, und sie muss nachgereicht werden. Langfristig wirkt sich das nämlich auf das Fördervolumen aus und somit auch auf den Haushalt. Ich finde, hierzu gehört eine Nachbesserung.

Wir haben der Einführung der Meistergründungsprämie aus Überzeugung zugestimmt, aber ich finde, es würde der Jamaika-Koalition gut anstehen, sich einen Ruck zu geben, sodass wir uns gemeinsam für eine gebührenfreie Meisterausbildung einsetzen. Dann wird es eine Politik aus einem Guss und kein Stückwerk. Wir haben die Möglichkeit, diesen Malus im Wirtschaftsausschuss im Rahmen der Selbstbefassung beheben. - Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Abgeordnete Rasmus Andresen.

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Minister Buchholz, vielen Dank für den Bericht und vor allem für das Konzept, das dahintersteht. Jetzt verrate ich Ihnen ein Geheimnis: Bei uns in der Koalition gibt es Projekte, die finden manche Koalitionspartner besser als andere. Bei der Meistergründungsprämie ist das aber nicht der Fall. Dahinter stehen wir alle. Wir alle finden, dass das ein sehr wichtiges Projekt für unser Land ist. Darauf möchte ich jetzt gern näher eingehen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Bereits jetzt fehlt in jedem fünften Unternehmen in Schleswig-Holstein eine Nachfolgerin oder ein Nachfolger. Den klassischen Familienbetrieb, der ganz selbstverständlich von der Tochter oder dem Sohn weitergeführt wird, gibt es zwar noch, aber er wird immer seltener. Es hat eine Umkehr stattgefunden. Betriebsinhaberinnen und Betriebsinhaber müssen sich wirklich anstrengen, um eine Nachfolge organisiert zu bekommen. Das hängt natürlich auch mit dem Fachkräftemangel zusammen. Betriebe müssen nicht nur allgemein um Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, sondern ganz besonders um Nachfolgerinnen und Nachfolger werben.

Von allen im Handwerkskammerbezirk Schleswig-Holstein gemeldeten Handwerksbetrieben haben knapp 8.000 Inhaberinnen und Inhaber bereits das Alter von 55 Jahren überschritten. Man kann es ausrechnen, all diese Betriebe brauchen in irgendeiner Form relativ bald eine Nachfolge. Je später das Thema vom Alter der Inhaberinnen und Inhaber her gesehen angegangen wird, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit von Betriebsschließungen. Diese gilt es zu verhindern. Der Handlungsbedarf ist groß, und es ist daher dringend nötig, dass wir uns auf den Weg machen. Deshalb ist es gut, dass das Wirtschaftsministerium so schnell gehandelt hat und dass wir nicht gleich zu Beginn der Wahlperiode, aber noch im ersten Teil der Wahlperiode schon konkrete Schritte gehen werden.

In anderen Bundesländern ist die Situation bereits anders. Dort gibt es schon seit vielen Jahren spezielle Prämien für Gründungen im Meisterbereich. Herr Kilian hat das erwähnt. Es gibt verschiedene Bestrebungen, beispielsweise den Meisterbonus in Bayern oder Brandenburg, die Meisterprämie in Hessen oder Niedersachsen, den sogenannten Aufstiegsbonus in Rheinland-Pfalz. Die Begriffe und

(Rasmus Andresen)

auch die Art der Zuschüsse variieren. So gibt es beispielsweise bereits Zuwendungen bei erfolgreich bestandener Prüfung wie in Berlin, Brandenburg, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt oder bei der Gründung von Betrieben oder Betriebsübernahmen.

Es erscheint paradox, denn je besser die wirtschaftliche Lage ist, desto weniger Gründungen gibt es. Das ist nicht nur im Handwerksbereich so, aber dort gilt das ganz besonders. Dadurch hat es in den letzten Jahren weniger Existenzgründungen im Handwerk gegeben. Wer heute einen Handwerksbetrieb übernimmt oder neu beginnt, der tut das sehr bewusst und fundiert. Die Meistergründungsprämie ist ein wichtiges Signal und kann uns dabei helfen, diesen Trend umzukehren.

Uns Grünen ist besonders wichtig, dass die Meistergründungsprämie nicht nur bei Neugründungen, sondern auch bei Betriebsübernahmen eingesetzt werden kann. Das sage ich auch als Signal in Richtung Handwerk. Wenn man den Namen Meistergründungsprämie hört, dann würde man das zunächst einmal nicht denken. Aber es ist wirklich gut, dass wir uns darauf verständigt haben, auch bei Betriebsübernahmen einen Zuschuss zu gewähren, denn von diesen kann es bei uns im Land sehr viele geben, und das sollten wir unterstützen.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Lukas Kilian [CDU])

- Vielen Dank, Frau Kollegin. - Wir wollen fördern, dass sich besonders Frauen an Unternehmensgründungen beteiligen, auch im Handwerksbereich. Davon gibt es noch viel zu wenige, und es sollte unser Ziel sein, das zu ändern. Neben dem gesicherten Fortbestand unserer Betriebe sind uns Grünen natürlich auch Aspekte der Nachhaltigkeit und der Innovation besonders wichtig. Da haben wir keinen Dissens in der Koalition. Gerade durch den Klimaschutz kommen im Handwerk viele neue Technologien zum Einsatz, und es wäre als Klimaschutz- und Energiewendeland wirklich töricht, nicht darauf zu setzen. Das ist für uns Grüne ein ganz besonders wichtiger Schwerpunkt.

Auch wenn gerade keiner klatscht: hallo, aufwachen!

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

- Entschuldigung, ich kommentiere auch nicht Weihnachtsfeiern des gestrigen Abends, aber uns Grünen ist das wichtig, ganz unabhängig davon,

wie viele Kolleginnen und Kollegen bei dem Thema klatschen.

Wir möchten Berufsanfängerinnen und Berufsanfänger in allen Bereichen ermutigen, den Weg in die Selbstständigkeit zu gehen. Die Meistergründungsprämie ist dafür im Bereich des Handwerks ein wichtiger Schritt. Ich möchte hier aber ganz deutlich sagen, dass wir dieses Gründungsthema nicht gegen andere ausspielen, sondern dass wir auch für die anderen Bereiche schon Maßnahmen ergriffen haben und dass noch weitere parlamentarische Maßnahmen von der Regierung kommen werden. Es ist wichtig, das hier zu betonen. Es ist gut, wenn sich Menschen selbstständig machen. Heute geht es mit dem Handwerk voran, in den nächsten Monaten werden wir weitere Initiativen für andere Bereiche machen. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die FDP-Fraktion hat der Abgeordnete Kay Richert.

Kay Richert [FDP]:

Sehr geehrter Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Der Mittelstand ist das Rückgrat der Wirtschaft. Das ist ein viel zitierter Spruch. Das Handwerk ist das Rückgrat des Mittelstands, jedenfalls ist das bei uns in Schleswig-Holstein so. Betriebe mit 15 bis 25 Mitarbeitern bieten nicht nur dezentrale Arbeitsplätze an, sondern sie stellen uns dezentral ihre Dienstleistung zur Verfügung, sind flexibel und vor Ort. Jeder weiß aus eigener Erfahrung, wie wichtig das für uns ist.

(Beifall FDP und CDU)

Deshalb ist es uns Freien Demokraten so wichtig, dem Handwerk die Rahmenbedingungen zu verschaffen, die es braucht. Ich freue mich sehr darüber, dass Jamaika die Meistergründungsprämie bereits im kommenden Jahr einführen wird. Das ist Politik für den Mittelstand.

(Beifall FDP, CDU und Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die Betriebsinhaber werden immer älter, die Zahl der Meister nimmt ab. Warum ist es so wichtig, Meisterbetriebe zu haben? - Meisterbetriebe sind überlebensfähiger. Das ist auch nicht verwunderlich, denn ein Meister erhält während seiner Ausbildung zum Meister auch betriebswirtschaftliches

(Kay Richert)

Rüstzeug. Außerdem bilden Meisterbetriebe mehr aus, sorgen also für den Nachwuchs im eigenen Gewerbe. Das ist ebenfalls nicht verwunderlich, denn die Meisterausbildung enthält neben anspruchsvoller fachlicher und betriebswirtschaftlicher Ausbildung auch pädagogisch-didaktisches Rüstzeug, das man braucht, um Lehrlinge auszubilden.

Eine Meisterausbildung ist die umfassende, fundierte, ideale Vorbereitung auf die Führung eines Betriebs. Wir haben deswegen ein Interesse daran, möglichst viele stabile auszubildende Handwerksbetriebe im Land zu haben.

(Beifall FDP)

Kollege Hölck, Sie haben die Frage aufgeworfen, warum wir die Menschen, die nach Ausnahmetatbeständen selbstständig tätig sind, nicht einbezogen haben. Das haben wir aus diesen drei Gründen nicht gemacht. Es ist einfach eine sehr viel nachhaltigere Entscheidung, in einen Meisterbetrieb zu investieren. Da erwarten wir einen sehr viel höheren Rücklauf für unsere Gesellschaft.

Für mich persönlich spricht noch ein weiterer Punkt für die Meisterbetriebe. Für mich steht die hohe Qualität der handwerklichen Arbeit bei uns in direktem Zusammenhang mit dem Meisterstand, mit dem Stellenwert dieser traditionsreichen Fortbildung.

Was tun wir nun also? - Wir schaffen eine Meistergründungsprämie. Antragsberechtigt werden alle Handwerksmeister sein, die einen Betrieb übernehmen, gründen oder sich an einem Handwerksbetrieb tätig beteiligen. Im ersten Schritt wird es 7.500 € geben, und wenn nach drei Jahren ein Ausbildungsplatz oder ein sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplatz geschaffen wurde, gibt es noch einmal 2.500 €. Unterscheidungen nach Gewerk wird es nicht geben.

Es wird keine enge Zweckbindung für die Prämie geben. Die Zeitspanne zwischen Meisterprüfung und Betriebsgründung spielt keine Rolle. Warum nicht? Weil es viele Meister gibt, die schon lange als angestellte Meister tätig sind, die jetzt vielleicht gern den Betrieb übernehmen wollen, in dem sie angestellt waren. Wir möchten junge Meister motivieren, einen Betrieb zu gründen, aber wir möchten natürlich auch die lange tätigen Meister motivieren, ihren Betrieb fortzuführen.

(Beifall FDP und Tobias Koch [CDU])

Wir gestalten dieses Instrument so bürokratiearm wie möglich. Nun fragen sich viele: Haben wir einen Mitnahmeeffekt zu befürchten? Ich denke,

nein. Die Meistergründungsprämie ist ein Anreiz, eine Unterstützung, keine Vollfinanzierung. Nur um sich die Prämie einzuheimsen, wird wohl niemand eine Meisterausbildung absolvieren und dann einen Betrieb gründen.

Andere fragen: Ist die Prämie nicht viel zu gering? Im Vergleich der Bundesländer stehen wir mit insgesamt 10.000 € sehr gut da. Wir wollen mit der Prämie ja nicht die Betriebe finanzieren, sie ist ein Anreiz und eine Anerkennung des Landes für diejenigen, die mit guten Zukunftschancen unseren Mittelstand erhalten.

Sehr verehrte Damen und Herren, wir von der FDP und wir als Jamaika wollen Schleswig-Holstein zum mittelstandsfreundlichsten Bundesland machen. Mit der Meistergründungsprämie sind wir diesem Ziel wieder einen Schritt nähergekommen, und wir werden das weiter vollenden. - Danke schön.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die AfD-Fraktion hat der Abgeordnete Volker Schnurrbusch.

Volker Schnurrbusch [AfD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Gäste! Die Wirtschaft Schleswig-Holsteins lebt in besonderer Weise von mittelständischen Unternehmen. Wir haben das gerade gehört. Zugleich ist es der Mittelstand, der den Großteil der Ausbildungsplätze stellt. Deshalb sind die zahlreichen Betriebe in Handwerk und Gewerbe, in der Landwirtschaft und nicht zuletzt im Tourismus auf eine konsequente Unterstützung durch die Landespolitik angewiesen.

Vor diesem Hintergrund war es ein richtiges Signal, dass der Landtag die Landesregierung letztes Jahr dazu aufrief, ein Konzept für eine Meistergründungsprämie vorzulegen. Auch die AfD-Fraktion hat den Antrag seinerzeit als eine Maßnahme zur Stärkung der mittelständischen Wirtschaft unterstützt. Der Bericht liegt nun vor, und wir danken dem Herrn Minister und seinen Mitarbeitern dafür.

Ziel und Zweck der Meistergründungsprämie, einen Anreiz für die Gründung eines selbstständigen Meisterbetriebs zu bieten, sind unverändert richtig und hochaktuell. Ebenso befürworten wir es, wenn im Rahmen des nun geplanten Zwei-Stufen-Konzepts auch die Schaffung und Besetzung von Ausbil-

(Volker Schnurrbusch)

dungsplätzen beziehungsweise sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen gefördert werden soll. Sicher, die im Rahmen der ersten Stufe für die Gründung eines Betriebes vorgesehene Basisförderung von 7.500 € wird im konkreten Fall kaum ausschlaggebend dafür sein, dass ein solcher Betrieb gegründet wird. Hier handelt es sich - ebenso wie bei der Förderung in der zweiten Stufe in Höhe von 2.500 € - gewissermaßen um Bonuszahlungen, mit denen das Land eine Anerkennung für handwerkliche Meisterbetriebe zum Ausdruck bringt. Deshalb ist die geplante Förderung nicht weniger wichtig, sondern stellt eine angemessene politische Geste dar.

Doch diese Geste ändert nichts an den weiter ungünstigen Rahmenbedingungen für Handwerksbetriebe insgesamt. Das belegt leider auch der Bericht der Landesregierung, wenn er feststellt, dass seit der Novellierung der Handwerksordnung im Jahr 2004 und der damit verbundenen Festlegung zahlreicher Handwerksberufe als zulassungsfrei die berufliche Qualifikation der Existenzgründer in diesem Bereich stark zurückgegangen ist. Der Anteil der Meistergründungen hat sich von 2003 bis 2007 deutschlandweit von 76 auf 33,5 % reduziert.

Gleichzeitig wirkt sich die abnehmende berufliche Qualifikation auch deshalb negativ aus, weil Handwerksbetriebe ohne Meister oft nur eine geringe Größe aufweisen und weniger ausbilden. Auch die wirtschaftliche Überlebensfähigkeit der kleinen und Kleinstbetriebe ist stark eingeschränkt. Bundesweit bilden nur 3,7 % der zulassungsfreien Betriebe aus, wogegen die Quote bei den zulassungspflichtigen Handwerksbetrieben mit 23 % deutlich höher liegt.

Wir müssen ebenso berücksichtigen, dass gerade die Handwerksbranche im Ausbildungsbereich unverändert damit zu kämpfen hat, dass die Schülerzahlen sinken und der gesellschaftliche Trend zu Abitur und Studium weiter anhält. Wir müssen dem Akademisierungswahn ein Gegengewicht entgegenstellen.

Handwerk hat mehr denn je goldenen Boden. Das Angebot an interessanten Ausbildungsgängen ist so groß wie nie zuvor. Die Verdienstmöglichkeiten sind zum Teil oft besser als nach einem Studium, die Aussicht auf Selbstständigkeit eine echte Chance für ein selbstbestimmtes Leben im eigenen Betrieb.

So wie gestern die Frau Bildungsministerin dazu aufgerufen hat, dem Lehrerberuf wieder mehr Geltung zu verschaffen, rufen wir dazu auf, die Ausbil-

dungsberufe als genauso wertvoll und attraktiv darzustellen wie ein Studium.

(Beifall AfD)

Gerade in diesen Tagen erreichen uns erneut Meldungen über zu wenig Fachkräfte im Westen Schleswig-Holsteins und über rückläufige Gewerbeneugründungen. An eine solche Tendenz sollten wir uns nicht gewöhnen.

Es ist deshalb an der Zeit, den Irrweg des Jahres 2004 zu korrigieren und die damals erfolgte Einführung zulassungsfreier Handwerksberufe rückgängig zu machen. Hierzu hat die AfD-Bundestagsfraktion im September dieses Jahres einen Antrag eingereicht, der heute Morgen im Bundestag beraten und überwiesen wurde. - Das klappt im Bundestag im Gegensatz zu hier.

(Beifall AfD)

Der Antrag lautet: „Meisterpflicht wiedereinführen - Handwerk stärken“. Auch hier geht es darum, die Attraktivität von Handwerksberufen zu fördern und den Nachwuchskräftemangel zu beheben. Erst wenn diese elementare Korrektur vorgenommen worden ist, werden sich die Perspektiven für Handwerksbetriebe in Deutschland wieder grundsätzlich verbessern.

Landespolitische Maßnahmen wie die Prämie können eine begleitende Funktion übernehmen. Das strukturelle Problem der Überalterung und der ausbleibenden Nachfolge wird sie leider nicht lösen. Dazu bedarf es weiterer Anstrengungen, um das Handwerk weiter zu unterstützen und wertzuschätzen. Daran sollten wir gemeinsam arbeiten, um einen starken Mittelstand zu sichern. - Vielen Dank.

(Beifall AfD)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Abgeordneten des SSW hat der Abgeordnete Flemming Meyer.

Flemming Meyer [SSW]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Vielen Dank für den vorgelegten Bericht. Er gewährt quasi einen Blick in den Maschinenraum der Wirtschaftsförderung: In dem Bericht kann man Argumente und Ausgestaltungsideen einer neuen Maßnahme nachlesen, bevor diese tatsächlich an den Start geht. Leider fehlt in dem Bericht ein Hinweis auf die geplante Evaluation der Maßnahme. Ich denke, es wäre zielführend, nach vier oder fünf Jahren zu überprüfen, ob durch die

(Flemming Meyer)

Maßnahme die Ziele erreicht werden und dieses zusätzliche Angebot die Überlebensrate der Betriebe tatsächlich erhöht.

Die Meistergründungsprämie hat gute Gesellschaft: In Schleswig-Holstein gibt es bereits viele Existenzgründungsprogramme. Allein auf der Homepage des Ministeriums wird auf fünf verschiedene Unterstützungsinstitutionen verwiesen: die Investitionsbank Schleswig-Holstein, die Mittelständische Beteiligungsgesellschaft, die Kreditanstalt für Wiederaufbau, die Bürgschaftsbank und das Existenzgründungsportal des Bundeswirtschaftsministeriums. Da hat man es als Gründungswilliger mit sehr vielen Helfern zu tun. Da kann ja eigentlich gar nichts schiefgehen, aber genau das tut es doch.

Viele Existenzgründer kennen ihren Markt nicht, haben keine finanziellen Rücklagen oder sind einfach schlecht in der Akquise. So verschwinden sie vom Markt. Damit man mich nicht falsch versteht: Das ist beileibe kein Beinbruch. Man muss den Mut haben, etwas auszuprobieren. Davon lebt die Wirtschaft. Eine Katastrophe wird es nur, wenn mit dem Betriebsende der persönliche Ruin verbunden ist. Darum ist es gut, dass die Wirtschaftsförderer in Krisensituationen solide Beratungen anbieten.

Doch ums Durchhalten geht es bei der Meistergründungsprämie erst einmal nicht. Maximal 10.000 € stellt das Land jungen Meistern bei der Betriebsgründung zur Verfügung - keine große Summe, aber ein gutes Argument bei Verhandlungen mit den Banken.

(Beifall Jette Waldinger-Thiering [SSW] und Kay Richert [FDP])

Bei höheren Volumen besteht die Gefahr, dass sich Meister zur Gründung verführen lassen. Bei 10.000 € ist klar, dass die Prämie nur einer von mehreren Finanzierungsbausteinen sein kann.

Bei dem geringen Fördervolumen ist auch klar, dass die Ziele der Prämie etwas vollmundig ausgefallen sind. Eine „Sicherung vorhandener sowie die Schaffung neuer Arbeitsplätze im Handwerk“ ist mit dieser Prämie allein nicht zu erreichen. Dazu gehört auch eine gute Gründungsidee, eine Gründerpersönlichkeit und nicht zuletzt ein gutes Beratungsnetzwerk.

Ich habe bereits im letzten Jahr davor gewarnt, Gründungen quasi staatlicherseits lenken zu wollen. Der Staat kann das nicht; er hat nicht die Kompetenz dazu. Er kann nur Anreize bieten und Bürokratie vereinfachen.

Wenn er das tut, sollte er das aber für alle Gründer tun. Der SSW setzt sich für einfache, transparente und nachhaltige Unterstützung aller Gründungsvorhaben ein; eine Bevorzugung für Meister halten wir nach wie vor für den verkehrten Weg, auch wenn wir damit in diesem Haus sehr alleine sind.

Gerade die Meistergründungsprämie hat zusätzlich einen gewaltigen Schönheitsfehler: Der Anteil von Meisterinnen im Handwerk liegt nur etwa bei 20 %. Im Handwerk haben es Frauen immer noch schwer; viele weibliche Auszubildende in traditionellen Handwerksberufen wechseln nach der Gesellenprüfung das Fach, und das, obwohl Frauen oftmals zu den Innungsbesten bei den Prüfungen gehören. Wenn man insbesondere Frauen begeistern und motivieren will, eigene Unternehmen zu starten, dann verfehlt die Meistergründungsprämie dieses Ziel. - Jo tak.

(Beifall SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung und erkläre den Tagesordnungspunkt für erledigt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 33 auf:

Tiere vor Missbrauch schützen: Online-Handel mit Tieren rechtlich regeln

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 19/1116

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht. Ich eröffne die Aussprache. Das Wort für die SPD-Fraktion hat der Abgeordnete Stefan Weber.

Stefan Weber [SPD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der weltweite Online-Handel mit Waren und Dienstleistungen wächst ständig und macht auch nicht vor lebenden Tieren halt. Im World Wide Web werden nicht nur massenhaft Hundewelpen, Katzen und Kaninchen angeboten, sondern auch fast jedes exotische Wildtier.

Besonders problematisch ist der Inseratenhandel, bei dem Privatpersonen, Züchter und Tierhändler auf diversen Plattformen Verkaufsanzeigen einstellen. Oft verbergen sich hinter diesen Inseraten kommerzielle Anbieter aus dem In- und Ausland, die beispielsweise Zuchthündinnen unterschiedlicher Rassen wie Gebärmaschinen halten und unglaubliche Mengen an Welpen anbieten. Händler werben

(Stefan Weber)

damit, eine große Auswahl verschiedener Moderasen anbieten zu können. Oft werden die jungen Hunde sehr günstig angeboten. Ein Rassewelpen wird schon einmal für ein Drittel des Marktpreises verkauft. In Osteuropa, wo die Hunde in regelrechten Tierfabriken gezüchtet werden, wird weder geimpft, noch auf Gesundheit oder gutes Futter geachtet. Illegale Hundehändler geben sich auch als seriöse Züchter aus, um höhere Preise zu verlangen.

Das Leid der Hundewelpen ist immens. Sie werden meist viel zu früh von der Mutter getrennt, sodass die für Hunde sehr wichtige Sozialisierung nicht stattfinden kann. Ein Hund lernt zwischen der dritten und achten Woche seines Lebens die wichtigen Grundlagen sozialen Verhaltens. Wer ihn seiner Mutter zu früh wegnimmt, schadet seiner Psyche und macht ihn anfällig für Krankheiten. Hinzu kommt, dass sich illegale und betrügerische Angebote im Inseratendickicht kaum von seriösen Anzeigen unterscheiden lassen. Am Ende sind die Leidtragenden nicht nur die betroffenen Tiere, sondern auch die arglosen Käufer. Die Gefahr, ein krankes Tier im Internet zu kaufen, ist sehr groß. Skrupellosen und profitorientierten Tierhändlern ist die Gesundheit ihrer Ware egal. Die niedlichen Anzeigenfotos von munteren Hunde- und Katzenbabys haben nichts mit der Realität zu tun, denn dahinter verbergen sich oft Tiere mit chronischen oder sogar tödlichen Infektionskrankheiten.

Auch der Handel mit exotischen Wildtieren ist äußerst lohnend, zumal die Nachfrage nach immer ungewöhnlicheren Haustieren wächst und Sammler zum Beispiel für einen seltenen Papagei über 10.000 € bezahlen. Entsprechend umfangreich ist die Angebotspalette im Internet. Der Großteil der exotischen Tiere wird aus Herkunftsländern meist aus dem ostasiatischen oder afrikanischen Raum, aber auch aus Südamerika nach Deutschland importiert. Die Haltung der Tiere vor Ort ist häufig katastrophal, und den Transport überleben oft nur wenige Tiere. Experten gehen davon aus, dass selbst geschützte Arten verbotenerweise in freier Wildbahn gefangen werden und als Nachzucht deklariert nach Europa gelangen. Am Tier selbst lässt sich meist kaum erkennen, ob es in der Wildnis oder in einem Terrarium geboren worden ist.

Sind die Tiere endlich beim neuen Besitzer, geht das Leiden weiter, denn diese halten ihre wilden Haustiere oft nicht artgerecht und oft auch nicht unter Berücksichtigung der rechtlichen Vorschriften. Nach § 11 Tierschutzgesetz braucht in der Bundesrepublik Deutschland derjenige, der gewerblich mit Tieren handeln will, eine Erlaubnis der zuständigen

Behörde. Im Internet klappt dies aber nicht. Hier gibt es keine Regeln, hier kann ganz einfach das Tier anonym angeboten und verkauft werden.

Lassen Sie mich bitte auch noch meine ganz persönliche Meinung zum Online-Handel mit Lebewesen anmerken: Wir Abgeordneten hier im Parlament sind unserem Gewissen gegenüber verantwortlich. Wenn ich hier weiter darüber nachdenke, frage ich mich: Lebewesen, für die wir Menschen eine Schutzpflicht und eine Fürsorgepflicht haben und die wir nicht fragen können, werden wie Gegenstände, wie Möbelstücke über einen anonymen digitalen Markt angeboten? Ethisch gesehen müsste man hier eigentlich fragen: Was machen wir Menschen mit unseren Mitgeschöpfen? - Aber das ist eine andere Frage, die jeder für sich beantworten muss. Der anonyme Online-Handel mit Tieren muss verboten werden, um die Tiere vor Missbrauch und Quälerei zu schützen.

(Beifall SPD, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, AfD und Beifall Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [fraktionslos])

Für den legalen Online-Handel braucht es verbindliche Regelungen zum Schutz der Tiere. Hier sind die Händler stärker in die Verantwortung zu nehmen. Gerade jetzt zur Weihnachtszeit stehen auch wieder niedliche Hundewelpen und Katzenbabys auf einigen Wunschzetteln. Die Anschaffung eines Haustieres sollte aber gut überlegt sein. Ich bin der Meinung: Lebende Tiere gehören nicht unter den Weihnachtsbaum.

(Beifall im ganzen Haus)

Ich beantrage Überweisung in den Ausschuss. - Vielen Dank.

(Beifall SPD)

Präsident Klaus Schlie:

Für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Heiner Rickers das Wort.

Heiner Rickers [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Kollegen! Herr Weber, es gibt für den gewerbsmäßigen Tierhandel - das haben Sie richtig beschrieben - klare Vorgaben dafür, wie, egal wo - unter anderem auch online - gehandelt wird. Alles, was Sie gesagt haben, können wir nur unterstützen. Sie rennen damit im Grunde offene Türen ein. Ich denke, da sind wir uns im Plenum alle einig.

(Beifall CDU, SPD und FDP)

(Heiner Rickers)

Herzlichen Dank für diesen Antrag in der Vorweihnachtszeit. Sie haben all die Missstände beschrieben, die es im Online-Handel gibt. Gerade der Online-Handel - nicht nur mit Tieren, sondern allgemein - macht viele Dinge einfacher, baut viele Hemmschwellen ab, setzt Standards herunter oder suggeriert den Käufern Bilder, die sie woanders in der Realität so nicht vorfinden.

Aber: Es gibt beim Online-Handel natürlich auch positive Aspekte. Die haben Sie nicht genannt. Es gibt gerade im Bereich der Zucht- und Nutztiere große Auktionen im Online-Handel. Es werden nicht nur Hunde, die vorher und nachher vernünftig gehalten werden, sondern zum Beispiel insbesondere auch Pferde im ganz großen Stil online gehandelt. Da ist alles geregelt - Sie haben es richtig beschrieben -; der § 11 des Bundestierschutzgesetzes gibt das her. Wer gewerbsmäßigen Tierhandel betreibt, muss all diese Standards erfüllen. Er muss die Herkunft nachweisen sowie an wen die Tiere letztlich verkauft werden und mit einem Hinweisblatt darauf hinweisen, wie sie gehalten wurden oder zukünftig zu halten sind. Er muss den Käufern einen Beipackzettel mitgeben, um ihnen zu erklären, wie diese Tiere artgerecht gehalten werden. Das gilt für Wirbeltiere genauso wie für wirbellose Tiere. Auch das ist in Ordnung. Da ist zum Teil für den gewerbsmäßigen Handel geregelt, wie diese Tiere transportiert werden müssen, nämlich in vernünftigen Tiertransportboxen, die groß genug für den Transport sind. Die Tiere müssen, wenn die Transportdauer 12 Stunden überschreitet, während einer Unterbrechung versorgt werden und so weiter und sofort. Das alles gilt aber, wie gesagt, nur für den anerkannten, zugelassenen gewerbsmäßigen Tierhandel.

Genau da beginnt das Problem. Da hätte ich mir etwas mehr Lösungsvorschläge von Ihnen gewünscht, denn Sie haben am Ende nur gesagt: Wir müssen sehen, dass wir den Handel mit Tieren online ein Stück weit begrenzen und den Händlern zukünftig dann quasi verbieten oder nur eingeschränkt ermöglichen, online mit Tieren zu handeln. - Das ist das Problem: Wo beginnt der gewerbsmäßige Tierhandel? Wann ist dieser Standard erreicht? Wer wird unter „gewerbsmäßig“ geführt? Wie können wir als Politik, letztendlich auch als Gesetzgeber kontrollieren, ob das nun gewerbsmäßiger Handel ist? Wer soll das am Ende online auch tatsächlich hoheitlich kontrollieren? - Auf diese Fragen fehlen noch einige Antworten. Darüber sollten wir im Ausschuss diskutieren.

Wir sind uns einig, dass es diese Probleme gibt, umso mehr kurz vor Weihnachten, denn die Tiere werden den falschen Käufern gegeben oder von falschen Verkäufern und Produzenten abgegeben. Wir kennen das Problem: Nach Weihnachten sind die Tierheime wieder einmal mit all den Tieren überfüllt. Das kann nicht im Sinne des Tierschutzes und der Politik sein. Insofern bedanke ich mich noch einmal bei Ihnen und hoffe auf eine gute Debatte zu dem Thema im zuständigen Ausschuss. - Vielen Dank.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Abgeordnete Lasse Petersdotter das Wort.

Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Abgeordnete! Sehr geehrte Damen und Herren! Zurzeit werden 69 Hunde, 57 Katzen, 63 Wellensittiche und Kanarienvögel und 30 Reptilien bei eBay-Kleinanzeigen zum Verkauf angeboten, wenn man für die Stadt Kiel guckt. Geht man darüber hinaus, sieht man natürlich noch viel mehr Angebote. In Kiel werden zusätzlich zum Beispiel noch Pferde und andere Tiere angeboten - das alles bei eBay-Kleinanzeigen, einem der mittlerweile größten Umschlagplätze für Tiere aller Art.

Wie jeder Handel ist auch der Handel mit Tieren mittlerweile digitalisiert und ein Stück weit ins Internet verlegt worden. Das ist irgendwie nachvollziehbar, und man wird nicht ganz davon abkommen - auch wenn wir Grüne uns immer gewünscht haben, den Tierhandel aus dem Internet heraushalten zu können. Das wird mit Sicherheit nicht ganz gelingen; darauf gehe ich gleich noch ein.

Das Problem bei dem Ganzen ist nicht, dass im Internet gehandelt wird, sondern, dass Tiere kein Gut wie jedes andere sind, mit dem man problemlos im Internet handeln kann. Es handelt sich hier um Lebewesen, und man hat hierbei ganz andere Voraussetzungen und Bedingungen für den Handel.

Nehmen wir zum Beispiel eine Zoohandlung. Nun kann man Zoohandlungen immer kritisch gegenüberstehen; da bin ich immer gern dabei. Ich habe aber etwas Einblick gewonnen, da mein Bruder die Ausbildung zum Einzelhandelskaufmann in einer Zoohandlung gemacht hat. Das ist dann doch etwas

(Lasse Petersdotter)

anderes, als das, was ich bei eBay-Kleinanzeigen sehe. In einer Zoohandlung habe ich eine Beratung von fachkundigen Leuten, die mir sagen können, ob das jeweilige Tier zu mir passt, ob ich es auf lange Sicht behalten kann und letztlich das, was ich mir unter dem Tier vorstelle, auch erhalte. Die Zoohandlung ist transparent, was die Haltung angeht. Wir sehen dort, wie die Tiere gehalten werden und unter was für Bedingungen sie bis zum Verkauf leben. Das ist bei eBay-Kleinanzeigen absolut nicht der Fall. Häufig stehen ganz nette Texte unter den Angeboten: Hallo, ich bin der Hund Mause und suche ein neues Zuhause. Ich bin total familienfreundlich. - Was tatsächlich dahintersteckt, kann niemand sagen. Das sind Zeilen, die sich jeder ausdenken kann. In der Zoohandlung ist das nicht so einfach.

Zoohandlungen haben eigene Regeln und einen gewissen Codex. Wir sehen zum Beispiel in Deutschland - anders als in anderen Ländern - keine Welpen im Schaufenster einer Zoohandlung. Dass es so ist, ist ein Erfolg und mit Sicherheit kein Naturgesetz. Wie gesagt, sehen wir das in anderen Ländern immer wieder, und es kommt dadurch natürlich zu Impulskäufen.

All das fehlt online. Deshalb braucht es da Regeln. Sie werden mit Sicherheit nicht einfach sein. Die Kritik der CDU ist nachvollziehbar, also die Überlegung: Wie wird das alles eigentlich kontrolliert? Wie kriegen wir es hin, die Regeln quasi tiergerecht aufzubauen? Welche Transportregeln braucht es im privaten Verkauf? - All das können wir dann sehr gut im Ausschuss diskutieren.

Darüber hinaus ist der illegale Tierhandel - davon ist auch eBay-Kleinanzeigen nicht frei - größer als man denkt. Der illegale Tierhandel ist - direkt hinter Drogen- und Waffenhandel - in Deutschland die drittgrößte verbotene Art und Weise, Geld zu machen. Das ist eine Dimension, die wir uns so nicht immer vorgestellt haben, wenn wir am Ende des Tages überlegen, worum es sich eigentlich handelt. Es geht dann doch häufiger um kleine Tiere und darum, dass sich viele mit ihnen verschätzen. Dabei ist es vor allem deutlich leichter geworden, an illegal gehandelte Tiere zu kommen. Die sind häufig auch noch günstiger.

Ich habe das Beispiel hier schon einmal erwähnt, aber gerade im Reptilien- und Exotenhandel ist es ein Riesenproblem, dass die Leute denken, sie könnten so ein Tier handeln, was sie am Ende des Tages aber nicht können. Oder sie denken, der Aufwand sei gering, guckt man sich an, was ein Leguan in der Zoohandlung oder - noch viel schlimmer -

online kostet. Die laufenden Betriebskosten, die Heizung und so weiter, sind aber ein ganz anderer Schnack. Das größte Problem, gerade wenn es um Reptilien im Online-Handel geht, ist, dass die meisten von ihnen bereits auf dem Weg verenden. Hier gibt es einen riesigen - man möchte fast sagen - Verschleiß für ein Handelssystem, den wir so nicht weiter mittragen können. Das bedeutet: Wir müssen da stärkere, klarere Regeln haben und darüber auch im Ausschuss diskutieren.

Es gibt natürlich immer Ausnahmen. Jedes Tierheim preist seine Tiere mittlerweile online an. Das ist auch richtig. Ich kann nachvollziehen, dass dort die Geschichte der jeweiligen Tiere erzählt wird. Das hat mit Sicherheit eine andere Wertigkeit als bei eBay-Kleinanzeigen. Auch dies ist ein Grund dafür, sich nicht für ein generelles Verbot des Online-Tierhandels, aber für klare Regeln, wie die SPD es hier beantragt, auszusprechen.

Insofern freue ich mich auf die Diskussion und freue mich - wie schon in der letzten Sitzung des letzten Jahres -, betonen zu können, wie auch mein Vorredner: Tiere und andere Lebewesen - - Nein, Tiere sind es im Wesentlichen.

(Heiterkeit)

- Pflanzen darf man tatsächlich verschenken, da gehe auch ich als Veganer mit -, aber: Tiere soll man bitte sehr nicht unter den Weihnachtsbaum stellen. Ansonsten wünsche ich frohe Weihnachten!

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD, FDP und SSW)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Vielen Dank, Herr Kollege. - Für die FDP-Fraktion hat die Abgeordnete Annabell Krämer das Wort.

Annabell Krämer [FDP]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Weihnachten steht vor der Tür, und oft liegt ein Tier unter dem Baum und sorgt - nicht selten nur bedingt - für kurze Freude. Die überfüllten Tierheime zur Ferienzeit führen es uns immer wieder deutlich vor Augen. Diese Tatsache allein hat viele verantwortungsvolle Tierzüchter und Tierheime dazu veranlasst, eine Sperrfrist um Weihnachten herum bei der Veräußerung und Vermittlung von Tieren einzuführen. Gerade um die verantwortungsvollen Händler und Züchter von Tieren geht es bei dem vorliegenden Antrag aber nicht - der Kollege Rickers hat gerade Beispiele vom verantwortungsvollen Tierhandel gebracht. Nein, es

(Annabell Krämer)

geht hier natürlich um den aktuell weitestgehend unregulierten und nicht gewerbsmäßigen, sondern zum Teil illegalen Online-Handel mit Tieren. Hier sind Tiere vielfach dem Missbrauch ausgesetzt.

Die Große Koalition wollte bereits in der vergangenen Legislaturperiode insbesondere gewerbliche Börsen für exotische Tiere unterbinden. Eine Umsetzung ist bis heute nicht erfolgt. Im jetzigen Koalitionsvertrag bleibt die GroKo beim Thema Tierschutz sicherheitshalber noch unkonkreter. Es ist lediglich vereinbart, dass das zuständige Ministerium bis zur Mitte der Legislaturperiode Vorschläge zur Verbesserung des Tierschutzes bei Tierbörsen, Internet- und Versandhandel vorlegt. Insofern ist auch in dieser Legislaturperiode aus Berlin bezüglich des Tierschutzes nicht viel zu erwarten.

Deshalb ist es richtig und wichtig, dass wir von Schleswig-Holstein aus auf eine Änderung des Bundestierschutzgesetzes mit dem Ziel des Verbotes eines anonymen Tierhandels hinwirken. Der Züchter aus dem Umfeld und die zertifizierte Zoohandlung sind längst nicht mehr die automatisch gewählten Ansprechpartner, wenn es um den Erwerb eines Haustieres geht. Im Internet werden zudem - das wurde bereits vielfach gesagt - nicht nur Hunde und Katzen, sondern auch nahezu alle erot - -

(Beifall und Heiterkeit)

exotischen Tiere zum Erwerb angeboten. - Ich war schon am Schluss der Rede, deshalb.

Der anonyme, unkontrollierte und zum Teil internationale Handel mit Tieren ist vielfach tierschutzwidrig. Die Lieferung von kranken oder sogar beim Transport gestorbenen Tieren ist leider keine Seltenheit - Lasse sagte es bereits. Teilweise überleben nur 20 % der Tiere den Transport. Die Leidtragenden sind hier zwar in erster Linie die betroffenen Tiere, aber auch die zum größten Teil in gutem Glauben agierenden Käufer.

Anonymer Handel von Tieren erleichtert viele Rechtsverstöße, sei es der Handel von geschützten Wildtieren oder - das sagte bereits auch der Kollege von der SPD - zu jungen Tierbabys, die Einfuhr aus dem Ausland ohne die erforderliche behördliche Genehmigung oder auch die fehlende Impfung. Auch der Käufer macht sich in solchen Fällen strafbar. Denn wir alle wissen, Unkenntnis schützt hier vor Strafe nicht.

§ 90 a BGB lautet wie folgt:

„Tiere sind keine Sachen. Sie werden durch besondere Gesetze geschützt. Auf sie sind

die für Sachen geltenden Vorschriften entsprechend anzuwenden, soweit nicht etwas anderes bestimmt ist.“

Es wird Zeit, dass wir, meine Damen und Herren, beim Online-Handel etwas anderes bestimmen.

(Beifall FDP)

Haustiere sind Lebensabschnittspartner. Nicht einmal Singlebörsen würden auf die Idee kommen, Lebensabschnittspartner frei Haus und anonym unter den Weihnachtsbaum zu liefern.

(Beifall und Heiterkeit)

Insofern freue ich mich auf die Beratungen im Ausschuss, damit wir etwas Vernünftiges zum Wohl der Tiere hinbekommen.

Da ich noch 1 Minute und 35 Sekunden Restredezeit habe und alle gerade so schön fröhlich sind: Ich danke für die kollegiale und nette Zusammenarbeit in diesem Jahr und wünsche euch und Ihnen allen fröhliche Weihnachten und einen guten Rutsch!

(Beifall FDP, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW, Volker Schnurrbusch [AfD] und Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [fraktionslos])

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Vielen Dank, Frau Kollegin. - Das Wort für die AfD-Fraktion hat der Abgeordnete Claus Schaffer.

Claus Schaffer [AfD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Es ist nicht ganz einfach, dann an dieser Stelle doch noch einmal auf das recht ernste Thema zurückzuführen. Ich versuche es einmal.

Tiere sind fühlende Wesen, wir hörten das heute bereits. Sie verdienen unseren Respekt sowie einen würdigen Umgang. Seit 2002 ist Tierschutz als Staatsziel im Grundgesetz verankert. Auch die AfD hat diesem Gedanken in ihrem Wahlprogramm Rechnung getragen. Wir haben seinerzeit festgestellt - auch das ist ein bekanntes Zitat -, dass der Umgang von Menschen mit Tieren ein Gradmesser für den Entwicklungsstand einer Gesellschaft ist. Daran sollten wir uns messen lassen.

Der Handel im Internet über Online-Plattformen boomt - auch für lebende Tiere. Über verschiedenste Online-Plattformen im Internet ist es nach wie vor möglich, anonym mit Tieren zu handeln. Dabei geht es bei dieser Problematik nicht um die großen gewerblichen Händler, die Zoohandlungen, die

(Claus Schaffer)

auch Online-Plattformen bedienen, und es geht auch nicht um den Privatmann, der ein Haustier sach- und artgerecht in die nächsten liebevollen Hände geben möchte. Sondern es geht hier tatsächlich um die Menschen, die das missbrauchen.

Allein bei Ebay-Kleinanzeigen gab es im Raum Schleswig-Holstein mit Stand 12. Dezember 2018 22.702 Angebote zum Verkauf von Tieren. Viele davon erfolgten anonym beziehungsweise ohne Identitätsnachweis seitens der Verkäufer. In vielen Fällen ist das weder für die gehandelten Tiere gut noch für die Käufer. Problematisch ist dabei etwa, dass die Käufer die Tiere vor dem Kauf eben nicht zwingend zu Gesicht bekommen und die Vertrauenswürdigkeit der Verkäufer nur schwer prüfen können. Das muss ein Ende haben.

Die Dimension des illegalen Tierhandels hinter dem Waffen- und Drogenhandel ist bereits erwähnt worden. Das sollte uns erschrecken. Beim Drogen- und Waffenhandel ändern wir Gesetze. Die Maßnahmen und Konsequenzen für die Straftäter sind bekannt. Der illegale Tierhandel bleibt jedoch allzu oft ungesühnt. Kriminalität im Tierhandel muss wirksam eingedämmt werden. Wir als politisch Verantwortliche sind gefordert, Denkanstöße an den Bund zu richten und Gestaltungsmöglichkeit für einen besseren Tierschutz aufzuzeigen.

Wir werden den illegalen Tierhandel nicht vollständig zum Erliegen bringen können, aber wir müssen dennoch alles dafür tun, um das Leid der Tiere durch strikte Kontrollen zu mindern und die Käufer durch klare Regeln besser schützen zu können. Wenn es um den Tierhandel geht, spielen für die Käufer Emotionen eine wesentliche Rolle. Da sind die Freude über die Gesellschaft eines Tieres oder eben aber auch die leuchtenden Kinderaugen, gerade jetzt in der Weihnachtszeit, Ansporn genug. Genau das nutzen diese skrupellosen Tierhändler aus.

Bei den anonymen und nicht selten illegalen Tierverkäufern steht einzig der Profit im Mittelpunkt. Diesen Händlern sind Tierwohl, Haltungsbedingungen und Lebenserwartung der Tiere vollkommen gleichgültig. Durch die Abwesenheit klarer und verbindlicher Regelungen und durch die Möglichkeiten des weitgehend anonymen Handelns im schwer kontrollierbaren Internet wird ihnen ihr Geschäft auch noch erleichtert. Genau das ist ein Punkt, an dem wir ansetzen müssen. Wir als politisch Verantwortliche sind gefordert, Regelungslücken auszufüllen und Denkanstöße an den Bund zu geben. Ich sagte das bereits.

Lassen Sie uns diese Händler aus der für sie sicheren Anonymität holen. Denken wir tatsächlich auch über Zertifizierung, Identifikation oder einfach über neue Wege nach, die einen Handel mit Tieren zum Wohl der Tiere und zum Schutz der Käufer ermöglichen. Nur wenn wir klare und konkrete Vorgaben machen, kann das Leid der Tiere beendet oder zumindest abgemildert werden. Wir brauchen einen konsequenten Tierschutz auch beim Tierhandel. Die AfD steht für einen verantwortlichen und würdevollen Umgang mit Tieren, auch und gerade beim Handel.

(Zuruf Martin Habersaat [SPD])

Wir freuen uns auf die Ausschussberatungen. - Vielen Dank.

(Beifall AfD)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Das Wort für die Abgeordneten des SSW hat der Abgeordnete Flemming Meyer.

Flemming Meyer [SSW]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Wer sich näher mit dem Thema Online-Handel mit Tieren befasst, der stößt bei der Recherche schnell auf Begriffe wie „Gebärmaschinen“, „Vermehrerhunde“ oder „Welpen-Mafia“. Allein diese Begriffe machen deutlich, womit wir es in dem vorliegenden Antrag ursächlich zu tun haben. Es geht um den Missbrauch von Tieren, um Tierquälerei und einen organisierten anonymen Handel mit Tieren. Ich sage ganz klar: Solche Geschäftspraktiken müssen gesetzlich verboten werden.

(Beifall SSW, vereinzelt SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Von der Politik in anderen EU-Ländern wurde dieses Thema bereits aufgegriffen. Beispielsweise haben Österreich und England bereits reagiert. Dort wurden entsprechende politische Initiativen auf den Weg gebracht beziehungsweise umgesetzt. Das Tierschutzgesetz in Österreich hat in diesem Jahr einen Passus hinzubekommen, § 8 a Absatz 2, der das Inverkehrbringen sowie den Internetverkauf von Tieren regelt. Mit diesem neuen Passus wird klargestellt, was verboten beziehungsweise was erlaubt ist. Auch der britische Umweltminister beabsichtigt, ein Gesetz auf den Weg zu bringen, das den Verkauf und Handel mit Hunden und Katzen regeln soll.

(Flemming Meyer)

Die SPD hat hier einen Antrag eingebracht, der im ersten Moment nach einem Nischenthema aussieht, doch die genannten Beispiele verdeutlichen die Dimension dieser Problematik. Deshalb ist es gut und richtig, dass wir uns hier im Landtag mit dem Thema befassen.

(Beifall SSW und SPD)

Auch Tierschutzorganisationen in Deutschland machen bereits seit Längerem auf das Problem aufmerksam und fordern klare Regelungen für Online-Verkaufsbörsen. Das wäre durchaus ein erster Schritt. Ich glaube aber nicht, dass das letztendlich ausreichen wird, um dem Problem Herr zu werden.

Der vorliegende Antrag der SPD geht weiter und nennt darüber hinaus Maßnahmen, die meines Erachtens durchaus sinnvoll sind. Wir sollten ernsthaft anstreben, hierbei umfänglich und nachhaltig, aber vor allem auch transparent Lösungen zu finden. Vordringlich geht es dabei natürlich um den Schutz der Tiere. Nachrangig geht es aber auch darum, die Käufer vor möglichen Betrügereien zu schützen. Denn häufig sind die angebotenen Tiere aufgrund der unsachgemäßen Behandlung verwahrlost und sogar krank. Die neuen Tierbesitzer haben dann kaum Freude an diesen Tieren, teilweise müssen diese Tiere sogar von ihren Leiden erlöst werden.

Deshalb wäre es neben den angestrebten politischen und rechtlichen Maßnahmen sinnvoll, mit Kampagnen auf das Problem und die Missstände aufmerksam zu machen. Nur so kann es gelingen, den Produzenten, den Fahrern und den Händlern dieser Tiere den Boden für ihr Handeln zu entziehen. Entsprechende Hinweise für die Haltungsbedingungen und die Vorgehensweise der vermeintlichen Züchter und Händler wären dabei durchaus hilfreich.

Ich würde es begrüßen, wenn wir den Antrag im Ausschuss näher beraten könnten. Es wäre, denke ich, ein unheimlich gutes Signal an den Bund, wenn alle demokratischen Parteien gemeinsam zu einem Antrag kommen würden. - Jo tak.

(Beifall SSW, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Vielen Dank, Herr Kollege. - Wir kommen jetzt zu den Kurzbeiträgen. Zunächst hat sich dafür die fraktionslose Abgeordnete Doris von Sayn-Wittgenstein gemeldet. Sie hat jetzt das Wort.

(Zuruf CDU: Tierisch!)

Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [fraktionslos]:

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren Kollegen! Zu Recht hat der Deutsche Bundestag 2002 per Gesetzesänderung Deutschland zu dem Land gemacht, das als erster Staat in der EU dem Tierschutz Verfassungsrang einräumte. So ist es nicht recht verständlich, warum Tiere überhaupt als Ware behandelt werden; denn sie sind Teil der Schöpfung und haben nach meinem Dafürhalten auch eine Seele.

Herr Weber, Sie haben sehr anschaulich Ihre Beweggründe für den Antrag geschildert. Dem folge ich voll und ganz. Die Tierheime quellen über von Tieren, die aufgrund unüberlegter Käufe dort auf Kosten der Allgemeinheit und mit großem Leid entsorgt werden.

„Tiere vor Missbrauch schützen“, so lautet Ihr Antrag, ein Anliegen, dem ich mich persönlich seit Jahrzehnten verbunden fühle. Das Anbieten von Tieren im Internet, wie es im Antrag heißt, muss zum Wohle der Tiere reglementiert und rechtlich verankert werden. Selbstverständlich beinhaltet das Bekenntnis zum Tierschutz mindestens das Eintreten für einen art- und tiergerechten Online-Handel mit Tieren. Auch die Frage von aus dem virtuellen oder tatsächlichen Ausland angebotenen Tieren wird hier noch zu diskutieren sein. Man könnte sich aus den von mir dargelegten Gründen sogar fragen, ob der Online-Handel nicht gänzlich verboten oder zumindest stark eingeschränkt werden müsste. Ich werde deshalb Ihrem Antrag sehr gern zustimmen.

Abschließend schließe ich mich den Wünschen der Kollegen zum Jahreswechsel an und danke Ihnen.

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag hat jetzt der Abgeordnete Bornhöft aus der FDP-Fraktion.

Dennys Bornhöft [FDP]:

Sehr geehrter Herr Präsident, vielen Dank dafür. - Ich möchte einen einzigen Aspekt noch einmal kurz anführen. Sämtliche Problemlagen, die hier angesprochen worden sind, sind komplett richtig. Es sind aber nicht originär Problemlagen der digitalen Welt, sondern meistens der analogen und realen; denn wenn man von einem anonymen Tierhandel im Zusammenhang mit Online-Handel spricht, wäre die Konsequenz, dass die Tiere verschickt und vom Postboten zu mir nach Hause gebracht werden müssten, dass es also überhaupt keinen Kontakt

(Dennys Bornhöft)

zum Verkäufer gäbe. Diese Möglichkeit besteht aber nur bei sehr wenigen Tieren. Bei Wirbellosen gibt es diese Möglichkeit und teilweise auch bei einigen Fischen, für die es spezielle Versandbeutel gibt, die innerhalb von maximal 36 Stunden irgendwo ankommen müssen.

Ansonsten hat man selbst bei eBay Kleinanzeigen mit irgendjemandem Kontakt. Ich sage einmal, ich finde, es ist in gleicher Weise schädlich, sich mit jemandem an einer Raststätte zu verabreden, um Geld zu überreichen und aus irgendeinem Sprinter hinten die Hunde herauszuholen, egal, ob der Kontakt über eine Zeitungsannonce oder online zustande gekommen ist. Das ist die gleiche Problemlage.

Das nur noch für die weitere Beratung im Umwelt- und Agrarausschuss. Vielen Dank auch für den Antrag von der SPD. Ich habe mich sehr darüber gefreut.

(Beifall FDP, SPD und SSW)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Das Wort hat für die Landesregierung der Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung, Jan Philipp Albrecht.

Jan Philipp Albrecht, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung:

Vielen Dank. - Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Der Online-Handel mit Tieren ist heute eine weit verbreitete Realität und muss dementsprechend geregelt werden. Es ist deswegen richtig und gut, dass sich der Landtag mit dem Thema auseinandersetzt und eventuelle Regelungsnotwendigkeiten aufzeigt.

Lassen Sie mich kurz auf die im Antrag genannten Punkte aus Sicht des Ministeriums eingehen. Die Landesregierung möchte sich auf Bundesebene für eine Anpassung des Bundestierschutzgesetzes einsetzen, damit der Online-Handel mit Tieren rechtlich geregelt und das anonyme Verkaufen von Tieren möglichst ausgeschlossen wird. Beides sind Ziele, die ich und mein Haus unterstützen.

Allerdings ist es so, dass eine Person, die geschäftsmäßig eine Tierbörse betreibt und gewerbsmäßig mit Tieren handelt, bereits nach derzeitiger Rechtslage eine Erlaubnis nach dem Tierschutzgesetz benötigt. Die Erlaubnis beinhaltet auch eine Sachkundeprüfung. Sollen Tiere über Landesgrenzen hinweg verbracht werden, benötigen sie ebenfalls bereits jetzt einen Heimtierausweis. Er enthält Informationen zur individuellen Kennzeichnung des Ein-

zeltieres und ermöglicht eine eindeutige Identifizierung. Die Online-Rückverfolgbarkeit von Angeboten im Internet ist im Telemediengesetz geregelt. Danach haben geschäftsmäßige Diensteanbieter, zu denen auch die einzelnen Anbieter gehören, Informationen leicht erkennbar, unmittelbar erreichbar und ständig verfügbar zu halten. Es wird deutlich, der Online-Handel mit Tieren ist schon jetzt reglementiert. Aber offenbar sind die Regelungen nicht ausreichend, um den illegalen Handel wirksam zu unterbinden. Das gilt tatsächlich online wie offline.

Erst kürzlich hat sich auch der Tierschutzbeirat des Landes mit dem Thema des privaten und gewerblichen Online-Handels von exotischen Haustieren befasst. Auch dieses Fachgremium einschließlich der neuen Tierschutzbeauftragten des Landes Schleswig-Holstein sieht hier dringenden Handlungsbedarf. Das Tierschutzministerium teilt deswegen diese Einschätzung und ist gern bereit, an Verbesserungen der derzeitigen Rechtslage und Praxis mitzuarbeiten. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD, FDP, SSW und Volker Schnurrbusch [AfD])

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Vielen Dank, Herr Minister, auch für die vorbildliche Redezeit. Das haben wir aufseiten der Landesregierung ja auch nicht immer.

(Beifall)

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Es ist beantragt worden, den Antrag, Drucksache 19/1116, dem Umwelt- und Agrarausschuss zu überweisen. Wer dem folgen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe nun Tagesordnungspunkt 10 auf:

Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Errichtung einer Anstalt öffentlichen Rechts „IT-Verbund Schleswig-Holstein“

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 19/1084

Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses
Drucksache 19/1134

Ich erteile der Berichterstatterin des Innen- und Rechtsausschusses, der Kollegin Barbara Ostmeier, das Wort.

Barbara Ostmeier [CDU]:

Der Ausschuss empfiehlt dem Landtag einstimmig, den Gesetzentwurf mit den entsprechenden redaktionellen Änderungen anzunehmen.

(Beifall CDU, SPD und FDP)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Vielen Dank der Berichterstatterin. - Gibt es Wortmeldungen zum Bericht? - Das ist nicht der Fall.

Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Ich lasse nun über den Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucksache 19/1084, in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung abstimmen. Wer dem so zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist einstimmig der Fall.

Ich rufe nunmehr auf:

Sammeldrucksache über Vorlagen gemäß § 63 Absatz 1 a der Geschäftsordnung des Schleswig-Holsteinischen Landtags

Drucksache 19/1124

Wir kommen zur Abstimmung über die Sammeldrucksache. Die Voten zu den einzelnen Tagesord-

nungspunkten, für die eine Gesamtabstimmung nach § 63 Absatz 1 a der Geschäftsordnung vorgesehen ist, entnehmen Sie bitte der Ihnen vorliegenden Drucksache 19/1124. Voraussetzung für die Abstimmung insgesamt ist, dass keine Abgeordnete oder kein Abgeordneter widerspricht. - Das ist offenbar der Fall. Dann kommen wir jetzt zur Abstimmung.

Wer mit der Übernahme der Empfehlungen entsprechend der Sammeldrucksache 19/1124 einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Damit hat der Landtag diese Empfehlungen einstimmig bestätigt.

Ich wünsche Ihnen, bevor ich die Tagung schließe, frohe und entspannte Festtage. Wir sehen uns hier wieder zur nächsten Plenarsitzung am 23. Januar 2019. - Vielen Dank.

(Beifall)

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 14:08 Uhr